D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 27
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

9. Juli 1982
Preis 1,80 DM

Ohne Lösung für Palästina kein Nahost-Friede
Was sind die Bedingungen eines Friedens im Nahen Osten? Welche Funktion hat Israel? Diese und andere Fragen behandeln wir auf 4 Sonderseiten



Gleichberechtigungsgesetz in den USA gescheitert
Es sollte bloß in der Verfassung verankert werden, daß niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt werden darf. Das wurde abgelehnt ...... S. 3

Freiheit für alle Brokdorf-Angeklagten!
In dem Prozeß, in dem es von vornherein bloß um Abschreckung ging, wurden bisher einmalige Urteile gesprochen. Umso nötiger ist Solidarität S. 4

Weniger Arbeitsplätze – nur Routinearbeiten?
Der Verbund von rechnerunterstützter Konstruktion und rechnergesteuerter Produktion wirft neue Probleme für die Gewerkschaften auf .... S. 14

PLO – quo vadis?

Israel und USA haben alle Trümpfe in der Hand

thm. In der vergangenen Woche hatte die PLO einen Vorschlag für den Anfang eines Endes des Krieges gemacht: 1. Israel solle sich um 5 km von Beirut zurückziehen. 2. Wiedereröffnung der von den Israelis kontrollierten Straße Beirut-Damascus. 3. Rückkehr der palästinensischen Truppen in die südlich Beiruts gelegenen Flüchtlingslager. Die libanesische Armee, Größe 25000 Mann, solle danach die Kontrolle über Westbeirut übernehmen. Dieser Vorschlag wurde von Israel sofort abgelehnt, weil er nicht die Entwaffnung der PLO-Kräfte beinhaltet. Dann sind die USA mit einem Vorschlag hervorgetreten: 1. Die Parteien einigen sich auf einen Waffenstillstand. 2. Die PLO legt die Waffen nieder, die libanesische Armee marschiert in Westbeirut ein und sammelt die Waffen auf. 3. Die entwaffneten PLO-Kräfte kehren entweder in die Lager südlich Beiruts zurück oder in die nördlich gelegenen nahe Tripolis. Die israelischen Streitkräfte ziehen sich einige Kilometer von Beirut zurück. 4. Danach soll der amerikanische Sonderbotschafter Habib in Verhandlungen über die Bildung einer stabilen libanesischen Regierung treten sowie über die Schaffung einer Pufferzone im Süden Libanons mit internationaler Absicherung und ggf. unter Beteiligung amerikani-
und ggf. unter Beteiligung amerikanischer Truppen.

Die Israelis hielten demgegenüber daran fest, daß sie auf einem vollständigen Abzug der 6000 PLO-Kämpfer aus dem Libanon nach einer Entwaffnung bestehen. Selbst eine politische Vertretung der PLO in Beirut wollen die Israelis nicht zugestehen, was die Amerikaner ggf. akzeptieren würden. Schwer einzuschätzen ist, welche Wirkung nun die beiden Demonstrationen in Israel mit einmal 20000 und einmal 100000 Teilnehmern haben. Sowohl diese Demonstrationen wie auch ein unbestreitbarer Druck der USA in der Frage eines Angriffs auf Westbeirut, wird es Israel hoffentlich unmöglich machen, zum letzten Angriff auf Westbeirut überzugehen. Weiterhin wird sich Israel letztlich, wenn es daran zu scheitern droht, nicht einer kleinen politischen Vertretung der PLO in Beirut widersetzen können, die eh allenfalls dann noch eine Betreuung der 500000 Palästinenser im Libanon durchführen könnte und durch einen wahrscheinlich von den christlichen Milizen dominierten libanesischen Staat stark kontrolliert wäre. Festhalten werden die Israelis auf jeden Fall an einer Entwaffnung und einem Abzug der 6000 PLO-Kämpfer aus dem Libanon.

Hier hat Israel auch tatkräftige Hilfe erhalten durch den Aufmarsch der 6. US-Flotte, mit dem Plan, die Palästinenser im eingeschlossenen Westbeirut mit amerikanischen Schiffen entwaffnet in alle möglichen arabischen Länder zu verstreuen sowie 1600 Marineinfanteristen an Land zu setzen, um den „Friedensprozeß zu garantieren", eventuell das Kontingent für eine dauerhafte Stationierung im Süden Libanons. Damit festigen die USA ihr Monopol auf die Gestaltung des „Friedensprozesses" im Libanon und provozieren eine tiefgehende Demütigung der palästinensischen Kämpfer, für die die USA der eigentliche Hauptfeind im Nahen Osten ist.

Natürlich handelt es sich hierbei auch um eine Demütigung der sowjetischen Supermacht, die ob der ganzen Entwicklung handlungsunfähig wie ein Tiger im Käfig herumrennt, über eine „Aggression gegen die Sowjetunion" jammert und derweil die palästinensischen Vertreter mit dem Fußtritt vor die Tür befördert, außer diplomatischen Appellen werde sie keine Initiative ergreifen.

Die arabischen Länder haben derweil ein Libanon-Sonderkomitee eingerichtet, das beständig tagt und versucht, auf die beiden Supermächte Druck auszuüben, damit diese eine gemeinsame UNO-Initiative starten, die einen Frieden im Nahen Osten erlaubt. Gleichzeitig läuft noch eine ägyptisch-französische Initiative für eine UNO-Resolution. Während die arabischen Länder der Front der Standhaftigkeit sich als diplomatisch unfähig erweisen (Gaddafi forderte die PLO-Kämpfer zur letzten selbstmörderischen Schlacht auf), erweist sich nur Saudi-Arabien als ruhender Pol.

Die PLO steht vor einer großen Umstrukturierung ihrer gesamten Politik. Sie wird wahrscheinlich einer Entwaffnung zustimmen müssen, unter welchen modifizierten Bedingungen auch immer. Nun ist es kein Problem für die PLO, neue Kämpfer auszubilden und sich Waffen zu beschaffen – nur von wo aus sollen sie eingesetzt werden? Der Libanon ist als Operations- und Aufmarschfeld für die PLO verloren. Wohin dann? Es müßte ein Anrainer-
Wohin dann? Es müßte ein Anrainerstaat zu Israel sein. Ägypten hat der PLO angeboten, den Sitz einer Exilregierung in Kairo aufzuschlagen. Aber unter der Bedingung, daß von Ägypten aus keine militärischen Aktionen gestartet werden und daß im wesentlichen nur Leute von der al-Fatah, der „gemäßigten" (besser realistischen) Gruppierung innerhalb der PLO, nach Ägypten kommen. Jordaniens Hussein wird sich hüten, die PLO-Kämpfer aufzunehmen. Er hatte sie 1970 aus Jordanien hinausgeschossen, um seine labile Minderheitenherrschaft (70% der jordanischen Bevölkerung sind Palästinenser) zu sichern. Bliebe also höchstens Syrien. Dort leben 500000 Palästinenser und hat die PLO 6 militärische Trainingscamps. Die Syrier werden aber selbständige Aktionen der PLO nicht zulassen. Die PLO würde dort geknebelt campieren, während Syrien darauf achtet, nicht zum Magneten israelischer Schläge zu werden und daß die PLO-Kämpfer mit ihren großsyrischen Ambitionen in die Quere kommen.

In dieser ziemlich hoffnungslosen Situation droht den Palästinensern aber erst noch die wirkliche Gefahr. Israel läßt schon die Säbel in den Westbanks rasseln, um die Situation für eine Einverleibung der restlichen besetzten Gebiete in den israelischen Staat zu nutzen. Bisher waren die PLO-Kämpfer im Libanon noch ein Hindernis für Entscheidungen in den Westbanks gewesen. Nun haben sie freie Bahn und das einzige, was sie aufhalten könnte, ist die palästinensische Bevölkerung in den Westbanks selber und eine geeinte arabische Front. Die PLO wird entschiedene Initiativen in den Westbanks aber auch in Jordanien selber ergreifen müssen, um dies zu verhindern. Ein Aufstand der Palästinenser in Jordanien wäre nicht auszuschließen. Die Kampfbedingungen für die Palästinenser in den Westbanks sind schwierig. Ein Generalstreik am vergangenen Sonntag und Montag wurde von den israelischen Besatzungstruppen brutal niedergeschlagen. Für diese Aufgaben sind heldenhafte Selbstmörder in Westbeirut nichts wert.



Eine weitere Rentenkürzung um 4% in vier Jahren gehört zum Kern der Beschlüsse der Regierungskoalition zum Haushalt 1983. Seit 1977 wurden die Renten bereits um 14% unter das alte Niveau gesenkt. Beschlossen wurde auch, daß ins Krankenhaus nur noch kommt, wer täglich 5 DM Eintritt zahlt, für Kuren beträgt der Eintritt 10 DM täglich. Der Beitrag zur Arbeitslosenkasse steigt auf 4,5%.

Acht schwarze Arbeiter erschossen

Südafrikanische Regierung läßt Streik in den Goldgruben niederschlagen

acm. Am 1. Juli hatte der Kampf begonnen: 13500 schwarze Minenarbeiter von vier Minen in der Nähe von Johannesburg fuhren zur Nachtschicht nicht mehr ins Bergwerk. Damit protestierten sie gegen Lohnerhöhungen, die mit 11% (für über Tage arbeitende) und 12% (für unter Tage arbeitende) weit unter der offiziellen Inflationsrate von 16% liegen. Wobei die amtlich ermittelte Inflationsrate bislang stets unter den Preissteigerungen lag, die die Schwarzen zu tragen haben. Die Lohnerhöhung wäre die niedrigste seit Jahren. Jetzt aber sinken die Goldpreise – und die Afrikaner sollen dafür büßen.

Allen Verharmlosungen zum Trotz, wie sie hierzulande selbst von Gewerkschaftsseite als Wandel südafrikanischer Verhältnisse verbraten werden, ist die Wirklichkeit die, daß die schwarzen Arbeiter bloß ein Sechstel dessen verdienen, was weiße Arbeiter erhalten. Dies obwohl die Schwarzen die härtesten Arbeiten in der größten Hitze zu verrichten haben. So fanden seit 1950 über 5500 schwarze Arbeiter den Tod in den Goldgruben. Die weißen Arbeiter haben wenigstens Gewerkschaften, und mit einer Streikdrohung haben sie jetzt eine 12%-Lohnerhöhung durchgesetzt. Damit wäre der Abstand zu den Löhnen der Schwarzen gewahrt.

Über die Löhne der Schwarzen entscheidet allein der Unternehmer, sie haben keinerlei gewerkschaftliche Rechte. Gleich nach Beginn der Streiks gingen auch diesmal die südafrikanischen Polizeitruppen mit aller Brutalität gegen die Arbeiter vor. Es kam zu Auseinandersetzungen in den Wohnsiedlungen, wo die Arbeiter auf engstem Raum in Baracken zusammengepfercht sind. Acht Arbeiter wurden erschossen oder erstochen aufgefunden, zig Bergleute sind schwer verletzt, hunderte wurden verhaftet, die Bergwerksgesellschaften führen Massenentlassungen durch, Nachschub aus den „Homelands" steht ja bereit.

Nach dem Blutbad war dann von „Verhandlungen" die Rede und das Rassistenregime rechtfertigte die Morde seiner Ordnungstruppen wie üblich als „Notwehr". Von weiteren Lohnerhöhungen war nicht die Rede, die Lage bleibt „gespannt".

Seit dem niedergeschlagenen Aufstand von Soweto hat das südafrikanische Regime äußerlich weitgehend Ruhe gehabt. Unter der Oberfläche allerdings hat sich einiges weiterentwickelt. Noch am 18. Juni hatten in Soweto Gedenkfeiern zum 5. Jahrestag der Ermordung Hunderter von Afrikanern stattgefunden – dort hatten die Polizeitruppen Zurückhaltung vorgezogen. Das Regime sieht sich einer wachsenden Stärke der Arbeiterbewegung gegenüber. In den vergangenen Monaten kam es immer häufiger zu – illegalen – Streiks, machte der Aufbau der nicht registrierten Gewerkschaften weitere Fortschritte. Die Ermordung des weißen Gewerkschaftsführers Neil Aggett, der 69 Tage in Isolationshaft gesessen hatte und dann erhängt aufgefunden wurde, hat mehr Widerstandswillen als Angst geschaffen.

Und es ist das Bewußtsein über die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gestiegen – das bestätigen eigentlich alle Beobachter der Lage in Südafrika. Mehr denn je genießen die Befreiungsbewegungen hohe Popularität, und die bewaffneten Kämpfer haben ihre Aktionen ausgedehnt und besser koordinieren können, ohne, wie früher so oft, durch die Rassistentruppen gestellt zu werden.

Indessen spielen die westlichen Schutzmächte des Regimes den Unschuldigen und kassieren die Dividende aus ihrem Kapitalexport. Und auf streikende Arbeiter darf weiter geschossen werden.

Die Operation verpatzt

frb. Nochmal also hat sie gehalten, die Koalition. Besser gesagt, sie hat sich eine Runde weiter geschleppt.

Auch wenn Zufälligkeiten letztlich den Ausschlag gegeben haben, so war es doch vor allem die innere Zerrissenheit der FDP, was einen Regierungswechsel verhindert hat. Eine Sperrminorität in der Bundestagsfraktion hätte einen kalten Kanzlertausch nicht mitgemacht, heißt es, und bei Neuwahlen hätte die FDP womöglich in die Röhre geguckt.

Die FDP hat einst zahlreiche, vor allem junge Wähler angelockt, weil sie sich liberale Verhältnisse in der Politik erhofften. Mit Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten aber tritt der Liberalismus zunehmend in seinem eigentlichen Kern hervor; und da zählt nur das Gewicht des Geldbeutels. Einem Teil der FDP ist solche Politik zu schroff und Genscher hat den großen Schlag nicht gewagt, wofür ihm die Presse gram ist.

Genscher redet jetzt wieder von der „Wende", die er erzwungen habe. Schon letztes Jahr wollte er eine solche erzwungen haben.

Sicher haben sie wieder einen Schritt geschafft in Richtung des geforderten Kniefalls des gesellschaftlichen Willens vor den blindwirkenden Anforderungen der Profitwirtschaft. Die FDP wäre ausgestiegen aus der Koalition, hätte
re ausgestiegen aus der Koalition, hätte die SPD nicht den Einstieg zur Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung mitgemacht. Es mag lächerlich erscheinen, wovon die Fortexistenz dieser Regierung so abhängt. Der Vorgang zeigt aber, daß es um mehr geht, als um ein paar Millionen Mark für den Bundeshaushalt, daß es doch um eine Linie, um „strukturelle Veränderungen" geht.

Niemand wird auf einen Krankenhausaufenthalt verzichten können, weil er jetzt fünf Mark am Tag zahlen muß. Auch für die Kur wird man lieber die 300 Mark zahlen. Das fehlt halt an anderer Stelle. Anders aber, wenn erst für jeden Arztbesuch kassiert wird. Der Druck ist dann groß, auf eine Behandlung zu verzichten, namentlich für jene, die am wenigsten Geld haben. Es sage keiner, dahinter stecke keine überlegte Strategie.

Trotzdem freilich hat die Runde im Kanzlerbungalow bloß das Bild eines Haufens abgehalfterter Buchhalter abgegeben. Ihre mangelnde Brauchbarkeit besteht darin, daß ihre politischen Rezepte mittlerweile aller höheren Ideale entblößt sind. 30% Wählerstimmen würde die SPD kriegen, wären jetzt Wahlen, keine 7% die FDP. Doch obwohl DIE GRÜNEN mit 7,7% erstmals die FDP auch in einer bundesweiten Umfrage auf Platz vier verwiesen haben, könnten sie eine absolute Mehrheit der CDU/CSU kaum verhindern.

Diese Konstellation wird nicht lange so bleiben, und die Bastler an der „Wende" wollten die Gelegenheit beim Schopfe packen, die um sich greifende Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik nochmals im Parlamentsbogen einzufangen. Auch sie wissen, daß die tatsächlichen Widersprüche längst tiefer sind, als sie sich in der Verschiebung von Stimmanteilen ausdrücken, aber nochmals hätten sie die Volkswut auf CDU-Mühlen ableiten können. Betreten sind sie, weil diese Chance verspielt ist.

Zur Operation '83 siehe Seiten 11/12

Der „Krieg der Sterne“

Von Günther Kruse

Das Szenario hätte nicht besser sein können: gerade war die Nachricht von den Raketen-Tests der Sowjetunion, bei denen sie auch Killersatelliten eingesetzt hat, über die Medien verbreitet worden, da kommt aus den USA die Kunde, es werde ein „militärisches Oberkommando für den Weltraum“ geschaffen. Ab dem 1. September soll es seine Arbeit aufnehmen. Für Anfang 1983 ist die Errichtung eines „Zentrums für militärische Weltraumtechnologie“ in Kirtland (New Mexico) geplant. Der Anlaß für diese Ankündigung war der 4. Start der Weltraumfähre (Space Shuttle) „Columbia“. Und noch ehe „Columbia“, diesmal fast ausschließlich mit militärischen Experimenten betraut, zur Erde zurückkehrte und Reagan seine Ansprache über die weiteren Aufgaben der Weltraumforschung halten konnte, war da die Meldung, die Sowjets erprobten eine kleine Raumfähre.

„Eine neue Dimension des Wettrüstens“ nennt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI den Vorstoß der Militärs ins All. „Die Weltraumtechnologie entwickelt sich mit solcher Geschwindigkeit, daß im Jahre 2000 vieles Wirklichkeit sein wird, was heute Utopie ist“, so heißt es in einem Bericht des SIPRI, der vor etwas mehr als einem Monat veröffentlicht wurde. „Hochenergielaser und Teilchenstrahlwaffen könnten dann bereits um die Erde kreisen.“

Nun war das Militär beim „Vorstoß ins All“ von vornherein dabei, ja eigentlich hatte das Militär auch in den USA mit den Forschungen begonnen, noch ehe die NASA, die heute als „zivile“ Behörde die Weltraumflüge im wesentlichen vorbereitet, koordiniert, überhaupt existiert hat. Wesentliche Bedeutung erlangte die militärische Nutzung, sieht man einmal davon ab, daß Raketen, mit denen Satelliten in eine Erdumlaufbahn befördert werden, und Raketen, mit denen Atomsprengköpfe in ihr Ziel befördert werden, durchaus viele Gemeinsamkeiten haben, mit den SALT-Verträgen einerseits und mit der Entwicklung zielgenauer Atomraketen, die den beiden Supermächten die Möglichkeiten eines Erstschlags in greifbare Nähe zu rücken scheinen, andererseits.

Das muß etwas näher erläutert werden: Die Begrenzungen, die in den SALT-Verträgen festgeschrieben wurden, wollten überwacht werden. Zwar taten sie keiner Seite wirklich weh, aber immerhin. Als einziges Überwachungsmittel wurden Aufklärungssatelliten zugelassen. Sie machen denn auch etwa die Hälfte der von den beiden Supermächten in den vergangenen Jahren gestarteten Satelliten aus. Laut den Verträgen soll ihre Tätigkeit nicht behindert werden. Für einen evtl. geplanten Erstschlag muß erst diese Überwachung ausgeschaltet werden. Genau dies haben die Sowjets offensichtlich vor wenigen Wochen geprobt (und nicht nur da). Sie sind es auch, die bisher einzig „Killersatelliten“ in den Weltraum geschossen haben. Die USA experimentieren damit, auch das ist unbestritten.

Es eröffnet sich im Weltraum ein weites Feld für neuartige Waffen. Killersatelliten z.B. können wohl Beobachtungssatelliten ausschalten, gegen anfliegende Raketen können sie nichts ausrichten. Die Laserwaffe, die das kann, im Weltraum stationiert, ist von beiden Supermächten seit mehreren Jahren in Erprobung.

John F. Kennedy konnte 1961, als die ersten amerikanischen Astronauten in den Weltraum flogen, noch als Programm verkünden: „Noch ehe das Jahrhundert zu Ende geht, werden wir einen Menschen auf dem Mond landen.“ Und das war damals durchaus als Herausforderung an die Menschen, die Natur zu beherrschen, zu verstehen, und war auch so verstanden worden. Heute schreibt das SIPRI: „Es ist hier von Bedeutung, festzustellen, daß Konzepte für die friedliche Nutzung des Weltraums aufgegeben worden zu sein scheinen.“ Reagan hat auch bekannt gegeben, daß das ehrgeizigste Projekt der NASA, eine ständige Raumstation im Weltraum zu errichten, zugunsten der Militärs gestrichen sei.

In nur knapp über einem Jahr, seit dem Erstflug im vergangenen April, ist dieser Menschheitstraum endgültig zu einem Alptraum geworden. Damals jubelte das Handelsblatt noch: „UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim sah in dem 54stündigen Anflug der beiden Astronauten Young und Crippen ‚die Fähigkeit der Menschheit, scheinbar unüberwindbare Hindernisse zu überwinden‘, und das kanadische Unterhaus gratulierte: ‚Ein einzigartiges Abenteuer des Menschen im Weltraum.‘“

Warten auf die Geldspritze

AEG hat abgewirtschaftet – Geld von den Banken oder aus Steuergeldern?

geh. Am 5.7. versammelte sich im Frankfurter Hochhaus der Dresdner Bank die Creme des westdeutschen Finanzkapitals, um über die weitere Zukunft des AEG-Konzerns zu beraten: Bundesbankpräsident a.D. Emminger, Vertreter von Siemens, Bosch, Mannesmann und Vertreter der Dresdner Bank als der AEG-Hausbank. Sie sollten auf Anregung des Bundeswirtschaftsministers nochmal das Sanierungskonzept '83 überarbeiten, weil es noch nicht die Billigung der Beteiligten gefunden hatte. Damit ist offensichtlich die Führung der Dresdner Bank, Vorstandsvorsitzender Fridrichs, und AEG-Chef Dürr ausgeschaltet worden. Dabei drängt die Zeit. Bereits jetzt wird offen über die drohende Illiquidität des Konzerns spekuliert. Der Vorwärts fragt: „Was ist mit den Augustlöhnen?“

Am Mittwoch dieser Woche tagt das Bundeskabinett und berät die Lage bei AEG.

Die IG Metall hatte sich bisher recht schwer getan mit Aktionen gegen die Schließung. Es kam vor allem an den von der Schließung bedrohten Betrieben zu Aktionen, die dort von Betriebsrat und IG Metall organisiert wurden. Genüßlich stellte das Handelsblatt M. Wilke von der DGB-Bundesschule Oberursel die Zeilen zu einer Schelte besonderer Art zur Verfügung: „Der Fall AEG ist nicht nur Ausdruck krisenhafter Entwicklung kapitalistischer Ökonomie, wie IG Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz zu Recht feststellt, sondern ebensosehr Ausdruck der Krise der IG Metall-Mitbestimmungspolitik.“ Tatsache, und darauf zielt der Artikel ab, ist, daß die IGM-Mitglieder im Aufsichtsrat über die Pläne des AEG-Vorstands nicht informiert haben und die Aufsichtsratsmitglieder einer Vereinheitlichung der Belegschaft bisher nichts genutzt haben.

Erst im letzten Moment, fast möchte man von fünf nach zwölf reden, hat der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Rubke Gegenvorstellungen zur Sanierung formuliert. Wesentliche Punkte waren: keine Aufspaltung des Konzerns, öffentliche Mittel zur Sanierung und/oder Stützung durch ein Unternehmen, das sich in Bundesbesitz befindet, öffentliche Gelder nur gegen Auflagen und bei einer realen Bundesbeteiligung in den Entscheidungsorganen bei AEG, mehr Zugeständnisse von den Banken.

Mit diesem Konzept hatte sich eine Verhandlungskommission mit Gesamtbetriebsratschef Rubke und IG Metall-Justitiar und AEG-Aufsichtsratsmitglied Kittner nach Bonn aufgemacht. Bei Lambsdorff und Lahnstein liefen sie da allerdings kalt ab: Ablehnung einer direkten Beteiligung des Bundes an AEG, keine Aufforderung des Bundes an ein bundeseigenes Unternehmen, sich an AEG zu beteiligen, und keine kurzfristige Übernahme einer Bundesbürgschaft zur Sicherung der Liquidität in Höhe von 1 Mrd. DM bevor nicht die Treuhand die Bürgschaftsanträge geprüft hat.

Letzteres wurde auch einer anderen AEG-Delegation, bestehend aus dem Aufsichtsratspräsidium, erklärt. Ihnen wurde noch eine Reihe von Unstimmigkeiten des Sanierungskonzepts '83 vorgehalten. Da geht es einmal darum, daß die Rentabilitätsberechnungen über den Technik-Bereich (zur Information, das ist der Bereich, der profitabel arbeiten soll und an den britischen General Elektric-Konzern verramscht werden soll) zweifelhaft sind. Außerdem wurde moniert, daß selbst auf dem Papier der Konsumbereich mit den vorgesehenen Mitteln nicht saniert werden kann. Drittens sollen die Banken mehr als ihren bisherigen „Zinsverzicht“ erbringen. Gedacht ist an rund 600 Mio. DM, das wäre etwa die Höhe der Verluste 1982. Weiter sollen die 466 Mio. DM Schuldscheindarlehen, die 1980 in einer „Solidaritätsaktion der Wirtschaft“ gewährt wurden, in eine Kapitalerhöhung umgewandelt werden.

Das war dann der Ausgangspunkt für die erneuten Frankfurter Gespräche. Bereits jetzt wird spekuliert, daß sich die endgültige Lösung weit vom „AEG-Konzept '83“ entfernen wird. Vielleicht muß man den Plan, den wesentlichen Teil des Konzerns an einen englischen Konkurrenten zu verkaufen, in Wirklichkeit als Drohung in Richtung Bonn und Belegschaft verstehen. Denn es ist schwer vorstellbar, daß der Technik-Bereich, in dem sich doch „strategische“ Produktionen für die westdeutsche Wirtschaft befinden, an englisches Kapital gegeben wird. Beispielsweise hat AEG den Generalunternehmer für die Schnellboot-Produktion übernommen. Die gesamte Nachrichten- und Energietechnik hat über den militärischen Bereich hinaus strategische Bedeutung.

Die gezielt in Umlauf gebrachten Gerüchte über die kurz bevorstehende Illiquidität und die nicht gesicherten Augustlöhne und -gehälter haben jetzt den Druck vorbereitet, daß die Bundesregierung sofort entscheiden muß. Es steht zu erwarten, daß dies eine „deutsche Lösung“ sein wird. Unter diesen Bedingungen wird Lambsdorff leicht über die selbsterrichteten Hürden „Marktwirtschaftliche Lösung“ springen.



Keine Asylanerkennung für polnische Flüchtlinge

kvz. Seit sechs Monaten wird vom Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge kein Asylantrag von polnischen Flüchtlingen mehr bearbeitet. Ca. 8000 polnische Flüchtlinge sind davon betroffen. Das Amt in Zirndorf hat dazu erklärt, ab August werde es beginnen, über die Anträge, die von polnischen Asylbewerbern nach dem 13. Dezember gestellt worden sind, zu entscheiden. Das Bundesamt hat offensichtlich die vorsichtige Haltung der Bundesregierung nachvollzogen. Es hätte sich erst ein klares Bild über die Verhältnisse in Polen verschaffen müssen, so der stellvertretende Leiter des Amtes. Bis auf Einzelfälle, über die wegen eines klaren Sachverhaltes entschieden worden sei, hätte die große Mehrheit der Bewerber keine Gründe vorgebracht, die ein Asyl in der Bundesrepublik rechtfertigen würde.

Gastspielreise nach Tel Aviv abgesagt

ham.Heidelberg. Das Theater der Stadt Heidelberg hat eine Gastspielreise zum 1. Internationalen Theaterfestival in Tel Aviv absagen müssen. Eingeladen hatte Israels Staatspräsident Navon, und das Bonner Außenministerium wollte die Reise finanzieren. Gespielt werden sollte das chassidische Stück „Nichts ist vollkommener als ein gebrochenes Herz“. Das Stück läßt – durch das Prisma der Judenvernichtung im Dritten Reich – die Kultur des Ostjudentums wieder lebendig werden.

Angesichts des israelischen Vorstoßes in den Libanon erklärten sieben von zehn Mitwirkenden an diesem Stück, fest angestellte und Gastschauspieler, daß sie nicht fahren würden. In einem Brief an den Intendanten heißt es:

„Auch fände ich es falsch, die Gastfreundschaft eines Landes, dem wir aufgrund unserer Geschichte besonders verpflichtet sind, zu verletzen; wir sollten sie unter den gegebenen Umständen nicht in Anspruch nehmen. Oder finden Sie es nach den mörderischen Schlägen gegen die moslemische Zivilbevölkerung Beiruts möglich, dem Staatspräsidenten Israels die Referenz zu erweisen? Ich für meinen Teil schließe dies aus ...

Unser Gastpiel hätte eine künstlerische Begegnung des Ausgleichs sein können. Das wissen wir so gut wie die Kommentatoren unserer Entscheidung. Aber noch ehe es dazu gekommen wäre, hätte es schon einen Eklat gegeben. Denn noch vor unserer ersten Aufführung waren wir zu einem Empfang beim Staatspräsidenten ... geladen. Wir hätten diesen Empfang ... boykottiert oder eine Protestresolution überreicht. Ich sah mich außerstande, mich den kalkulierbaren Folgen einer solchen Aktion auszusetzen ...

Die Schuld unserer Elterngeneration, der man Opportunismus und Moral-Desorientiertheit zum Vorwurf macht, darf nicht dazu führen, daß wir heute unsere Meinung einer anderen opportunen Haltung unterordnen.“

(Rhein-Neckar-Zeitung, 26.6.1982)

Den Schauspielern ging es nicht um eine politische Demonstration; sie wollten einen Eklat gerade vermeiden. Trotz dieser listigen Argumentation war die Absage ein mutiger Schritt.

Im Gemeinderat griffen OB Zundel, CDU, und Freie Wählervereinigung den Entschluß der Mehrheit des Ensembles schärfstens an: „Beschämendes Ereignis“, „Intoleranz“, „Schlag ins Gesicht der Theaterstadt Heidelberg“. Offen verteidigen mochte keiner den israelischen Angriff, aber den Deutschen stehe es nicht an, „über die Verhältnisse im Nahen Osten zu richten“, „die ihre Wurzeln schließlich in einem düsteren Kapitel deutscher Geschichte hätten“. Aus den Reihen von SPD und FDP wurde dagegen Verständnis für die Haltung der Schauspieler geäußert; die Grünen fehlten. OB Zundel gab schließlich die Richtung an: Die Gastschauspieler seien „formal im Recht“, nicht aber die Angestellten, das Theater stehe „nicht in der Disposition Einzelner“. Damit waren arbeitsrechtliche Konsequenzen angedroht.

Nobelpreisträger unterzeichnen Friedensappell

kvz. Sicherlich bewußt in Anlehnung an das „Göttinger Manifest“, ein von Physikern verfaßtes Manifest gegen die Atombewaffnung, wurde jetzt von 9 von 32 anwesenden Nobelpreisträgern bei deren 32. Tagung auf der Insel Mainau im Bodensee ein Friedensmanifest unterzeichnet. Das Manifest war von einigen Physikstudenten vorbereitet worden und von dem Schweden Alfén in den Kreis der Preisträger eingebracht worden. „Aus dem Bewußtsein, daß die Wissenschaften dem Wohle der Menschen dienen sollen und nicht der Zerstörung unserer Existenz, glauben wir, nicht länger zum weltweiten Rüstungswettlauf schweigen zu können. Wir haben viele Jahre unseres Lebens der Forschung oder dem Studium gewidmet, getrieben von dem Wunsch, mit unseren Erkenntnissen den Menschen ein glücklicheres Leben zu ermöglichen. Mit Entsetzen müssen wir aber feststellen, daß in zunehmendem Maß wissenschaftliche Erkenntnisse zu militärischen Zwecken Verwendung finden.“ So heißt es in der Präambel. Die Wissenschaftler fordern, keine weiteren nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen zu stationieren oder zu produzieren, um in diesem Klima Verhandlungen über Abrüstung führen zu können. Sie fordern ebenso den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. „Wir halten es daher für sinnvoll, ein internationales Komitee aus namhaften Wissenschaftlern verschiedener Länder einzurichten, das die Lebensnotwendigkeit der Verhütung einer nuklearen Katastrophe aufzeigt.“

DGB klagt gegen US-Giftgas-Lager

kvz. Durch eine Verfassungsbeschwerde will der DGB feststellen lassen, „ob die Bundesrepublik tatsächlich ein souveränes Land ist oder nach wie vor eine Besatzungsmacht hat, die das Grundgesetz dieser Bundesrepublik völlig mißachten kann“. Der erneute Vorstoß richtet sich gegen die anhaltende Lagerung von US-Giftgas vor allem in der Westpfalz, in einem Umfang, der ausreichen würde, die gesamte europäische Bevölkerung zu vernichten. Diese Lagerung richte sich gegen mindestens 2 Artikel des Grundgesetzes: gegen das Grundrecht auf Leben sowie gegen das Verbot, einen Angriffskrieg vorzubereiten oder bewußte Friedensstörung zu betreiben, denn Kampfgase seien immer Angriffswaffen. Die Verfassungsbeschwerde wurde vom DGB-Landesvorstand Rheinland-Pfalz einstimmig beschlossen und auch vom DGB-Bundesvorstand unterstützt. Dies gab der rheinland-pfälzische DGB-Vorsitzende Lehlbach am vergangenen Wochenende auf einem „Friedensfest gegen Massenvernichtungswaffen“ in Maßweiler bekannt. Auf Intervention bei der Bundesregierung hatte diese darauf hingewiesen, daß die USA zur Lagerung durch Nato-Truppenstatut und den „Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland“ berechtigt seien.

Agententätigkeit für DDR in Westberlin verurteilt

kvz. In Westberlin wurde am 24. Juni ein 31jähriger Angeklagter vom 4. Strafsenat des Kammergerichts zu neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Er hatte für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR spioniert. Dabei war sein Auftrag offensichtlich auch darauf gerichtet, seinen Auftraggebern über Aufbau und Ziele des Westberliner Komitees „Solidarität mit Solidarność“ zu berichten. Mehrere Male war er auf Sitzungen des Komitees und hat einige Mitglieder auch privat besucht.

mine · Termine · Te

Juli

- **10. Erlangen.** Verkehr in der Stadt, Seminar des Bund Naturschutz in Bayern
- **12. Stockholm.** Beginn des Friedensmarsches, nach Moskau, Minsk, bis 2. August
- **13. Zürich.** 7. Gymnaestrada, bis 17.8.
- **14. Paris.** Am 14. Juli 1789 Sturm auf die Bastille, Auftakt der französischen Revolution
- **17. Berlin.** Konferenz von Potsdam 1945
- **22. Saarbrücken.** Start der Friedensfahrt, Radtour, bis 12.8.
- **23. Inverness, Schottland.** Friedensmarsch, führt bis Edinburgh, bis 21.8.

Betty Friedans „Zweiter Schritt“

Eine Perspektive für die amerikanische Frauenbewegung?*

his. Ein Manifest ist es sicherlich nicht, was Betty Friedan vor kurzem auf den Markt geworfen hat – dem Werk mangelt es an Kontur und Programmatik. Und da als wesentliches und eines der wenigen durchgängig beibehaltenen Prinzipien in diesem ansonsten chaotischen, langatmigen, sich wiederholenden und widersprechenden Buch der Gedanke präsentiert wird, daß der „zweite Schritt“ sich dadurch auszeichne, daß er keine Frauenbewegung mehr ist und vielleicht die Männer die entscheidende Rolle darin spielen werden, ist auch ausgerechnet das Charakteristikum „feministisch“ für das sogenannte Manifest nicht mehr einsichtig.

Seis drum. Der Titel verweist nur auf das Selbstverständnis der Autorin, die sich als Mutter der amerikanischen Frauenbewegung versteht („Look dear, I started it!“ – Betty Friedan im taz-Interview) und auch als solche hierzulande bezeichnet wird und es angesichts der von ihr konstatierten Krise der Frauenbewegung für nötig hält, richtungsweisend und programmatisch einzugreifen, um die Karre aus dem Dreck zu ziehen.

Vor 20 Jahren faßte Betty Friedan in „Der Weiblichkeitswahn“ den Frust von Millionen amerikanischer Hausfrauen in Worte – der typisch-amerikanischen Mittelklasse-Hausfrauen, die, auf die Hausfrauenrolle getrimmt und reduziert, in ihren Vorort-Häuschen mit vollautomatisiertem Haushalt ein Leben wie in einem „komfortablen Konzentrationslager“ (Friedan) fristeten – und löste damit tatsächlich eine breite Bewegung für die Gleichberechtigung der Frau aus. Betty Friedan war 1966 Mitbegründerin der NOW (National Organisation for Women), die mittlerweile auf ca. 100000 Mitglieder angewachsen ist, die große Kampagnen gegen Abtreibungsverbote und für die Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau in der Verfassung führte und immer noch führt.

Die Frauenbewegung der USA ist sicher in vieler Hinsicht weiter, als Betty Friedan vor 20 Jahren aus einer doch beschränkten Mittelklasse-Sicht blikken konnte, der ökonomische Sachzwänge fremd waren und die Befreiung der Frau ohne soziale Befreiung möglich schien; im wesentlichen propagierte sie den Ausbruch der Nur-Hausfrauen aus der Isolation und Öde des Vorort-Haushalts und riet den Frauen, Romane zu schreiben oder Antiquitätenläden zu eröffnen oder wieder zu studieren, um so eine eigene Persönlichkeit zu entwickeln. Vermöge dessen würden sie dann den Haushalt noch locker nebenbei führen können. Es ging ihr also darum, daß Frauen überhaupt als eigenständige Persönlichkeiten anerkannt werden, in Gesellschaft und Familie, woraus sich auch der politische Kampf um Gleichberechtigung ableitete.

Liest man jetzt das erste Kapitel vom „Zweiten Schritt“, freut man sich, daß Betty jetzt doch die Kurve gekriegt hat zur statistisch erfaßbaren amerikanischen Realität, in der 70% der Frauen und 52% der Frauen mit Kindern zwischen 3 und 5 Jahren lohnabhängig sind. Und Betty stellt fest, daß Frauen arbeiten *müssen*, die Mehrheit von ihnen in schlechtbezahlten Frauenarbeitsbereichen; stellt die Frage, was geschehen wird, wenn aufgrund der Krise noch mehr Frauen arbeiten müssen, während gleichzeitig Frauen die Hauptbetroffenen der Arbeitslosigkeit sind (diese Frage wird nicht beantwortet), und konstatiert, daß man heute genauso wie für das Recht auf Abtreibung auch für das Recht auf freie Entscheidung für Kinder eintreten müsse, mit den entsprechenden sozialen Bedingungen dafür. Also dieselben Probleme wie hier, nur daß in den USA die Bedingungen für berufstätige Mütter und Eltern noch schlechter sind, da es weder einen gesetzlichen Mutterschutz noch öffentliche Einrichtungen der Kleinkindererziehung gibt und selbst ein Kampf darum geführt werden muß, daß das betriebliche Versicherungswesen für die Kosten von Schwangerschaft und Geburt aufkommt. Aus diesen Feststellungen und Fragen folgt aber weder eine Analyse der gesellschaftlichen Ursachen der Unterdrückung der Frau, bzw. der Veränderungen, die die Krise für diese mit sich bringt, noch eine praktische Konsequenz. Dabei wäre es interessant und notwendig gewesen zu untersuchen, welche Politik die Frauenbewegung im „ersten Schritt“ im Hinblick auf soziale Reformen verfolgt hatte, was sie erreicht hat und welche Fehler sie gemacht hat. Die Anti-Diskriminierungsgesetze, die die amerikanische Frauenbewegung sich erkämpft hat, finden im ganzen Buch keine Erwähnung, und man erfährt nichts über ihre Wirksamkeit.

Statt dessen wird für die Niederlage der Frauenbewegung in den Verfassungskämpfen (s.u.) ein „feministischer Wahn“ verantwortlich gemacht, der sich in einfacher Frontstellung zum „Weiblichkeitswahn“ quasi naturwüchsig entwickelt habe, der aber mit den heutigen ökonomischen und emotionalen Notwendigkeiten nicht mehr übereinstimme. Damit meint Friedan, daß sich die Frauenbewegung die Emanzipation der Frau als berufliche Karriere vorgestellt und damit selbst das Bild der Karrierefrau propagiert habe, die mit den Männern mit gleichen Waffen um die besten Posten konkurriert. Dieses Ideal – so Friedan – könne heute aber von den Frauen gar nicht mehr gelebt werden, da sie auf emotionale Sicherheit in der Familie, auf Kinder nicht verzichten wollten, Beruf und Familie aber nicht unter einen Hut zu bringen seien, solange Frauen am Arbeitsplatz von Männern für Männer gesetzten Normen gerecht werden sollten und gleichzeitig auch noch als Hausfrauen und Mütter traditionellen Leistungsmaßstäben. Bei der Beantwortung der Frage, wie dieses Dilemma gelöst werden soll, sind wir beim Wesen des „Zweiten Schritts“ angelangt: das Problem werde gelöst durch neue *Normen* in Haushalt und Familie und am Arbeitsplatz, die Frauen *und* Männern ein ganzheitlicheres und menschlicheres Leben ermöglichten, in dem keiner auf Haushalt oder Beruf reduziert ist (wobei auffällt, daß bei Friedan Berufstätigkeit immer assoziiert wird mit Erfüllung und Ansehen – monotone Fließbandarbeit, überhaupt entfremdete Arbeit in ihrem Weltbild nicht auftaucht). Und wie sollen sich diese neuen Normen durchsetzen? Angeblich setzen sie sich schon durch dadurch, daß Frauen mit ihren weiblichen Qualitäten in bisher von Männern dominierte Bereiche eindringen und andererseits Männer zunehmend in der Familie, in den kleinen Dingen des Alltags Aufgaben übernehmen müßten. Dadurch werde der Gegensatz zwischen den Geschlechtern in der Realität schon aufgehoben. So einfach und spontan gehe das – man meint fast, der „Zweite Schritt“ besteht nur darin, diese Realität endlich zur Kenntnis zu nehmen. Unterstützt werde dieser Prozeß durch die Verallgemeinerung eines weiblichen weichen Führungsstils, des Beta-Stils, mit dessen Hilfe allein nach Auffassungen von Sozialwissenschaftlern und Politikern die Probleme der amerikanischen Demokratie zu meistern seien.

Exemplarisch führt Betty Friedan ausgerechnet West Point an, wo Frauen für militärische Führungspositionen ausgebildet werden. Hier hätten die Frauen den Geist der Truppe verändert. Nachdem sie anfänglich noch rethorisch die Frage aufwirft, ob die Gleichberechtigung so weit gehen soll, daß Frauen auch zum Militärdienst einberufen werden, ist es für sie selbstverständlich, daß im Kriegsfall – daß ein Krieg, vor dem die USA stehen, nur ein gerechter sein kann, steht für sie außer Frage – auch eingezogen werden. Für sie gibt es keinen Grund, die Militärpflicht für Frauen zu bekämpfen, im Gegenteil, nach ihrer Begeisterung über West Point müßte sie sogar für eine stärkere Einbeziehung der Frauen in die Armee sein, da Frauen militärische Aufgaben „unter absoluter Verpflichtung auf ‚moralische Kriterien‘, auf die Werte und Interessen des menschlichen Lebens, erfüllen werden und im Dienst des Überlebens, nicht des Machismo, des Tötens und der Ruhmsucht“. (169)

Mit dieser Stellungnahme hat Betty Friedan der Frauenbewegung bestimmt keinen Dienst getan. Mit Vorsicht zu genießen ist auch ihr Urteil, daß die Frauenbewegung im Kampf um das ERA an ihrer Familienfeindlichkeit gescheitert sei, womit sie den Reaktionären eine offene Flanke geboten habe. Ohne beurteilen zu können, welche Politik die Frauenbewegung im einzelnen gemacht hat, so ist doch klar, daß für die Reaktionäre jede Forderung nach Gleichberechtigung familienfeindlich, weil gegen das Patriarchat gerichtet ist. Natürlich muß die Frauenbewegung das Bedürfnis der Massen nach emotionaler Sicherheit und Geborgenheit respektieren, das gegenwärtig seine Realisierung halt in der Familie sucht, aber deshalb braucht die Frauenbewegung noch lange nicht eine bestimmte Familienstruktur, die die Frau isoliert und unterordnet, gutzuheißen oder in ihren Forderungen nach Gleichberechtigung nur ein Deut zurückzustecken. Wichtig ist, daß die Frauenbewegung Vorstellungen entwickelt, was die Emanzipation der Frau über die Gleichberechtigung hinaus beinhaltet, wie das Leben, wie die Erziehung der Kinder usw. am besten organisiert werden kann. Dazu entwickelt Friedan keine Perspektive, auch wenn sie gelegentlich auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Notwendigkeit der Organisierung der Kindererziehung zu sprechen kommt, aber das ist dann wieder schwammig und widersprüchlich.

*Betty Friedan: Der zweite Schritt. Ein neues feministisches Manifest, Reinbek (Rowohlt) 1982 (28,00 DM)

Gleichberechtigungsgesetz in den USA gescheitert

Frauenbewegung unterliegt in den entscheidenden Staaten

his. Am 30. Juni war die Frist abgelaufen, bis zu der 38 der 53 Bundesstaaten den Gleichberechtigungszusatz (Equal Right Amendment – ERA) zugestimmt haben mußten, um seine Aufnahme in die amerikanische Verfassung zu ermöglichen. Der Verfassungszusatz, für den die amerikanische Frauenbewegung nun schon fast 60 Jahren hartnäckig kämpft, heißt schlicht: „Rechtsgleichheit vor dem Gesetz soll aus Gründen des Geschlechtes weder von den Vereinigten Staaten noch von irgendeinem Staat des Landes verweigert oder geschmälert werden.“ Dieser Verfassungszusatz ist deshalb so wichtig, weil er mit seinem Inkrafttreten alle Gesetze außer Kraft setzen würde, die der Gleichbehandlung im Wege stehen. Es würde z.B. auch die Praktiken amerikanischer Versicherungsgesellschaften verbieten, die von Frauen höhere Beitragssätze kassieren, aber niedrigere Auszahlungen leisten, mit der Begründung, daß Frauen länger leben als Männer und damit die Versicherungsgesellschaften teuer zu stehen kämen. Durch die Aufnahme des ERA in die Verfassung würde auch die bundesweite Vereinheitlichung des Ehe- und Familienrechts ermöglicht. Umgekehrt sind durch seine Nichtverabschiedung alle *Gesetze*, die der Gleichberechtigung dienen, wie z.B. das Gleichberechtigungsgesetz und das Gesetz über gleiche Beschäftigungschancen – wie gering ihre Wirkung gegenwärtig noch ist –, da nicht verfassungsmäßig abgesichert, den Angriffen der Reaktion um so anfälliger ausgesetzt, bis hin zu ihrer Aufhebung. Das ERA würde also Rückentwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung vorbeugen und erkämpfte Erfolge absichern.

Schon 1923 wurde die Vorlage zum ersten Mal im Kongreß eingebracht. Aber erst 1972 fand sie im Kongreß eine Mehrheit und konnte auf den Abstimmungsweg in die einzelnen Bundesstaaten geschickt werden. Schon im ersten Jahr unterstützten 26 Staaten die Vorlage, doch seit 1977, als nur noch die Zustimmung von drei Staaten fehlte, hatte kein einziger Staat mehr zugestimmt. Obwohl sich die Gegenkräfte formierten und an Terrain gewannen, gelang es der Frauenbewegung 1979 mit einer Großdemonstration von 100000, die Ratifizierungsfrist um drei Jahre zu verlängern.

Im Juni 1982 lief die Frist endgültig ab. Entscheidend war die Abstimmung in North Carolina, Florida, Illinois und Oklahoma. Drei Staaten mußten zustimmen. Als am 6. Juni in allen vier Staaten große Demonstrationen und Kundgebungen mit jeweils über 10000 Teilnehmern stattfanden, hatte schon zwei Tage vorher der Senat von North Carolina durch seine knappe Entscheidung für Vertagung – womit faktisch eine positive Entscheidung für diese Legislaturperiode gestorben war – die Chancen auf ein Minimum reduziert. Die letzten Hoffnungen wurden auf Illinois gesetzt, wo auch eine eindeutige Mehrheit für den Gleichberechtigungszusatz zustande kam von 103:72. Aber hier gab es die besondere Schwierigkeit, daß eine 3/5 Mehrheit im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten, wo die einfache Mehrheit genügte, nötig war. Die Gesetzgeber hatten sich auch nicht durch einen Hungerstreik, in den sieben Frauen am 18. Mai getreten waren, zu einer Änderung der 3/5 Vorschrift bewegen lassen. Daran scheiterte dann nicht nur die Entscheidung in Illinois für den Gleichberechtigungszusatz, sondern die ganze 10jährige Abstimmungsprozedur.

Die verfassungsmäßige Absicherung der Gleichberechtigung der Frau hätte gerade in der Krise, die die grundsätzliche Diskriminierung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft und auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt noch verschärft, ein gewichtiges Hemmnis gegen diese Tendenz errichtet und der Frauenbewegung Luft verschafft. Andererseits hat es die Krise den ERA-Gegnern erleichtert, die Verschlechterung der Lebenslage und die Unsicherheit der Existenz zu nutzen für eine Mobilisierung gegen die Gleichberechtigung, indem der Feminismus als eine radikale Bedrohung an die Wand gemalt wurde. Die Schlagworte, mit denen in den hauptsächlich von christlichen Kirchen und Sekten, orthodoxen Rabbis und Veteranengruppen finanzstark geführten Anti-ERA-Kampagnen gegen die Gleichberechtigung zu Felde gezogen wurde, waren, daß dadurch die Familien zerstört würden und die Frauen zum Militärdienst gezwungen werden würden. Familienzerstörung deshalb, weil die Frauenbewegung wolle, daß alle Frauen arbeiten gehen, und die traditionelle Arbeitsteilung in der Familie, die dem Mann die Funktion des Ernährers und damit auch des Familienoberhaupts zuweist und der Frau die Sorge für Kinder und Haushalt, aufbrechen wolle. Tatsächlich hat ja der Zwang der Verhältnisse immer mehr amerikanische Ehefrauen und Mütter zur Lohnarbeit gezwungen, mit all den negativen Erscheinungen, der totalen Überlastung der Frauen und Vernachlässigung der Kinder.



An diesen Erscheinungen und den vorhandenen Ängsten knüpfen die ERA-Gegner demagogisch an, natürlich von einer grundsätzlich chauvinistischen Position aus, der es darum geht, die Vorherrschaft des Mannes zu sichern und Erfolge der Frauenbewegung zunichte zu machen („Frauen müssen von Männern beschützt werden, weil sie sich nicht selbst beschützen können“ – Parole auf einem Transparent auf einer Demonstration gegen das ERA im Juni in North Carolina.) Daß die Einführung des Militärdienstes für Frauen auch mit dem Argument begründet wurde, daß der Ausschluß von Frauen aus der Armee diskriminierend sei, ist ein gefundenes Fressen für die Gegner, die den Befürwortern unterstellen, daß sie mit dem ERA auch durchsetzen wollten, daß Frauen zwangsweise zum Militär eingezogen werden können.

Auf der anderen Seite steht die Frauenbewegung mit ihren Organisationen, voran die NOW (National Organization for Women), die 1966 gegründet wurde und die Hauptarbeit im Kampf um die Verfassungsänderung geleistet hat, nicht allein. So hat es die Coalition of Labor Union Women (CLUW) geschafft, die Position des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO von anfänglicher Feindseligkeit in aktive Unterstützung der ERA-Kampagne zu verwandeln. Nicht zuletzt die Demokratische Partei hatte das ERA an ihre Fahnen geheftet. Wie ernst es damit gemeint ist, wird man auch daran sehen, ob sich genügend demokratische Politiker zusammenschließen, um am 14. Juli eine neue Gesetzesinitiative im Kongreß zu starten. Eleanor Small, Vorsitzende der NOW, hat jedenfalls für ihre Organisation nach der Niederlage erklärt, daß der Kampf weitergeht.

Die Schwierigkeit mit der so notwendigen Solidarität

edd. Hamburg. Nach den Terrorurteilen gegen Markus Mohr und Michael Duffke wegen der Teilnahme an der Brokdorfdemonstration am 28.2.1982 („Grabenfoto-Prozeß") ist von der Verteidigung Revision eingelegt worden. Das heißt, nach der schriftlichen Urteilsbegründung, die etwa Mitte August zu erwarten ist, können sich diese bemühen, dem Bundesgerichtshof nachzuweisen, wie hier im Prozeß selbst bürgerliches Recht gebrochen wurde (Rausschmiß der TAZ, Tonband unter dem Tisch) usw. Ist der Hohe Rat der bundesdeutschen Gerichtsbarkeit einstimmig der Meinung, das sei unbegründet, so ist dies abgelehnt und die Urteile sind rechtskräftig. Daß man von reaktionären Bundesrichtern nicht erwarten kann, daß sie von alleine auf die Idee kommen, das Urteil, das einen Angriff auf alle 100000, die am 28.2. in Brokdorf demonstrierten, aufzuheben, wird jedem klar, wenn man bedenkt, daß z.B. die ca. 1000seitige Revision gegen das Urteil von Rechtsanwalt Härdle auch mit einem Federstrich weggewischt wurde.

Bleibt doch die Notwendigkeit, diesen massiven Angriff auf die Demonstrationsfreiheit, den selbst die bürgerlich-liberalen Zeitungen verurteilten, zurückzuweisen, so den BGH unter Druck zu setzen. Wenn „Die Zeit" von „Bürgerkriegsjustiz" spricht und die „Frankfurter Rundschau" meint, „im Saal des Landgerichts sei das damalige Verbot der Demonstration ... nachträglich gerechtfertigt worden", ist die Lage dazu nicht ungünstig. Dennoch gibt es in der Solidaritätsbewegung ernste Schwierigkeiten, weil kaum organisierte Arbeit dazu gemacht wird. Eine Gruppierung um die Hamburger Autonomen zieht die Konsequenz aus dem Urteil, selber noch radikaler zu werden, sie geben es aber in der Praxis auf, breite Teile der Öffentlichkeit zur Unterstützung zu gewinnen. Die GAL in Hamburg traut sich an die Frage der Verteidigung des Demonstrationsrechts nicht so recht ran. So wurden verschiedene Vorschläge des „Aktionskreises Leben, Gewerkschafter gegen Atom", die eine sehr fundierte und solidarische Arbeit zu dem Prozeß organisiert haben, zwar immer als irgendwie richtig befunden, aber selber wurde nichts getan.

Der AKL hat zusammen mit dem BBU e.V. und den Evangelischen Studentengemeinden nun zu einer bundesweiten Unterschriftensammlung aufgerufen. Wir fordern die Leser der KVZ auf, diese zu unterstützen (siehe abgedruckte Unterschriftenliste).

Die Position des AKL, daß dieses Urteil nicht nur Auswirkungen für die Anti-AKW-Bewegung hat, sondern darüber hinausgeht, macht es auch möglich, eine breite Solidaritätsarbeit zu organisieren, so daß diese Terrorurteile nicht in der Versenkung verschwinden. Die Prozesse gegen die AKL Gewerkschafter Uwe Zabel (IGM) und Kai Seligmann wegen des mitgeführten Lautsprecherwagens am 28.2. beginnen am 14. September und werden am 21. und 28. fortgesetzt. Hier sind gerade die 1200 Betriebsräte und Vertrauensleute gefordert sowie die Gewerkschaften GEW und IG Druck in Hamburg, die damals zur Demonstration aufgerufen hatten, diese Kollegen zu verteidigen. Leserbriefe an die Gewerkschaftszeitungen, Unterstützung der Unterschriftensammlung und Verbreitung von Informationen (siehe Kasten), weil es hier darum geht, Großdemonstrationen von Hunderttausenden anzugreifen und das Demonstrationsrecht weiter einzuschränken, sind notwendige Formen der Solidarität. Dazu fordern wir alle auf.



Unterschriftenlisten, Solidaritätsplakat

zu bestellen bei:

Aktionskreis Leben
Gewerkschafter gegen Atom
c/o Petersen
Gustav Falke-Str. 2
2000 Hamburg 13
Tel. 040/443946

Schickt die Unterschriftenlisten umgehend zurück an:
BBU-Vorstand
c/o Inge Ammon
2051 Krüppelshagen

AKL-Prozeß: 14. September 8.30 Uhr, Itzehoe, Bergstraße 7, erweitertes Schöffengericht (weitere Termine, 21. Sept., 28. Sept.) Solidaritätsadressen an Richter Voß, Bergestraße 7, 2210 Itzehoe, Aktenzeichen angeben: AZ3Js 4964/81 – §9 LS (111/81)

Zwischen Psychoanalyse und Gesellschaftskritik

Zum Tod von Alexander Mitscherlich

nia. Westberlin. **Am 26. Juni starb Alexander Mitscherlich im Alter von 73 Jahren. Mitscherlich – ein Name, den sicher die meisten kennen; von dem aber wohl nur wenige wissen, wo sie ihn einordnen sollen. Psychoanalytiker, Gesellschaftskritiker, Pazifist ...?**

Alexander Mitscherlich – 1908 geboren – hatte zunächst Geschichte, Philosophie und Literaturwissenschaft studiert. Als sich 1933 der Nachfolger seines jüdischen Doktorvaters weigerte, seine Dissertation zu übernehmen, brach er das Studium ab. Er ging nach Berlin, machte dort einen Buchladen auf und begann, nebenbei Medizin zu studieren.

Vor der Gestapo floh er in die Schweiz und studierte dort weiter. Als er 1937 nach Deutschland zurückging, wurde er verhaftet und für acht Monate eingesperrt. Nach seiner Promotion 1946 wurde er zuerst Facharzt für Innere Medizin, hatte aber schon begonnen, sich mit der Psychoanalyse auseinanderzusetzen.

Eine Zeitlang war er in der amerikanischen Besatzungszone Minister für Ernährung und Gesundheit, wandte sich aber dann ganz der Psychoanalyse zu. Ab 1949 leitete er in Heidelberg die neu gegründete Abteilung für psychosomatische Medizin. Von 1960 bis 1976 war er Leiter des von ihm mitgegründeten Ausbildungsinstituts für Psychoanalyse in Frankfurt, dem späteren Sigmund-Freud-Institut. Ab 1947 war er Mitherausgeber der Zeitschrift „Psyche", die das Organ der orthodoxen Psychoanalyse im deutschsprachigen Raum wurde. Mitscherlich trug entscheidend dazu bei, daß die Psychoanalyse, die von den Faschisten verfolgt worden war, nach dem II. Weltkrieg in Deutschland wieder einen anerkannten Platz fand.

Mitscherlich war ein Anhänger der freudianischen Psychoanalyse. Dabei begriff er ihre Theorien und Erfahrungen als einen „Versuch, die Welt besser zu bestehen" (wie einer seiner Artikel überschrieben ist). Die Behandlung des Einzelnen stand für ihn immer weniger im Zentrum. Er versuchte, ausgehend von den Erkenntnissen der Psychoanalyse über die Handlungsstrukturen des Einzelnen und über die menschliche Natur Theorien über die kollektiven Prozesse in den Gesellschaften zu entwickeln. Eine seiner bekanntesten Veröffentlichungen ist „Die Unfähigkeit zu trauern", die er zusammen mit seiner Frau schrieb. Die Leistungen des Wirtschaftswunders sind danach Ersatz für die eigentlich notwendige „Trauerarbeit", haben ihre Kraft bezogen aus dem kollektiven Verdrängungsprozeß der Deutschen, ihrer Unfähigkeit, die Erfahrungen des Faschismus aufzuarbeiten.

Durch seine Veröffentlichungen zur Psychosomatik trug Mitscherlich dazu bei, daß das Bewußtsein über die psychischen Bedingungen und Einflüsse bei organischen Krankheiten Verbreitung fand.

Eine seiner ersten Veröffentlichungen war eine Dokumentation über die Nürnberger Ärzte-Prozesse. Die Erfahrungen von Faschismus und Krieg haben seine Arbeit inhaltlich lange bestimmt. Sie waren auch der Ausgangspunkt für seine Suche nach den Ursachen der Aggressivität und der Frage nach der Realisierbarkeit der „Idee des Friedens".

Als Psychoanalytiker fand er die Grundlagen für die Aggressivität in den psychischen Strukturen der Menschen. Die entscheidenden Übel rühren primär von den Menschen her. Die gesellschaftlichen Lebensbedingungen tragen aber dazu bei, daß die den Menschen eigene Aggressivität destruktiv in Mord und Krieg wirksam wird. In „Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft" versucht er Vorstellungen über die Voraussetzungen einer Gesellschaft zu entwickeln, in der der Mensch ihrer selbst bewußt leben: „Eine Gesellschaft, die sich darin einig ist, die Wahrheit ihrer Grundlagen zu erforschen, und die korrigiert, was der Prüfung nicht standhält ..." Dabei gibt es für ihn keine „beste menschliche Umwelt", sondern eine ständige Weiterentwicklung ist notwendig.

1969 erhielt Mitscherlich den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. In den letzten Jahren schätzte er die Möglichkeiten, den Wettlauf gegen die wachsende „Organisierung des Unfriedens" zu gewinnen, jedoch immer pessimistischer ein.

Welche Auffassungen man auch zur Psychoanalyse haben mag, bemerkenswert scheint mir auf jeden Fall, daß Mitscherlich von seinem psychoanalytischen Begriffssystem aus zur Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Lage war. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür ist „Die Unwirtlichkeit unserer Städte". Er benennt darin die Profitgier als einen Grund für die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen und kommt u.a. zu der Auffassung, daß solange es das Tabu des Privateigentums an Grund und Boden in den Städten gibt, jede schöpferische, tiefgreifende Neugestaltung unmöglich gemacht wird.

——— Ausschneiden, aufkleben, fotokopieren ———

Freiheit für alle Brokdorf-Angeklagten!

Wir alle sind erschüttert über die Urteile im Brokdorf-Prozeß. 5½ Jahre für Michael Duffke und 3 Jahre für Markus Mohr ohne Bewährung.

In dem Prozeß ging es zu keiner Zeit darum, die Wahrheit zu finden und Recht zu sprechen, sondern einzig und allein darum, staatliche Macht zu demonstrieren. Diese Urteile waren von Anfang an zur Verunsicherung, Einschüchterung und Abschreckung der gesamten Umweltschutzbewegung geplant. So verbreitete die Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit, gestützt durch die emotionale Wirkung des Grabenfotos, bewußt eine Falschdarstellung des Demonstrationsvorfalls und der Folgen. Bis heute wurde die schwere Anklage im Fahndungsaufruf nicht öffentlich richtig gestellt. **Der beim Grabenvorfall angeblich fast zu Tode geprügelte Polizist blieb in Wahrheit unverletzt.**

Das Gericht hat unter dem politischen Druck der Landesregierung und der Atomlobby seine Unabhängigkeit aufgegeben. Der Atomstaat zeigt sein Gesicht. Auf dem einen Auge blind – tägliche Umweltunfälle in Brunsbüttel und Verseuchung der Elbe – auf der anderen Seite werden zwei junge Menschen, weil es in das politische Kalkül paßt, zu kriminellen Gewaltverbrechern hochgespielt und ohne Skrupel – „im Namen des Volkes" – geopfert.

Wir empfinden diese existenzzerstörenden Urteile als beispiellosen Justizskandal und darüberhinaus als einen Angriff gegen unsere gesamten demokratischen Rechte.

Wir erklären unsere uneingeschränkte Solidarität mit den Verurteilten. Wir werden diese Urteile nicht hinnehmen.

Wenn das Gesetz sein soll, das unser Leben, unsere Umwelt, unsere Gesundheit zerstört, dann können wir nicht tatenlos zusehen, sondern werden uns weiter entschieden zur Wehr setzen.

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Freiheit für Michael Duffke und Markus Mohr!
Revision des Urteils!
Einstellung aller Brokdorf-Verfahren!
Stillegung aller Atomanlagen!

Mit meiner Unterschrift schließe ich mich dieser Erklärung an und unterstütze die vorstehenden Forderungen

Name	Anschrift	Beruf	Unterschrift

Ihre Unterstützung für diese Unterschriftensammlung haben bisher erklärt: Arbeitskreis Leben (AKL), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, AG Chemie Bergedorf, Geesthachtener Alternative Liste, Bürgerinitiative Pinneberg, GAL Hamburg, BI Geesthacht, BI Bergedorf, Fraktion der GRÜNEN im niedersächsischen Landtag, KBW, Evangelische Studentengemeinden in der BRD und Westberlin, Grüne Wählergemeinschaft Plön, taz-Redaktion Hamburg, KB, GIM, KPD, Rote Hilfe Deutschland.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt am Main 11 · **Telefon 0611/73 02 36** · Telex: 4 130 80 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17 132-2 (BLZ 501 900 00)

Jetzt ein umfassender Numerus Clausus?

Harsche Kritik der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK)

klb. Entweder ein totaler Numerus Clausus oder „drastische Einbußen an Ausbildungsqualitäten" – so steht nach Ansicht der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in den nächsten Jahren die Alternative für die Hochschulen, wenn Bundes- und Länderregierungen ihren gegenwärtigen Einsparungskurs an den Hochschulen fortsetzen. Besonders für das Jurastudium müsse es spätestens ab dem Wintersemester 1983/84 zu strengen Zulassungsbeschränkungen kommen, wenn keine zusätzlichen Mittel für weitere Stellen und notwendige Lehrmittel bereitgestellt würden. Ebenfalls vom Numerus Clausus bedroht seien die Fächer Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Informatik sowie auch in absehbarer Zeit Maschinenbau und Elektrotechnik, da zum einen viele, die in NC-Fächern keinen Studienplatz bekommen hätten, diese Fachrichtungen studierten, und zum anderen viele wegen der angelich besseren Berufsaussichten diese Fächer wählten.

Grundlage der doch für westdeutsche Rektoren überraschend harten Kritik an der herrschenden Bildungs- und Hochschulpolitik ist die Tatsache, daß heute schon 1,1 Mio. Studenten auf nur 750000 Studienplätzen studieren. Bis Mitte der 80er Jahre ist weiter mit einem Anstieg auf 1,4 Mio. Studenten zu rechnen, ohne daß auch nur die ursprünglich beabsichtigten 850000 Studienplätze erreicht würden. Zwei Studenten auf einem Studienplatz – dahin geht offensichtlich die Tendenz.

Insgesamt kritisierte die WRK, daß Bildungspolitik durch Finanzpolitik ersetzt worden sei. „Verbale Beteuerungen der Bildungspolitiker und die tatsächliche Finanzpolitik paßten nicht mehr zusammen. Die Kürzungen beim Hochschulbau, der Rückzug des Bundes aus der Wohnheimförderung, die zum Teil drastische Streichung von Personal- und Sachmitteln, das Einfrieren der BAföG-Gelder und das bisher ersatzlose Auslaufen der Graduiertenförderung gerieten Schritt für Schritt in Widerspruch zu den von den Regierungschefs 1977 eingegangenen Verpflichtungen" (Rheinische Post, 30.6.1982). Diese hatte 1977 beschlossen, die Öffnung der Universitäten zur Bewältigung der geburtenstarken Jahrgänge finanziell angemessen zu unterstützen. Davon ist bekanntermaßen nicht viel übriggeblieben.

Bildungspolitische Konzeptionslosigkeit der Sozialdemokratie ...

Fragt oder sucht man nach sozialdemokratischen Lösungskonzepten, so findet sich nicht viel, allenfalls Konzeptionslosigkeit. Da soll auf der einen Seite die Politik der Öffnung der Hochschulen und einer sozialdemokratisch verstandenen Chancengleichheit nicht aufgegeben werden, auf der anderen Seite aber werden die Postulate unter dem vermeintlichen Sachzwang zu Einsparungen in der Praxis zu bloßen Lippenbekenntnissen. Der Kurs der Öffnung der Hochschulen, d.h. des Verzichts auf umfassende, drastische Zulassungsbeschränkungen, wird nur aufrechterhalten um den Preis der Verunstaltung nahezu sämtlicher Studienbedingungen und zunehmender Perspektivlosigkeit der Studenten, da der Staat zugleich – und vor allem im Bildungswesen – Stellen für Hochschulabsolventen kürzt, so daß Massenarbeitslosigkeit von Akademikern schon heute absehbar ist. Schätzungen gehen beispielsweise dahin, daß 1985 ca. 50000 Lehrer keine Stelle haben werden. Vielleicht exemplarisch für die gegenwärtige sozialdemokratische Bildungspolitik ist folgende Äußerung von Bundesbildungsminister Engholm in einem Interview mit den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) vom Mai 1982: „Um das nochmal zu sagen: Streichungen, Kürzungen, Schnitte in die Substanz der Hochschulen laufen dem zuwider, was in den kommenden Jahren auf die Hochschulen, insbesondere auch auf die Studierenden zukommt. Dazu habe ich klare Aussagen im Parlament gemacht. Man wird im Einzelfalle fragen müssen, ob in der Tat soviele junge Leute, wie sie es heute noch immer tun, ein Lehrerstudium beginnen sollten. Jeder muß wissen, welche Chancen künftig auf ihn warten, oder genauer: nicht auf ihn warten. Sicher ist, daß Kürzungen, wie sie im Personalbereich stattfinden, vermutlich noch negativere Auswirkungen haben als die Begrenzung der Hochschulbaumittel." Oder: was wir tun, dürfen und wollen wir nicht tun, müssen wir aber tun. Der scheinbare Widersinn solcher Äußerungen und solcher Politik löst sich aber dann auf, wenn man begreift, daß nicht der Wille sozialdemokratischer Politiker die Bildungspolitik bestimmt, sondern, solange das Kapitalverhältnis für die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion bestimmend ist, die Gesetze der Kapitalverwertung, denen die sozialliberale Regierungspolitik folgt.



An verschiedenen Hochschulen kämpfen Frauen um die Möglichkeit, einen Raum zu bekommen, um sich untereinander zu verständigen. *Bild:* Frauenraum an der Hamburger Universität.

... und reaktionäre Offensiven

In einer Untersuchung des RWI von 1980 über Bildungsexpansion und Arbeitsmarkt kommt ein Peter Wolfmeyer zu folgendem Resultat: „Die eingangs erwähnten Thesen, wonach eine Bildungsexpansion notwendig sei, um die aufgrund von Lücken im Angebot von hochqualifizierten Arbeitskräften drohenden Wachstumsverluste und Einbußen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abzuwenden, finden somit nachträglich keine Bestätigung. Vielmehr beschränkte sich die Beschäftigungswirkung der Bildungsexpansion bei den Akademikern bisher weitgehend darauf, daß das gestiegene Angebot im Bildungswesen selbst zur Realisation der bildungspolitischen Zielvorstellungen eingesetzt wurde. (Allein die Zahl der hauptberuflichen Lehrer an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen erhöht sich zwischen 1960 und 1979 um 311500 auf etwa 560000) Darüber hinaus fanden Hochschulabsolventen in einigen Bereichen Beschäftigung, deren Personalzuwachs ebenfalls auf politische Prioritätsentscheidungen beruht (Sozialwesen) oder die ein überdurchschnittliches Einkommen garantieren (Gesundheitswesen). Aber selbst in diesen ist ihr Anteil an der sektoralen Gesamtbeschäftigung nicht gestiegen. Die gewerbliche Wirtschaft hingegen erhöhte – entgegen den Prognosen eines Teils der ‚Väter der Bildungsexpansion' – ihre Akademikernachfrage nur unwesentlich" (aus: RWI-Mitteilungen 1/1981). Daraus läßt sich schlußfolgern, daß die sogenannte Bildungsexpansion und damit auch die Öffnung der Hochschulen eine gigantische bildungspolitische Fehlentwicklung gewesen sei, deren Folgen man aber erst heute spüre.

Ferner untersuchte Wolfmeyer die Entzugseffekte der Bildungsexpansion für den Arbeitsmarkt. „Dem Arbeitsmarkt wurden durch die Bildungsexpansion potentielle Arbeitskräfte vorenthalten; außerdem veränderte sich in ihrem Gefolge das Arbeitsangebot in qualifikatorischer Hinsicht. In den sechziger und Anfang der siebziger Jahre überwogen noch die Entzugseffekte: Mehr Jugendliche und junge Erwachsene verblieben länger als zuvor im Bildungssystem. Dies verschärfte die ohnehin angespannte Arbeitsmarktsituation und verstärkte den Sog auf ausländische Arbeitnehmer und die Stille Reserve. Demgegenüber bedeutete der Entzug von Arbeitskräften nach der ersten Ölpreiskrise 1973 eine willkommene Entlastung für den Arbeitsmarkt." (ebenda) Doch bald wird ein erneuter Umschwung einsetzen. „Gleichzeitig wird mit dem Eintritt der geburtenschwachen Jahrgänge der siebziger Jahre ins Erwerbsleben die Kehrseite der Bildungsexpansion, die Vernachlässigung der beruflichen Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt durchschlagen." (ebenda) Auch daraus folgt – im Kapitalinteresse – notwendig die Forderung nach einer Wende in der Bildungspolitik.

Entsprechend äußerte sich auch der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Otto Esser. „Für eine Begrenzung der Studentenzahl an den Hochschulen hat sich der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, ausgesprochen. Aus arbeitsmarktpolitischen Gründen wie im Interesse der Qualität der Ausbildung müsse ein sinnvoller Weg zur ‚Begrenzung und Verringerung der steigenden Studentenzahlen gefunden werden', begründete er seine Forderungen in einem Spitzengespräch mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK). Nach WRK-Angaben stellte Esser dabei auch Überlegungen zur Diskussion, im Hochschulsystem ‚marktwirtschaftliche Steuerungselemente', insbesondere durch ‚kostenorientierte' Studiengebühren mit entsprechenden Darlehen, einzuführen. Damit soll einerseits ein Anreiz für ein effektives Studium, andererseits den Hochschulen ein zusätzlicher Spielraum im Qualitätswettbewerb gegeben werden" (dpa-Meldung vom 21.4.1982). Eindeutig ist die Forderung Essers nach einer relativen Reduzierung der Studentenzahlen, damit nach einem weitgehenden Numerus Clausus. bisher hat sich aber auch die CDU/CSU noch nicht eindeutig zu einer solchen Forderung durchringen können. Eindeutig hingegen fordert sie die vollständige Umstellung des BAföG auf Darlehen wie die Beseitigung des Schülerdarlehens. In Baden-Württemberg hat die CDU-Regierung im vergangenen Jahr erstmals einen – wenn auch dann zurückgeholten – Versuchsballon in Richtung Einführung von Studiengebühren gestartet. Die SPD lehnt letzteres einstweilen noch ab, Bundeskanzler Schmidt hat jedoch bezüglich der Umstellung des BAföG auf Darlehen eine Untersuchung in Auftrag gegeben. Die Kritik der Kapitalistenverbände wie der CDU/CSU an der sozialdemokratischen Hochschulpolitik zielt vor allem darauf, daß sie nicht konsequent und einschneidend genug sei.

BdWi fordert: Abkoppelung des Hochschuletats vom Krisenmangement der Finanzpolitik

Während die Westdeutsche Rektorenkonferenz lediglich die Alternative umfassender Numerus Clausus oder genügender Finanzmittel aufzeigt, hat der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi), der vom 11. bis 13. Juni 1982 seine 11. ordentliche Delegiertenkonferenz in Marburg durchgeführt hat, Leitsätze verabschiedet, in denen er die Abkoppelung der Hochschuletats vom Krisenmanagement der Finanzpolitik und eine umfassende Debatte über das gesellschaftliche Wertesystem fordert. Nach seiner Vorstellung wäre allerdings eine solche Abkoppelung nur sinnvoll innerhalb eines Gesamtkonzepts, das friedenspolitischen Zielen, der Schaffung von Vollbeschäftigung sowie der Sicherung und Weiterentwicklung des erreichten Lebensstandards einen absoluten Vorrang vor angeblich rüstungs- und militärpolitischen Notwendigkeiten und der Subventionierung privater Investitionen einräumt. Unter der Diskussion des gesellschaftlichen Wertesystems versteht der BdWi im wesentlichen die Diskussion dieses Gesamtkonzepts gegenüber dem herrschenden. Kurzfristig fordert er die Herausnahme von Bildung und Wissenschaft von den nächsten zu erwartenden Streichungsmaßnahmen in den Bundes- und Länderhaushalten spätestens in den Etats für 1983 und die Einbeziehung arbeitssuchender Wissenschaftler in allgemeine Beschäftigungsprogramme. Ohne an dieser Stelle im einzelnen auf die „Leitsätze" des BdWI eingehen zu können, sei aber bei aller Berechtigung und Richtigkeit vor allem der kurzfristigen Forderungen zweierlei angemerkt: 1. Mir scheint es eine alte reformistische Sackgasse zu sein, eine solche Gesamtkonzeption durchsetzen zu wollen und zu können, ohne das Kapitalverhältnis anzutasten, oder das auch nur in die Diskussion über das „gesellschaftliche Wertesystem" einzubeziehen. 2. Ist mit der Forderung nach einer solchen Diskussion noch kein Vorschlag gemacht, wie denn auch nur die kurzfristige Forderungen durchgesetzt werden könnten.

Zum Schluß

In einem Kommentar der CDU-nahen Rheinischen Post zur eingangs erwähnten Westdeutschen Rektorenkonferenz heißt es: „Zum Glück für uns alle handelt es sich bei den heutigen Abiturienten nicht um die kämpferische Generation von 1968. Das gäbe ein böses Aufrechnen." (RP, 30.6.1982) Darin liegt ein – wenn auch vielleicht banaler – Hinweis für die Studenten, die sich abzeichnende Entwicklung zu verhindern oder zumindest abzuschwächen. Welchen Beitrag die einzelnen Studentenorganisationen und -verbände wie auch der BdWi dazu leisten oder welche Hindernisse sie dabei in den Weg legen, wollen wir in dieser Zeitung weiter untersuchen. Zunächst die Basisgruppen, die am kommenden Wochenende im Bochumer AStA ein Bundesbasisgruppenseminar durchführen.

Katastrophenschutz abgelehnt

Westberliner Senat hält's mit der Devise: „Augen zu" / Keine Absprache mit der DDR bei Atomunfall

jem. Westberlin. Katastrophen, die durch die Industrie verursacht werden, sind ja nichts besonderes mehr, einige Zeilen in der Zeitung, eine Meldung in den Nachrichten, und dann ist der Fall abgeschlossen. Meldungen über Maßnahmen, die in einem solchen Katastrophenfall der Bevölkerung Schutz bieten, wenn auch nur geringen, darüber hört man kaum etwas, und wenn, dann hat gerade eine Bürgerinitiative einen solchen Plan in die Hände bekommen und ihn veröffentlicht. Oder es kursiert gerade ein Flugblatt, in dem ein paar tausend Bunkerplätze verlost werden für die zwei Millionen Einwohner Westberlins, dann wird heftig dementiert, und es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß diese nie gebraucht werden, anstatt sich konkret gegen Atombomben auszusprechen.

Jedesmal wenn solche Pläne und Einrichtungen bekannt werden, wird auch einigen Menschen mehr bewußt, in welcher Gefahr sie sich befinden, denn umsonst werden solche Pläne ja nicht erstellt. Staatlicherseits hält man solche Pläne lieber zurück und spätestens an der Landesgrenze enden die Schutzmaßnahmen.

In Westberlin dauerte es immerhin 2 Jahre, bis der Senat endlich eine Petition der Interessengemeinschaft gesunde Luft e.V. behandelte. In der Petition wurde der Senat aufgefordert, zum Schutze der Bevölkerung vor radioaktiver Verseuchung Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Im Fall Westberlins müßten dazu auch Absprachen mit der DDR gehören. In einem Hearing des Senats wurde dann erörtert, ob solche Maßnahmen denn überhaupt sinnvoll und notwendig wären. Drei Wissenschaftler hatte der Senat geladen, alle drei sind Befürworter der Anwendung der Atomindustrie. Und so sah es schon fast so aus, als wenn hier west-östliche Bruderhilfe geleistet wird. Prof. Neider von der Bundesanstalt für Materialprüfung lobte dann auch die einfache und robuste Bauweise der sowjetischen Atomkraftwerke, gestützt hatte er sich dabei auf Prof. Burkhard von der Kraftwerksunion, der über diese Kraftwerke eine Untersuchung gemacht hatte.

Jens Scheer schrieb einmal im Atomexpreß über diese sowjetischen Atomkraftwerke, die auch in der DDR stehen: „Die sowjetischen AKWs, wie sie zum Export in die COMECON-Länder gelangen, besitzen keine Notkühlung, die auch nur im entferntesten den (ihrerseits aber auch ungenügenden) westlichen Vorschriften entspricht. Sie besitzen auch keinen Sicherheitseinschluß (Containment), der im Westen beim Kühlmittelverlustunfall auch bei Versagen der Notkühlung den Austritt der Radioaktivität wenigstens für einen Tag verhindern soll (der allerdings auch nicht gegen Kesselbersten oder Dampfexplosionen schützt)."

Dagegen lobte Prof. Neider besonders die seiner Ansicht nach robuste Kammerbauweise; was daran robust sein sollte, wußte er wahrscheinlich selber nicht. In der DDR wird diese Bauweise den Containments vorgezogen, weil die Kammerbauweise wesentlich billiger ist. Das einzige sowjetische Atomkraftwerk außerhalb des COMECON in Loviisa, Finnland, wurde, um es einigermaßen an westliche Standards anzugleichen, mit Notkühlung und Containment von US-Firmen ausgerüstet; zur Sicherheit werden zusätzlich ständig 800 Tonnen Eis gelagert, damit sich an ihnen der heiße Dampf kondensieren kann, falls einmal ein großes Leck entsteht.

Einen Katastrophenplan, der über einen Umkreis von 25 km um ein Atomkraftwerk hinausgeht, hielten die Wissenschaftler sowieso für unnötig, da in Westdeutschland solche Pläne auch nicht größer ausgelegt sind. Abgeordnete der Alternativen Liste und der SPD hielten ihnen entgegen, daß Untersuchungen über *Harrisburg* das kritisieren, und Schäden in einem wesentlich weiteren Umkreis zu erwarten sind. Sie beriefen sich dabei auf das Buch „Im Ernstfall hilflos".

In diesem Buch wird der Unfall in Harrisburg beschrieben und auf Seite 57 kann man in dem Kapitel über die Folgen lesen: „Die Schätzungen über das Ausmaß der durch den Störfall freigesetzten Radioaktivität gehen sehr weit auseinander. Während die vom Präsidenten eingesetzte sogenannte Kemeny-Kommission zu einem Strahlendosiswert von 2000 man-rem für die Bevölkerung innerhalb eines Umkreises von 80 km um Three Mile Island kommt, errechneten andere Strahlen-Experten eine Gesamtbelastung von 64000 man-rem für diesen Bereich. Umstritten ist auch die zu zusätzlichen Todesfällen durch Krebs führende Dosis; sie liegt zwischen 300 und 3000 man-rem. Eine nennenswerte Erhöhung der Krebsmortalität ist nach Ansicht der meisten Strahlenbiologen nicht zu erwarten ... Der Radiochemiker Chauncey Kepford fand heraus, daß das Ausbreitungsmodell der Kemeny-Kommission nicht mit den Witterungsbedingungen zwischen dem 28.3. und dem 4.4. übereinstimmte. Nach seinen Berechnungen werden in der Umgebung etwa 200 Menschen mehr an Krebs sterben."

Umwelt-Senator Hassemer hält es allerdings auch nach diesem Hearing nicht für notwendig, irgendwelche Absprachen mit der DDR zu treffen, um wenigstens über Störfälle größeren Ausmaßes in einem DDR-Atomkraftwerk unterrichtet zu werden oder andere Vorsorgemaßnahmen zu treffen, und das, wo die DDR jetzt plant, ihre Atomkraftwerkskapazitäten stark auszubauen.



Bonn: Am 3.7. veranstaltete die Libanesische Gesellschaft e.V. eine nur von wenigen westdeutschen Organisationen unterstützte Demonstration mit 1000 Teilnehmern. Obwohl die Veranstalter wohl vorhatten, die Unterstützung des palästinensischen Volkes etwas herauszuhalten, wurden die Forderungen der PLO in der Demonstration breit unterstützt. – In Köln demonstrierten derweil 1100, vor allem aufgerufen durch DKP und den palästinensischen Studentenverein. – Die Friedensinitiative des Zentralkrankenhauses Bremen Ost hat sich zu einer Medikamentensammlung für das libanesische Volk entschlossen.

Folterungen in Italien

In Italien erregte die Verhaftung von fünf Polizisten Aufsehen, denen die Folterung von General Dozier's Entführern vorgeworfen wird. Zwei Untersuchungsrichter in Padua hatten die Haftbefehle erlassen, nachdem schon zwei Journalisten vorübergehend verhaftet worden waren, die von Polizisten Informationen über derartige Vorfälle erhalten hatten und nachdem einer der verhafteten Rotbrigadisten Anzeige wegen Mißhandlung und Folter erstattet hatte. Die Rede war von Verbrennungen mit Zigaretten, von der erzwungenen Einflößung von Salzwasser, von Elektroschocks und vorgetäuschten Exekutionen. Die Untersuchungsrichter müssen über Beweise darüber verfügen, daß an diesen Vorwürfen etwas dran ist. Innenminister Rognoni äußerte sich mit „Bestürzung und Bitterkeit" – allerdings nicht über die Folterungen, sondern über die Haftbefehle. Wieder einmal war von der „Übermacht und der mangelnden Verantwortlichkeit der italienischen Justiz" die Rede, verbunden mit der Forderung, die Justiz stärker an die Kontrolle der herrschenden Klasse zu binden, als sie es eh schon ist. Demgegenüber bekräftigten die Angehörigen der italienischen Gerichtsbarkeit auf ihrer Jahresversammlung ihre Forderung nach einer von der Politik unabhängigen Justiz.

und Bitterkeit" – allerdings nicht über die Folterungen, sondern über die Haftbefehle. Wieder einmal war von der „Übermacht und der mangelnden Verantwortlichkeit der italienischen Justiz" die Rede, verbunden mit der Forderung, die Justiz stärker an die Kontrolle der herrschenden Klasse zu binden, als sie es eh schon ist. Demgegenüber bekräftigten die Angehörigen der italienischen Gerichtsbarkeit auf ihrer Jahresversammlung ihre Forderung nach einer von der Politik unabhängigen Justiz.

DDR-Friedensbewegung weiter unter Druck

Der Evangelische Kirchenbund in der DDR hat wieder für den Herbst 1982 zu einer Friedensdekade der christlichen Jugend aufgerufen. Der Erfurter Probst Falcke kündigte an, daß sie unter dem Leitwort „Schwerter zu Pflugscharen" stehen werde. Weiterhin unterdrückt die SED diese Losung, weil das Symbol von den Jugendlichen „zur Bekundung staatsfeindlicher Gesinnung und zur Beteiligung an einer illegalen politischen Bewegung" mißbraucht werde. Parallel hierzu versucht die SED, die Friedensbewegung in ihre staatliche „Friedenskampagne" zu integrieren. Das Politbüromitglied Kurt Hager meinte auf einer Tagung, in der DDR gäbe es „eine millionenstarke Friedensbewegung", in der sich „Marxisten, Christen und Pazifisten" zusammenschlössen. Das Bedeutsame daran ist, daß zum ersten Mal zugegeben wird, daß es in der DDR Pazifisten gibt und daß sie als Teil einer staatlichen „Friedensbewegung" akzeptiert werden. Die staatliche Friedenskampagne hat der Losung „Schwerter zu Pflugscharen" die Losung „Der Friede muß verteidigt werden, der Friede muß *bewaffnet* sein" entgegengesetzt. Die Kirche in der DDR versucht derweil nachzuweisen, daß doch die kirchliche Friedensbewegung gar nicht staatsgefährdend sei.

6 Jahre für Feministin

In Leningrad wurde am Donnerstag die aktive Feministin Natalija Lasarewa zu vier Jahren Gefängnis und zwei Jahren anschließender Verbannung verurteilt. Ihr war vorgeworfen worden, sie würde „Lügen und verleumderische Behauptungen" über die Sowjetunion verbreiten. Tass spricht von einem milden Urteil, weil sie angeblich ernsthaft bereut habe. Das Gericht habe festgestellt, so heißt es, daß Natalija nach ihrer Freilassung aus ihrem Ge-

6 Jahre für Feministin

In Leningrad wurde am Donnerstag die aktive Feministin Natalija Lasarewa zu vier Jahren Gefängnis und zwei Jahren anschließender Verbannung verurteilt. Ihr war vorgeworfen worden, sie würde „Lügen und verleumderische Behauptungen" über die Sowjetunion verbreiten. Tass spricht von einem milden Urteil, weil sie angeblich ernsthaft bereut habe. Das Gericht habe festgestellt, so heißt es, daß Natalija nach ihrer Freilassung aus ihrem Ge-

fängnis – sie mußte schon einmal eine kurze Haftstrafe verbüßen – ein „Bündel verleumderischer Artikel", die das sowjetische Staats- und Gesellschaftssystem besudelten, von einer Emigrantin angenommen habe. Hieraus sei dann die Zeitschrift „Marija" entstanden, die illegal vervielfältigt und auch im Westen publiziert worden sei. Natalija gehört zu der Gruppe Leningrader Frauenrechtlerinnen, von der schon einmal kurz vor den Olympischen Spielen 1980 drei Frauen in den Westen abgeschoben worden waren.

„Stoppt die Bombe, wo sie entsteht!"

Kampf für die Umwandlung des LLL in den USA für friedliche Zwecke

ans. Berkeley, Kalifornien. 64 km östlich von San Francisco erstrecken sich über 640 Morgen (acres) Land, das Lawrence Livermore Laboratorium (LLL). 1952 zur Entwicklung der ersten Wasserstoffbombe gegründet, ist Livermore mit seinen 7200 Angestellten heute das größte Forschungs-Laboratorium der Welt. Zusammen mit dem 1943 zur Entwicklung der ersten Atombombe errichteten Laboratorium Los Alamos in New Mexico untersteht es offiziell der University of California (UC), Berkeley, die es in Fünf-Jahres-Verträgen mit dem US-Energieministerium verwaltet. Jedoch: „Die Marschrichtung für die Laboratorien wird in Washington angegeben. Die UC versteht das und mischt sich in keiner Weise in das Programm ein", so der stellvertretende Direktor von Livermore, Ed Hammel.

Eine gute Woche nach den großen Friedensdemonstrationen in New York und San Francisco attackierten am 21.6. 4000 Demonstranten mit den Forderungen „Stoppt die Bombe, wo sie entsteht" und „Umwandlung von LLL für friedliche Zwecke"' diese „neutral wissenschaftlich" getarnte Brutstätte des US-Imperialismus in der bisher größten Blockadeaktion im Widerstand gegen Livermore. Noch vor Morgengrauen begannen die Demonstranten die vier Tore in 14er – 20er Reihen zu blockieren. Gelbe Armbinden zeigten an, daß sie im Rahmen von kleinen, vorbereitenden Gruppen (affinity groups) Ausbildung im gewaltlosen Widerstand erhalten hatten. Die Staatsmacht hatte Polizeikräfte aus ganz Nordkalifornien aufgeboten, einige in voller „Straßenkampfausrüstung", bewaffnet mit Springanzügen, Helmen, Gesichts-Schilden, Gasmasken, Schlagstöcken. Polizeioffiziere forderten die Demonstranten auf, die Blockade – Straftatbestand: unbefugtes Betreten fremden Eigentums – aufzuheben. Nach der Weigerung erfolgten Festnahmen und Abtransport in Bussen. Diese Szene wiederholte sich in verschiedenen Schüben – ein wenig ritualmäßig – bis zum frühen Nachmittag. Mit 1332 Festnahmen – darunter Daniel Ellsberg – war dies die bisher größte Massenfestnahme in der Geschichte Kaliforniens. Am 22.6.

Helmen, Gesichts-Schilden, Gasmasken, Schlagstöcken. Polizeioffiziere forderten die Demonstranten auf, die Blockade – Straftatbestand: unbefugtes Betreten fremden Eigentums – aufzuheben. Nach der Weigerung erfolgten Festnahmen und Abtransport in Bussen. Diese Szene wiederholte sich in verschiedenen Schüben – ein wenig ritualmäßig – bis zum frühen Nachmittag. Mit 1332 Festnahmen – darunter Daniel Ellsberg – war dies die bisher größte Massenfestnahme in der Geschichte Kaliforniens. Am 22.6.

nahm die Polizei bei einer kleineren Demonstration nochmals 89 Blockierende fest.

Aufgerufen zu der Blockade des LLL hatte die Livermore Action Group (LAG), die sich im Oktober 1981 aus verschiedenen Anti-Atomkraft- und Frauengruppen der Bay Area um San Francisco gründete. Die LAG stellte sich bewußt in die Tradition des gewaltlosen Widerstands, wie er u.a. durch die Frauenbewegung um die Jahrhundertwende, durch die amerikanische Arbeiterbewegung, die Bürgerrechtsbewegung, im Widerstand gegen den Vietnam-Krieg und seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre im Kampf gegen Atomreaktoren entwickelt worden sei. Nicht passiv, aktiv sei die Methode: „Macht baut auf Gehorsam, wenn wir unseren Regierenden diesen Gehorsam verweigern, beginnt ihre Macht zu zerbrechen." Aufkündigung des Gehorsams, des stillschweigenden Konsensus – das erfordert Klarheit über den Gegner, über seine Absichten. Auf der Demonstration schien eher noch die Illusion zu überwiegen: Halten wir die Spielregeln ein, dann hält der Staatsapparat sie auch ein.

Umfassende Ziele der LAG sind: Weltweite Abrüstung, Demilitarisierung der amerikanischen Gesellschaft; Neufestsetzung der ökonomischen Prioritäten im Hinblick auf eine gerechtere Verteilung des Reichtums. Als ersten Schritt dahin fordert die Gruppe Beendigung der Planung, Entwicklung und Erprobung aller Atomwaffen, insbesondere der Ersteinsatz-Waffen (first-strike); Umwandlung des Laboratoriums zur Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen; Loslösung der Verbindung der Laboratorien mit der UC, die diesen Brutstätten des Militarismus nur „wissenschaftliches Prestige" verleiht. Die LAG sieht sich als Teil der weltweiten Bewegung „zur Eindämmung des Konfrontationskurses der Supermächte"; sie erklärt ihre Solidarität mit den Opfern von Hiroshima und Nagasaki und den Bewohnern der Pazifik-Inseln, die nach ihren Erfahrungen mit den Livermore-H-Bomben-Tests für eine atomfreie Pazifik-Zone kämpfen. Die LAG fühlt sich solidarisch mit der „europäischen Abrüstungsbewegung, die gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und der Neutronenbombe – alle in Livermore entwickelt – protestiert".

In Livermore und Los Alamos überwachen „neutrale Experten" alle Stadien der Atomwaffen von Planung, Entwicklung, Erprobung, Produktion, Stationierung bis zur Lagerung. Zur Zeit befinden sich in Livermore die folgenden Atomwaffen in den letzten Stadien ihrer Entwicklung: Das Atomunterseeboot Trident, fünf Fußballfelder lang, fünf Stockwerke hoch, dessen Geschosse sich durch extreme Treffgenauigkeit über die Hälfte der Erdoberfläche auszeichnen, Kosten: je 1,3 Mrd. Dollar; die landgestützte Interkontinentalrakete MX, bestückt mit 10 – 14 individuell einstellbaren Sprengköpfen (independently targeted), Kosten: 34 Mrd. Dollar; die kleinen, unterschallfliegenden, unbemannten, für Europa gedachten Cruise Missiles, Kosten: je 1 Mio. Dollar; die Neutronenbombe, Kosten: je 1 Mio. Dollar. Die Erprobung all dieser mörderischen Waffen erfolgt auf dem rd. 100 km nordwestlich von Las Vegas gelegenen Nevada Test-Gelände (6000 Arbeiter, 1350 m²) und im Südpazifik. Von 1951 – 1979 ließ die US-Regierung 537 „angekündigte" Tests durchführen; 1980 nochmals 17. Sogar nach konservativen Regierungseinschätzungen sind die Folgen mörderisch: Die Tests haben zwischen 35000 und 65000 Erwachsenen und rund 100000 Kindern das Leben gekostet.

Die Forderungen der LAG können vor allem dann Sprengkraft entwickeln, wenn sie verbunden werden mit der Untersuchung der Fragen, in wessen Interesse diese Waffe entwickelt und eingesetzt werden sollen; im Rahmen welcher Bündnissse und weltweiten Kräfteverhältnisse. Dazu gibt es Ansätze.



Die LAG fühlt sich solidarisch mit der „europäischen Abrüstungsbewegung, die gegen die Stationierung von Pers-

im Rahmen welcher Bündnissse und weltweiten Kräfteverhältnisse. Dazu gibt es Ansätze.



Interview mit Yasser Arafat

Ist es zu ihrem Vorteil, wenn die Israelis nach Beirut hineinkommen?

Nein, denn ich weiß, daß dies sehr große Zerstörungen mit sich bringen würde und sehr hohe Opfer unter der Zivilbevölkerung. Gestern hatten wir 2000 Tote in diesem barbarischen, grausamen Angriff, 95% Zivilisten – Frauen und Kinder. In den letzten drei Tagen gab es insgesamt 4000 Tote.

Heißt das, daß Sie Konzessionen anbieten?

Ich biete keine Zugeständnisse an. Ich bin dazu nicht gezwungen. Aber wir versuchen, eine Lösung zu finden. Wir versuchen, eine blutige Schlacht hier zu vermeiden, unter der Zivilbevölkerung. Wir sind gezwungen wegen dieser Schlacht aus den Lagern herauszugehen. In unsere Lager zurückzugehen, wäre kein Zugeständnis, denn dies ist Teil unserer Übereinkunft (Arafat bezieht sich auf das Kairoer Abkommen von 1969 zwischen der PLO und der libanesischen Regierung und verschiedene Nachträge, die festlegten, daß die militärische Präsenz der Palästinenser in Beirut und in anderen Städten sich im wesentlichen auf die Flüchtlingslager zu beschränken habe).

Was bieten Sie den Amerikanern an?

Ich brauche den Amerikanern überhaupt nichts anzubieten. Ich bin bereit, nur der libanesischen Regierung jede Übereinkunft anzubieten, die sie wünscht, insbesondere zur Rettung der Zivilbevölkerung. Ich spreche nicht über Details. Das betrifft nur die libanesische Regierung und mich.

Akzeptieren Sie die Vorstellung, daß die libanesische Armee in Westbeirut stationiert wird?

Ja, ich habe darum schon vor einigen Monaten gebeten.

Und den französischen Vorschlag nach internationalen Beobachtern, die die libanesische Armee begleiten?

Ja, für das Auseinanderrücken (zwischen Palästinensern und Israelis), was etwas anderes ist. Ich akzeptiere UN-Beobachter in Beirut. Von Anfang an habe ich das gefordert.

Haben Sie einen formellen Beschluß gefaßt, bis zum letzten Mann zu kämpfen?

Glauben Sie, daß es daran irgendeinen Zweifel gibt? Was ist die Alternative?

Sie schlafen nicht in der sowjetischen Botschaft (wie Israel behauptet hat)?

Wollen Sie heute nacht bei mir schlafen? Ich lade Sie ein. Ich habe einen kleinen Raum in meinem neuen Aufenthaltsort. Dies ist eine große Beleidigung gegen mich. Ich werde in meinem Hauptquartier sterben.

Was sagen Sie zu Israels Verlusten?

Ich fordere sie heraus, den Mut aufzubringen, ihre Verluste öffentlich zu nennen. Meiner Meinung nach sind sie 20mal so hoch, wie sie behaupten – mehr als 5000. Als sie begannen, erklärten sie, sie hätten 200 Tote und 400 Verwundete. Aber das geschah an einem Tag. Sharon hat auch versprochen, in vier oder fünf Tagen die ganze Operation zu beenden. Aber wir sind hier, am 22. Tag, und es geht immer noch weiter.

Was sagen Sie zu der Behandlung der Gefangenen durch Israel?

Es genügt für Sie zu wissen, daß sie unsere Studenten zusammengetrieben haben und mit Hubschraubern wegtransportierten, in Netzen wie Fische, in Saida, Tyros und Nabatiyeh. Wir werden das nicht vergessen.

Ihr Überleben ist schon ein Erfolg?

Das Überleben unserer Sache ist mein Erfolg. Lassen Sie uns nicht über Personen sprechen.

Und Ihre „Infrastruktur"?

Unsere Infrastruktur befindet sich nicht hier. Sie wissen das. Ein Teil davon ist hier.

Sharon sagt, daß Ihre Infrastruktur in Beirut kurz vor dem Zusammenbruch steht.

OK. Wir erwarten ihn hier, mit all seinen Muskeln, seinen amerikanischen Muskeln.

Hat Sharon verloren?

Noch nicht. Wir müssen offen sprechen. Ich bereite mich auf das Schlimmste vor.

Wenn sie Beirut einnehmen ...

Sie meinen die Ruinen von Beirut ...

Wenn sie Beirut einnehmen, ist das nicht das Ende der palästinensischen Sache, wie sie von Ihrer Generation vertreten wird?

Nein. Denn ich weise diese ganze Fragestellung zurück, diesen ganzen Gedanken. Warum drängen sie mich in diese Ecke?

Sie sind immer noch optimistisch über den Ausgang Ihres Kampfes?

Ja. Ja. Ja. Dies ist ein realer und neuer Aufstand.

Von den Palästinensern?

Nein, von Beirut, von Libanesen, von Freiheitskämpfern. Dies ist der Beginn eines Wunders. Der Funke. Sie können das nicht empfinden, aber ich kann das fühlen mit meinem Herzen, mit meinem Verstand, mit meinem elektronischen Computer.

Der Funke wovon?

Der strategische Wendepunkt in der arabischen Region.

Sie meinen, die arabischen Völker werden schließlich doch noch etwas tun?

Ja, und Amerika wird in der allernächsten Zukunft teuer dafür bezahlen.

Wer wird sie zur Kasse bitten?

Alle amerikanischen Interessen werden auf die eine oder andere Weise betroffen sein nach dieser Schlacht. Niemand in der arabischen Welt kann diesen Völkermord an den Libanesen und Palästinensern akzeptieren. Erinnern Sie sich an mein Wort über die Ägypter und den Nil? Er ist sehr schön auf der Oberfläche. Aber wenn die Flut kommt, reißt sie alles mit sich hinweg.

Sie sind der Ansicht, daß Sie sehr erfolgreich waren?

Nein. Ich sage nicht, sehr erfolgreich. Ich weiß, daß ich hier in Beirut bin, eingeschlossen von acht Divisionen.

Aus: Guardian

kvz extra

Kommunistische Volkszeitung
extra zum 9. Juli 1982





Ohne Lösung des Palästina-Problems kein Friede im Nahen Osten

Die Durchsetzung eines palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten wäre ein wichtiger Schritt

Von Theo Mehlen

Israels Strategie im Nahen Osten gleicht einer Art Dominopolitik. Nach dem Krieg 1973 wurde zunächst die Südgrenze gesichert, indem im Tausch für eine Anerkennung Israels durch Ägypten in den Camp David-Verträgen die besetzten Sinai-Gebiete zurückgegeben wurden. Schon im Verlauf dieses Prozesses hatte aber Israel schon immer wieder Angriffe über die Nordgrenze in den Libanon geführt. Aufgrund dieser Verträge konnte es sich Israel auch überhaupt erlauben, die syrischen Golan-Höhen und ganz Jerusalem seinem Staatsgebiet einzuverleiben. Diesmal hat Israel nicht zufällig zum großen Schlag im Libanon ausgeholt, nachdem im April dieses Jahres die Rückgabe des Sinai endgültig vollzogen war. Das angeblich erste Ziel dieser Aggression war die Schaffung einer „Sicherheitszone" im Südlibanon, um auch künftig vor Angriffen aus diesem Gebiet sicher zu sein. Doch dem israelischen Staat geht es nicht einfach um Sicherung von Grenzen. Sein strategisches Ziel ist die Annexion der restlichen palästinensischen Gebiete, die seit 1967 von Israel besetzt sind: Gaza und die Westbanks. Um hierfür freie Hand zu bekommen, muß die

freie Hand zu bekommen, muß die

PLO zerschlagen werden und das ist das eigentliche Ziel der israelischen Aktion. Sobald es Israel gelungen ist, die PLO im Libanon als militärische und politische Kraft zerschlagen zu haben, wird es seine ganze Energien auf die Annexion dieser Gebiete legen. Mit einem Friedensschluß im Libanon wird es keinen Frieden im Nahen Osten geben. Dabei versucht Israel jetzt schon, die Schwächung der PLO zu nutzen, um in den Verwaltungen der besetzten Gebiete ihr genehme Kompradoren einzusetzen.

Das ganze Kalkül Israels hat nur einen Haken: es wird keine Lösung für den Nahen Osten bringen. Denn die palästinensische Nation existiert und sein Kampf wird nicht bei einer Schwächung der PLO enden. Eine Lösung kann nur in der Erfüllung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes bestehen. Die Kräfteverhältnisse in dieser Region, um dies

teverhältnisse in dieser Region, um dies

durchzusetzen, stellen sich vor allem nach Camp David kompliziert dar.

Spaltung des arabischen Lagers

Die Verträge von Camp David brachten keine Lösung des Palästina-Problems und waren eine eindeutige Schwächung der arabischen Front für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht. In diesen Verhandlungen sollte über eine Autonomie für die besetzten Gebiete entschieden werden. Diese Autonomie wurde aber ganz verschieden interpretiert. Israel verstand darunter nichts anderes, als den Palästinensern ganz eingeschränkte Rechte zu lassen, unter der Bedingung der Annexion. Ägypten ließ verlauten, ihm ginge es dabei um eine Vorstufe für einen selbstständigen Staat der Palästinenser. Die USA legten sich nicht defi-

nenser. Die USA legten sich nicht defi-

nitiv fest, sprachen sich aber auch gegen einen selbständigen Palästinenser-Staat aus. Der Vertrag kam schließlich zustande, ohne das Problem dieser besetzten Gebiete gelöst zu haben.

Ägypten war sich voll darüber bewußt, daß Israel nicht bereit war, in diesen Verhandlungen die besetzten Gebiete außer Sinai zurückzugeben. Umgekehrt war für Israel Ägypten als das militärisch stärkste arabische Land das größte Problem, mit dem es sich zu arrangieren hatte, um seine expansionistischen Ziele weiterzuverfolgen. Ein Arrangement mit Ägypten war also das stärkste Druckmittel der arabischen Staaten, um Israel zur Aufgabe der besetzten Gebiete zu zwingen. Durch den Separatfrieden von Camp David ist nun Ägypten aus dieser Front herausgebrochen.

Ägypten wurde von den arabischen Ländern isoliert. Sie fanden sich sofort zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen, in der sie Camp David verurteilten. Aber schon hier erfüllten sie nicht die Forderung der PLO nach gesamtarabischen Sanktionen gegen die USA selber. Und auch der Grad der Verurteilung Ägyptens und seiner Sanktionen fiel unterschiedlich konsequent aus. Die arabischen Länder konnten sich schließlich nur auf eine minimalen Linie des Vorgehens gegen Camp David einigen.

Hier lag auch die Chance für die sowjetische Supermacht, im Nahen Osten stärker Fuß zu fassen. Während die „gemäßigten" arabischen Staaten die geschaffenen Tatsachen erst einmal mehr oder weniger hinnahmen, gründeten Algerien, Libyen, Syrien, Südjemen und die PLO die „Front der Standhaftigkeit und Konfrontation". Aber auch innerhalb dieser Front gab es ganz unterschiedliche Einschätzungen über eine Strategie gegen Camp David. Vor allem Algerien und die PLO forderten die Herstellung einer

David. Vor allem Algerien und die
PLO forderten die Herstellung einer

strategischen Allianz mit der Sowjetunion, die sich sofort an die Kritik der arabischen Staaten angehängt hatte. Vor allem die PLO vertrat diese Forderung radikal und näherte sich am einiges der SU. Syrien dagegen, das mit der SU verbündet war, wollte keinesfalls bestehende Verbindungen zur USA zerstören und träumte mehr davon, vorherrschende Macht gegenüber Israel zu werden. Vor allem in bilateralen Verhandlungen trug Syrien beständig die Forderung an die SU heran, es zur stärksten Militärmacht im Nahen Osten auszurüsten. Wirklich realistisch wäre dies aber nur in Union mit dem Irak gewesen, der eigentlich entscheidenden Macht in diesem Raum nach der iranischen Revolution. Das war auch der Wunsch der USA und tatsächlich fand eine gewisse Annäherung zwischen Syrien und dem Iran statt.

Dies zerbrach jedoch aufgrund eines schwer durchschaubaren Streits zwischen den Baath-Parteien der beiden Länder, wahrscheinlich wegen einer Beteiligung der syrischen Baath-Partei an einem Putschversuch im Irak. Der Irak hatte aber auch schon andere Pläne, als sich hauptsächlich in eine Front gegen Israel zu werfen. Nach der iranischen Revolution bekamen es die arabischen Regierungen mit der Angst vor dem islamischen Radikalismus zu tun. Unterstützt von einigen arabischen Regierungen begann der Irak den Krieg gegen Iran, mit dem Ansinnen, sich als arabisches Bollwerk gegen die islamische Revolution zu profilieren und nebenbei auch einige territoriale Streitpunkte zu erledigen. Mit diesem Krieg wurde die Front gegen Israel auf Jahre geschwächt und die Niederlage des Iran hat gerade das Gegenteil des gewünschten Zieles gebracht.

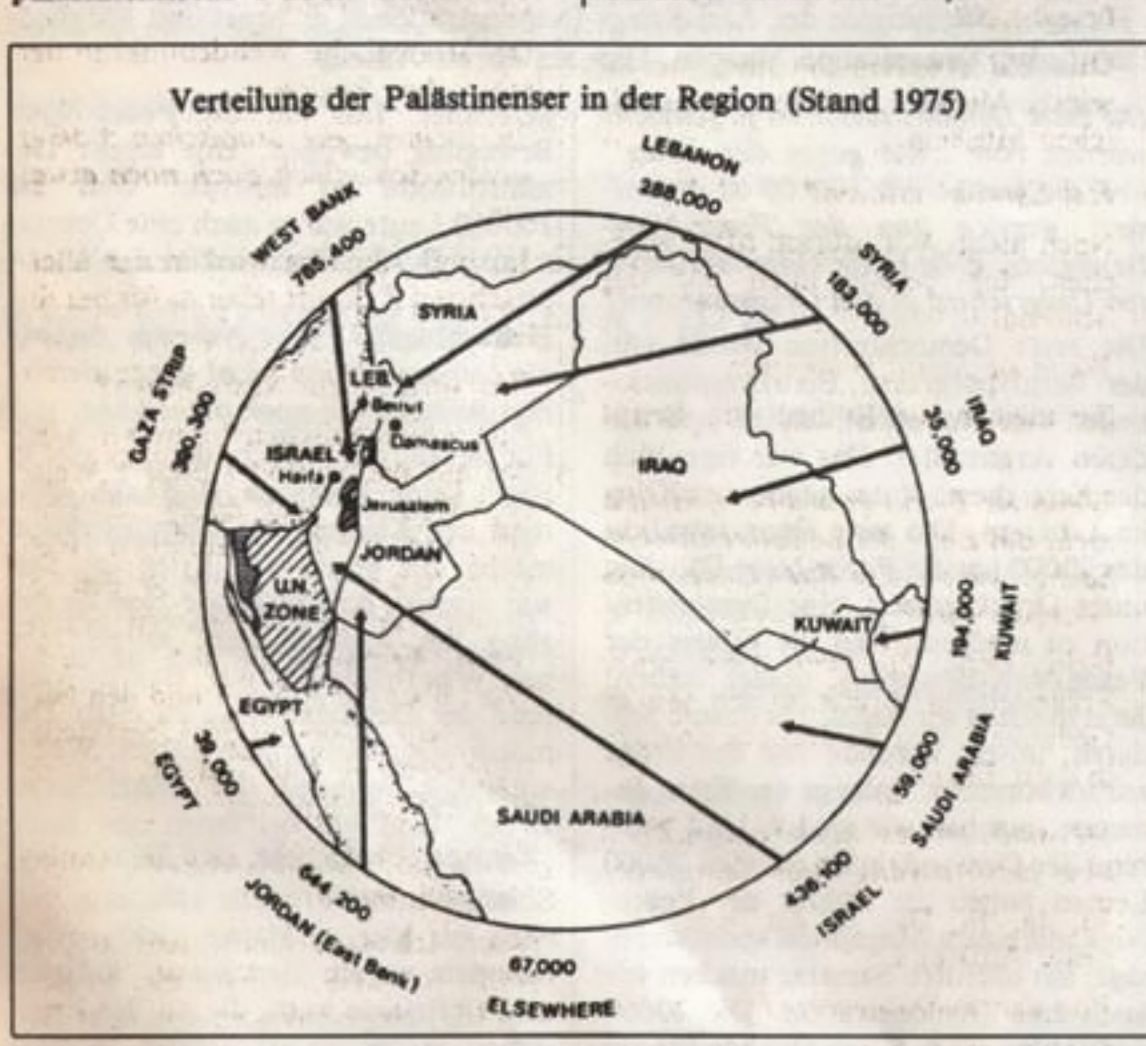
Andere Streitpunkte taten sich innerhalb der Front der Standhaftigkeit auf, vor allem über die unterschiedliche Stellung zum Befreiungskampf des Volkes von Westsahara. Eine strategische Allianz mit der SU kam somit nicht zustande. Nachzutragen wäre, daß Libyen in dieser Auseinandersetzung eher den Standpunkt einer Unabhängigkeit von beiden Supermächten vertrat. Was die anderen arabischen Länder betrifft, war die Forderung nach einer strategischen Allianz mit der SU illusorisch, weil sie ökonomisch viel zu sehr mit dem Westen verstrickt waren. Weiterhin ging es z.B. Ländern wie Saudi-Arabien, das mit 5,5 Mio. Einwohnern auf einer Fläche von der neunfachen Größe der BRD immer auch um eine Schutzmacht, sowohl nach innen wie nach außen. Eine derartige Aufgabe konnte die SU nicht erfüllen. Faktisch ist also eine dreifache Spaltung des arabischen Lagers festzustellen: Ägypten, Front der Standhaftigkeit und die anderen arabischen Länder, wobei es auch noch in diesen drei Teilen ernstzunehmende Interessenkonflikte gibt.

Initiative Saudi-Arabiens

War es der Versuch der Front der Standhaftigkeit, gegenüber Camp David dennoch zu einer Lösung des palästinensischen Problems zu kommen, indem eine strategische Allianz mit der SU (Algerien und die PLO) hergestellt bzw. Syrien auf das wahnsinnige Niveau Israels aufgerüstet werden sollte, so können diese Versuche inzwischen als gescheitert angesehen werden. Was aber hatten die anderen arabischen Länder als Vorschlag zu bieten? Lange Zeit erst einmal nichts. 1981 trat schließlich der saudi-arabische Prinz Fahd, heute König des Landes, mit einem Plan hervor, der 8 Punkte umfaßte:

1. Rückzug Israels aus allen im Krieg von 1967 besetzten Gebieten einschließlich dem arabischen Teil Jerusalems;
2. Auflösung der jüdischen Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten;
3. Garantie für die freie Religionsausü-

Fortsetzung folgende Seite



Veranstaltungen:

München. Solidaritätsveranstaltung mit Abdallah Frangi, PLO-Vertreter in Bonn, Said Arnaout, Nationalprogressive Front des Libanon, Erich Fried, Oskar Neumann (VVN) und dem libanesischen Sänger Nassif Jebeili. Dienstag, 13.7., 19.30 Uhr, Schwabingerbräu

Düsseldorf. Mit Abdallah Frangi und einem Vertreter der israelischen Bewegung gegen den Libanon-Krieg. Mittwoch, 14. Juli, 19.00 Uhr, Evangelische Studentengemeinde

Westberlin. Mit Abdallah Frangi (voraussichtlich), Haim Hanegbi von der israelischen Bewegung gegen den Libanon-Krieg, Friedemann Biettner von der FU sowie evtl. einem norwegischen Arzt aus dem Südlibanon. 9. Juli, 19.00 Uhr, TU-Architektur-Fakultät.

kvz-extra vom 9.7.1982

Beilage zur Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Verantwortlich: Friedemann Bleicher

Erscheint im Kühl-Verlag · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ohne Lösung des Palästina-Problems ...

bung aller Religionsgemeinschaften – Moslems, Juden, Christen – im Heiligen Land einschließlich Jerusalem;
4. Anerkennung der Rechte aller Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat und auf Entschädigung für jene, die nicht zurückkehren wollen;
5. Treuhandschaft der Vereinten Nationen über Westjordanien für die Dauer weniger Monate;
6. Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit dem arabischen Teil Jerusalems als Hauptstadt;
7. Anerkennung des Rechtes aller Staaten im Nahen Osten auf eine Existenz in Frieden (und damit Israels).
8. Die Vereinten Nationen oder einige ihrer Mitgliedsstaaten garantieren die Einhaltung und Durchführung der Bestandteile des Abkommens.

Die Kernpunkte des Fahd Plans sind, daß die Bereitschaft für eine Anerkennung Israels bei Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates erklärt wird und daß die PLO nicht ausdrücklich erwähnt ist, als Konzession, um Israel überhaupt an den Verhandlungstisch zu bekommen. Israel hat diesen Vorschlag sofort abgelehnt, die PLO hat ihn ebenfalls abgelehnt, wobei es aber in der PLO unterschiedliche Strömungen in der Haltung zu diesem Plan gibt. Obwohl dieser Plan zunächst in der arabischen Welt ebenfalls gescheitert ist, bleibt er aber eine der möglichen Plattformen der auf Interesse von seiten einiger blockfreier Länder stieß und möglicherweise die einzige Möglichkeit ist, um ein realistisches arabisches Vorgehen gegen Camp David zu verwirklichen unter Wiedereinbeziehung Ägyptens in die gesamtarabische Front gegen Israel. Zumindest ein Teil der PLO rechnet mit diesem Plan. So hat Hani el-Hassan, als enger politischer Ratgeber Arafats bezeichnet, in einem Interview mit dem Spiegel gesagt: ,,Wenn wir die Israelis zum Rückzug aus dem Libanon zwingen und der palästinensische Kampfwille die israelischen Absichten durchkreuzt hat, dann wird der Fahd-Plan zu einem wichtigen Element, um eine friedliche Gesamtlösung in Nahost zu ermöglichen.''

Die USA wollen die Ergebnisse der israelischen Aggression nutzen

An und für sich ist der Camp David-Prozeß als Versuch, die Probleme im Nahen Osten zu lösen, gescheitert. Nach dem Vertragsabschluß wurden auch keine Fortschritte mehr erzielt. Dennoch ist Camp David weiterhin das Lieblingskind amerikanischer Nahostpolitik. Er hat den Vorteil, die Sowjetunion aus einer Nahostlösung herauszuhalten. Weiterhin könnte es nur darüber den USA gelingen, die Bildung eines palästinensischen unabhängigen Staates zu verhindern und die Palästinenser in den besetzten Gebieten mit einer irgendwie gearteten Autonomie entweder unter der Vorherrschaft Israels oder auch Jordaniens zu kontrollieren. Um die erstarrten Fronten von Camp David wieder in Bewegung zu bekommen, kamen den USA die Ergebnisse der israelischen Aggression gerade recht. Weniger wichtig als die Frage, ob der israelische Angriff von den USA von Beginn an unterstützt wurde (m.E. zunächst nur für die Bildung einer 25 km breiten Pufferzone im Süden Libanons) ist die Tatsache, daß die USA schließlich von ihrer ursprünglichen Forderung nach bedingungslosem Abzug der Israelis abrückten und nun den Abzug aller fremden Truppen forderte, also auch der Syrer und der PLO. Damit sind die USA offen an die Ausbeutung der Ergebnisse der israelischen Aggression gegangen. Mit dem Abzug aller fremden Truppen soll die Chance für die Errichtung einer Regierung der entscheidenden libanesischen Kräfte ergriffen werden, möglichst unter Hegemonie der christlichen Kräfte, die zu einer Zusammenarbeit mit Israel bereit sind.

Während Israel mit der Zerschlagung der PLO schlicht die Voraussetzungen für eine endgültige Annexierung der Westbanks schaffen wollen, geht es den USA eher darum, die Palästinenser für eine Lösung in Richtung Camp David gefügig vorzufinden. Hoffnungsfroh blicken sie dabei auch auf die offensichtliche Schwäche des arabischen Lagers, die dieser Krieg offengelegt hat. Und die SU scheint zu Initiativen weder fähig noch bereit. Kissinger hatte die Ausnutzung der Situation in einem Grundsatzartikel in der Washington Post propagiert und im Grunde war sich darüber die gesamte herrschende Klasse in den USA einig. Kissinger nannte dabei sechs Bedingungen für ein erneutes Ingangbringen von Camp David.
1. Der Stillstand bei Camp David könne nicht durchbrochen werden, ohne die territoriale Basis für ein autonomes Gebiet der Palästinenser zu definieren.
2. Diese Basis könne zunächst einmal nicht die Grenzen von vor 1967 sein.
3. Da weder Israel bereit sei, überhaupt in Verhandlungen zu treten, wenn von vorneherein ihr restloser Abzug aus den besetzten Gebieten vorprogrammiert ist, noch die arabischen Ländern zustimmen würden, wenn dies nicht der Fall ist, müsse eine Übergangslösung gefunden werden. Daher sollten die Gebiete der Westbanks, wo die Mehrheit der Araber wohnen, zum autonomen Gebiet werden, während die anderen Gebiete zu einer israelischen Sicherheitszone erklärt werden. Darüber wäre erst später zu verhandeln. Also: Teilung der Westbanks.
4. Als Teil dieser Zwischenlösung müsse ein Arrangement für die arabischen heiligen Stätten in der Altstadt Jerusalems gefunden werden. Mit anderen Worten, es soll ein Teil Ostjerusalems besetzt bleiben.
5. Diese Ziele könnten nur erreicht werden, wenn die USA definitiv sagen, was sie unter Autonomie während einer Zwischenlösung verstehen. Mit anderen Worten, die USA können zunächst offenlassen, was sie als Endziel anstreben.
6. Jordanien müsse die Führung bei den Verhandlungen übernehmen neben Israel.

Offensichtlich streben die USA einen Frieden zwischen Jordanien und Israel an, für den sie das Wohlwollen oder zumindest Neutralität der arabischen Welt erhoffen. Bei diesen Vorstellungen wäre das beste, was für die Palästinenser herauskommen könnte, eine Autonomie in geteilten Westbanks im Rahmen eines jordanischen Staates. Gar nicht abgemacht ist, ob die Israelis sich überhaupt auf so etwas einlassen bei dem minimalen Druck, der von den USA zu erwarten wäre. Die Supermachtinteressen der USA sind ein wesentliches Hindernis für eine wirkliche Lösung des Nah-Ost-Problems.

Die Sowjetunion war angesichts der israelischen Aggression offensichtlich nicht bereit, der PLO größere Unterstützung zu geben. Die Ursache war wohl die, daß sie keine Möglichkeiten sah, den Ereignissen eine Wendung in ihrem Interesse zu geben. Mit einer selbstlosen Unterstützung der palästinensischen Sache hatte die Politik der SU aber sowieso nie etwas zu tun. Zwar schloß sich die SU der Kritik der PLO an Camp David an, aber der Schwerpunkt ihrer Kritik, vor allem in den Monaten danach, lag auf einem Gejammer über den Einflußgewinn der USA in der Region, der das Gleichgewicht der beiden Mächte gefährde. Für die SU ist es auch tatsächlich schwierig, ihre Interessen in dieser Region zu verfolgen. Staaten, auf die sie sich stützen könnte, befinden sich zumeist an den Rändern des Nahen Ostens. Der Einmarsch in Afghanistan hat der SU keine große Stärkung gebracht, weil sie eh schon das Land kontrollierte. Sie marschierte in Afghanistan ein, als ihr dort die Kontrolle zu entgleiten drohte. Darauf gründete die Argumentation der SU, es sei ein Verteidigungsakt gewesen. Verteidigung von Großmachtinteressen, das mag sein. Nach der israelischen Aggression ist nun vor allem die PLO verstimmt über das Verhalten der SU und dürfte ihre Position dort, wie auch in Syrien, geschwächt sein. Zumindest vorläufig. Zu einer Lösung des Nah-Ost-Konfliktes hat sich die SU der UNO-Forderung angeschlossen, die eine erneute Konferenz aller beteiligten Parteien unter Vorsitz der USA und SU in Genf anstrebt. Das Verhalten der SU in diesem Krieg hat enthüllt, daß sie diese Forderungen unterstützt, weil ihr andere Ansatzpunkte einer Einflußnahme entzogen sind und daß sie jederzeit bereit ist, die Interessen des palästinensischen Volkes hintanzustellen, wenn sie für ihre Interessen eine andere Politik für angemesser hält.

Die PLO wird sich jetzt voraussichtlich darauf einstellen, in den Westbanks und in Jordanien, in dem 70% der Bevölkerung Palästinenser sind, einen entscheidenden Kampf zu führen, um die israelischen Absichten wie auch den amerikanischen Versuch einer Autonomie unter israelischen oder jordanischen Vorzeichen zu verhindern. Neben dem Kampf anläßlich der aktuellen israelischen Aggression im Libanon wird das in Zukunft vielleicht die entscheidende Front des Kampfes des palästinsischen Volkes sein. Ein selbständiger Palästinenserstaat in den heute besetzten Gebieten ist das legitime Recht der Palästinenser. Gleichwohl es ihr Recht ist, handelt es sich hier dennoch immer noch nicht um eine umfassende Lösung. Ungelöst ist weiterhin das Verhältnis von jüdischen Israelis und Palästinensern in Israel selber. Gerade hier stellen sich für die Solidaritätsbewegung in Westdeutschland noch größere theoretische Probleme, wie sie zu verschiedenen Ansätzen einer Strategie einer umfassenden Lösung, z.B. in Richtung der Schaffung eines binationalen Staates in ganz Palästina oder der Schaffung eines Staates unter rein palästinensischer Herrschaft, stehen soll.



Die Friedensbewegung und der Krieg

thm. In den stattfindenden regionalen Kriegen zeige sich eine ,,Wirklichkeit, die der Friedensbewegung nicht so recht in den Kram paßt, weil sie bestätigt, daß die größte Gefahr für den Frieden nicht von den Atomwaffen ausgeht, sondern von den konventionellen, die unterhalb der Atomschwelle immer noch die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln erlauben'', schreibt die *Süddeutsche Zeitung*. Lassen wir einmal die unterschwellige Einschätzung beiseite, daß somit wohl die Atombombe die Kriege verhindern könne. Daß konventionelle Waffen den Krieg erlauben, ist eine Banalität, seitdem der Mensch mit dem bloßen Holzknüppel umgehen kann. Daraus rückzuschließen, die Ursache des Krieges läge in den Waffen selber, ist absurd, wird aber dennoch von einem Teil der Friedensbewegung vertreten. Wer auf den jetzt laufenden Solidaritätsveranstaltungen mit der These aufträte, die Ursache für den Nahostkrieg seien die Waffen, würde nicht viele Anhänger finden. Zu offensichtlich ist dieser Krieg nichts anderes als die Fortsetzung einer aggressiven israelischen Politik mit anderen Mitteln. Wer dagegen auf einer Veranstaltung der Friedensbewegung auftritt mit der These, der drohende Weltkrieg entspringe aus den Waffensystemen, begrifflich gefaßt durch E.P.Thompsons Exterminismus-Theorie, würde je nach dem breitere Zustimmung finden. Offensichtlich scheint hier die Politik, deren Fortsetzung mit anderen Mitteln der Weltkrieg wäre, nicht so offen wie in Nahost.

Bisher wurde zweimal bundesweit aufgerufen, gegen die Atomrüstung zu demonstrieren. Es kamen Hunderttausende. Zu den Veranstaltungen und Aktionen gegen die israelische Aggression kamen allenfalls zehn-, zwanzigtausend. Auf den Veranstaltungen wurde des öfteren darauf hingewiesen, daß eine richtige Friedensbewegung es sich nicht erlauben könne, zu den stattfindenden Kriegen keine Stellung zu nehmen. Das geschieht aber. Es ist allerdings auch schwierig, die Verbindung zwischen der Politik im Nahen Osten, die jetzt wieder zu einem Krieg geführt hat und der atomaren Aufrüstung, die uns mit dem Atomtod bedroht, zu ziehen. Genaugenommen wird dies nie möglich sein, solange nicht die ökonomischen Wurzeln der Interessen der beiden Supermächte sowie die diesen Interessen folgende Politik durchschaut wird, woraus eigentlich die Weltkriegsgefahr entspringt.

Dann würde sich herausstellen, daß die Politik in Europa wie im Nahen Osten Teil einer Gesamtpolitik ist, die als Ausdruck der Großmachtinteressen der beiden Supermächte einen weltweiten Zusammenstoß der beiden Supermächte heraufbeschwört.

Überall, wo in der Welt die Großmachtinteressen der USA und der SU durchkreuzt werden, wird ein Beitrag für die Verhinderung eines Weltkrieges geleistet. Bisher haben dazu u.a. die Völker der Dritten Welt entscheidend beigetragen. Im Nahen Osten könnte es sich herausstellen, daß das palästinensische Volk zu schwach ist, um die Durchsetzung der Interessen der USA, die sich zum größten Teil, wenn auch nicht in allen Punkten, mit denen der Israelis decken, zu verhindern. Und der Nahe Osten ist um einiges wichtiger als alle El Salvadors und Kampucheas, weil hier am ehesten ein direktes Aufeinandertreffen der beiden Mächte droht, wenn eine Seite in ihren Erfolgen in dieser Region zu sehr an den Nerv der Interessen der anderen Supermacht gerät. Von der hiesigen Solidaritäts- und Friedensbewegung müssen also Impulse ausgehen. Diese Impulse haben keine Wirkung, wenn sie in Politiklosigkeit enden. Unter Politiklosigkeit verstehe ich, jetzt die Solidaritätsdemonstrationen abzureißen und über die Solidarität hinaus nichts folgen zu lassen. Folgen kann nur eine Einmischung in die Außenpolitik der Bundesregierung. Die Bewegung muß ihre Vorstellung einer demokratischen Außenpolitik artikulieren, sowieso ein Problem, das sich mit dem Einzug der GRÜNEN in den Bundestag stellen wird. Welche Aufgabe hätte aber eine demokratische Außenpolitik in der Nah-Ost-Problematik? Diese Frage kann nur durch umfassende Sachkenntnis über die Problematik dieser Region entschieden werden.

Ob das wohl richtig ist, wenn der Bundesvorstand der GRÜNEN in einer Erklärung schreibt: ,,Einem Waffenstillstand im Libanon muß nach Ansicht der Grünen die Schaffung einer entmilitarisierten Zone beiderseits der israelisch-libanesischen Grenze sowie der Abzug aller fremden Truppen aus dem Libanon folgen.''?

Interview mit Haim Hanegbi

In der nächsten Ausgabe der KVZ veröffentlichen wir ein Interview mit Haim Hanegbi, Mitinitiator der Anti-Kriegs-Demonstrationen in Israel und Mitglied der linken Organisation Mazpen. Hier ein kurzer Auszug.

Die erste Demonstration ist ja gemacht worden vom ,,Rat gegen den Krieg'' und die jetzige mit 100000 ist organisiert worden von der Peace-Now-Bewegung. Gibt es da einen bestimmten Unterschied in den Organisatoren?

Die erste Demonstration wurde von den Berufspolitikern, Berufsoppositionellen von *Mal'aroch, Schelli* und anderen veranstaltet. Das war eigentlich der Kern dieses Rates gegen den Krieg im Libanon. Die erste Demonstration der 20000 hat die Peace-Now-Führung unter Druck gesetzt, eine Demonstration zu machen. Weil die Führer der Peace-Now-Bewegung gesagt haben: Jetzt machen wir nichts, bis unsere Soldaten, unsere Freunde von der Front zurückkommen. Solange der Krieg andauert, machen wir nichts. Und während der Demonstration mit den 20000 Leuten haben die Führer der Peace-Now mit einem Megaphon spontan gesagt, am nächsten Samstag machen wir auch eine Demonstration. Die 20000 waren eine große Überraschung für die Organisatoren. Damit haben sie nicht gerechnet. Das hat die Peace-Now-Bewegung bewogen, eine eigene Demonstration zu machen. Und die 100000 Leute waren auch eine Überraschung für die Organisatoren.

Warum wollte Peace-Now am Anfang die Demonstration nicht organisieren? Das verstehe ich noch nicht ganz.

Für sie war das logisch, denn es gibt in Israel keine Tradition, daß man während des Krieges eine Demonstration macht, die gegen den Krieg ist. Das war normal, daß die Peace-Now-Bewegung am Anfang nicht mitgemacht hat. Was richtig neu war, daß sie während der Demonstration zu einer Demonstration aufgerufen haben. Wahrscheinlich standen sie auch unter Druck. Und was bei ihnen eine Rolle gespielt hat, war, daß sie gesagt haben: Solange unsere Freunde kämpfen, machen wir hier zu Hause nichts. Aber nachdem so ein Druck von Soldaten und Offizieren kam, die an der Front stehen, waren sie gezwungen, zu einer Demonstration aufzurufen.

Das zionistische Israel – zwangsläufig aggressiv

Zur Entstehung Israels und seiner Expansion

ebn. Die nun schon dreieinhalb Jahrzehnte dauernde Existenz dieses zionistischen Staates kann einen aus zweierlei Gründen erstaunen:

Zum einen, daß so *viele* Juden die Entbehrungen, Probleme und Gefahren dieser Existenz des Staates Israel mitgemacht haben und mitmachen (1948, bei Gründung des Staates Israel etwa 650000, heute etwa 3,2 Millionen). Dies verweist auf den Zionismus als ideologischer Klammer, die die von Widersprüchen strotzende israelische Gesellschaft bisher zusammengehalten hat und wohl auch noch eine Weile zusammenhält.

Zum anderen kann einen erstaunen, daß so *wenige* zionistische Siedler – verglichen mit der sie umgebenden feindlichen arabischen Überzahl – es geschafft haben, den zionistischen Staat in dieser Umgebung zur Existenz zu bringen und diese aggressive und expandierende Existenz bis zu dem heutigen Zustand ,,fortzuentwickeln". Dies verweist darauf, daß sich die zionistische Bewegung zum Instrument imperialistischer Mächte machen mußte, um ihren Staat zu errichten, und daß naturgemäß dieser Staat auch nur als Instrument imperialistischer Mächte fortexistieren kann.

Der zionistische Staat – zwangsläufig aggressiv und expansiv, zwangsläufig ein Werkzeug des Imperialismus

Die Existenz des zionistischen Staates Israel ist nur möglich unter folgenden Bedingungen:

– fortgesetzte Besetzung palästinensischen und arabischen Territoriums,
– fortgesetzte Vertreibung der ansässigen palästinensischen und arabischen Bevölkerung von ihrem Land,
– Unterdrückung und ökonomische Ruinierung der noch nicht vertriebenen palästinensischen und arabischen Bevölkerung,
– wiederholte Überfälle und Kriege gegen die umliegenden Staaten und ständige Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

Ein Staat auf dem Boden Palästinas, der diese Bedingungen *nicht* erfüllt, könnte kein zionistischer sein, und dann gäbe es heute wahrscheinlich kein ,,Palästinenser-Problem" und keinen ,,Nahost-Konflikt".

Im folgenden soll erklärt werden, warum Israel diese Existenzbedingungen hat. (1)

1897 fand in Basel der Erste Zionistische Kongreß unter der Leitung von Theodor Herzl statt, dem Begründer des modernen Zionismus. Dies war der Beginn der organisierten zionistischen Weltanschauung. Ihre Ziele wurden auf dem Kongreß in folgenden Sätzen zusammengefaßt: ,,Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Ziels erwägt der Kongreß folgende Maßnahmen:

1. Die Förderung der Kolonisation Palästinas durch jüdische Einwanderer aus Landwirtschaft und Industrie nach sachgemäßen Richtlinien.
2. Die Organisation und den Zusammenschluß des Gesamtjudentums durch entsprechende lokale und internationale Einrichtungen, welche mit den Gesetzen der jeweiligen Länder in Einklang stehen.
3. Die Stärkung und Pflege des zionistischen Volksgedankens und -bewußtseins.
4. Erste Schritte mit dem Ziel, die Genehmigung der Regierungen zu erlangen, sofern diese den Zielen des Zionismus notwendig erscheinen." (2)

Der zu errichtende jüdische Staat in Palästina sollte nach den Worten des späteren israelischen Staatspräsidenten Chaim Weitzmann ,,so jüdisch werden, ... wie England englisch ist". (3)

Diese Absicht mußte auf mehrere ,,Hindernisse" stoßen:

1. Die jüdische Bevölkerung, die in einem solchen Staat ihre nationale Unabhängigkeit erlangen sollte, befand sich nicht in Palästina, dem Ort der beabsichtigten Staatsgründung.
2. Palästina war bereits besiedelt von einer Bevölkerung, die eine andere Sprache sprach, einer anderen Kultur und einer anderen Religion angehörte – alles Attribute, die mit denen einer wie auch immer gearteten jüdischen Nationalität nicht übereinstimmten.
3. Die jüdische Nationalität gab es noch gar nicht, sie sollte in dem zu gründenden Staat erst geschaffen werden. (4)

Diese ,,Hindernisse" konnten nur durch folgende Maßnahmen überwunden werden: Die palästinensische Bevölkerung mußte in eine Minderheit verwandelt werden, zumindest mußte das das Ergebnis der Staatsgründung sein. Denn ein Staat mit palästinensischer Mehrheit wäre natürlich auf keinen Fall ,,so jüdisch wie England englisch" gewesen.

Ein Mittel zur Verwandlung der Palästinenser in eine Minderheit und zugleich unmittelbare Bedingung für die Errichtung eines Staates war die Aneignung palästinensischen Bodens und seine Besiedlung durch einwandernde Juden. Der Boden sollte einmal israelisches Territorium werden und der Raum für den jüdischen Nationalstaat. Die bloße Errichtung eines jüdischen Staatsapparates über den palästinensischen Boden und die palästinensische Bevölkerung hätte beständig diesen Staatsapparat, mindestens seinen jüdischen Charakter, in Frage gestellt.

Die Aneignung des palästinensischen Bodens erfolgte zur Zeit des britischen Mandats im wesentlichen ,,durch erzwungenen Kauf, d.h. durch die Beschlagnahme des Eigentums unter Zuhilfenahme von Staatsgewalt, und durch ... Kauf im Einverständnis mit dem Besitzer". (5) ,,Sehr zugute kam den Zionisten die Struktur des Landbesitzes in Palästina. Zur Aufbesserung des Staatshaushaltes hatte die osmanische Regierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Grundbesitz mit hohen Steuern belegt, die von den kleinen Bauern nicht aufgebracht werden konnten. Sie waren gezwungen, an arabische Großgrundbesitzer zu verkaufen. So befanden sich vor dem Ersten Weltkrieg in Judäa nur noch 50% und in Galiläa gar noch 15% des landwirtschaftlich genutzten Bodens in den Händen der ihn bearbeitenden Bauern. Die Bauern blieben als Pächter auf den Grundstücken." (6) ,,So bedeutete beispielsweise der Verkauf von 200000 Dunum durch den Großgrundbesitzer Sursuk an die zionistische ,Palestine Land Development Company' die Zerstörung von 20 arabischen Dörfern und die Arbeitslosigkeit von Hunderten von palästinensischen Kleinbauern." (7) Auf diese Weise schafften es die zionistischen Organisationen, bis zum Jahre 1947 jedoch nur, 6,6% des palästinensischen Bodens in ihren Besitz zu bringen.

Gleichzeitig sorgten die Zionisten dafür, daß der in ihren Besitz gebrachte Boden niemals wieder an Araber zurückverkauft werden konnte. Es wurden entsprechende ausdrückliche Verbote erlassen, und der einmal angekaufte Boden wurde zum Nationaleigentum erklärt. Diese Regelung gilt auch heute noch im Staate Israel. Es wird getreulich einer Ansicht Herzls gefolgt, der schon 1895 in seinem Tagebuch notierte: ,,Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über den Wert zu verkaufen, aber zurückverkauft wird ihnen nichts." (8)

Darüberhinaus waren die Zionisten darauf bedacht, überhaupt zu verhindern, daß der angekaufte Boden zu Privateigentum der Siedler wurde, da dann die Möglichkeit der Veräußerung an Nichtjuden bestand. So wurde der weitaus größte Teil des Bodens durch die zionistischen Institutionen gekauft.

Aber auch all dies reichte für die Zwecke der Zionisten nicht aus. Sie mußten gewährleisten, daß die zionistischen Kolonisatoren den Boden auch wirklich selber bebauten, um eine tatsächliche Bindung an diesen Boden herzustellen. ,,Das war also der tiefe politische Sinn der landwirtschaftlichen Bearbeitung: Sie ist vor allem ein politisches Mittel der Landnahme. Denn agrarische Tätigkeit, die den Lebensunterhalt an den Boden bindet, stellt im Gegensatz zum bloß formellen Rechtsanspruch eine wirkliche Klammer dar." (9)

Schließlich verboten die zionistischen Organisationen auch noch, daß auf die einmal in ihren Besitz gebrachten Böden die palästinensischen Fellachen als Lohnarbeiter zurückkehren konnten, auch wenn dies zum Nachteil der Rentabilität und Profitabilität war. Nach der Staatsgründung wurde dieses Prinzip sogar zu einer verfassungsähnlichen Norm, obwohl diese Norm unter dem ökonomischen Druck immer wieder durchbrochen wurde und durchbrochen wird. (10)

Nach der Staatsgründung und der durch Massaker an der Zivilbevölkerung bewirkten Vertreibung eines großen Teils der palästinensischen Bevölkerung aus dem zionistischen Machtbereich geschah die Landnahme vor allem durch Enteignungen. ,,Noch 1949 wurde das Gesetz der ,anwesend Abwesenden' erlassen, die Rechtsgrundlage zur Enteignung der Araber. Danach reichte eine vorübergehende Abwesenheit – etwa zu einem Verwandtenbesuch oder zum Viehkauf – aus, die Araber ihrer Lebensgrundlage zu berauben. Dreihundertfünfzig der dreihundertsiebzig israelischen Siedlungen, die nach der Unabhängigkeit entstanden, wurden ... auf dem Boden ,abwesender' Araber errichtet; 1954 lebten mehr als ein Drittel aller jüdischen Immigranten in den von Arabern verlassenen städtischen Quartieren von Jaffa, Arce, Lydda, Ramleh, Beisan und anderen; 388 arabische Dörfer und Städte wurden partiell von den Israelis ,annektiert'; 10000 arabische Geschäfte gingen in israelischen Besitz über; arabische Plantagen und Haine wurden enteignet; 1951 machte das von den Arabern ,verlassene' Land 95% aller israelischen Olivenpflanzungen aus ..." (11) Weitere Enteignungen wurden aufgrund der noch von der britischen Mandatsmacht erlassenen Notstandsverordnungen (Defense Emergency Regulations) vorgenommen, indem das palästinensische Land kurzerhand zum Teil einer ,,Sicherheitszone" erklärt wurde. In anderen Kategorien von Sicherheitszonen durften die Palästinenser auf Grund dieser Bestimmungen ,,sich nicht frei bewegen; für einen Ortswechsel benötigten sie Passierscheine; Arbeit durften sie außerhalb ihres Wohnsitzes nicht suchen, was bewirkte, daß sie zumeist gar keine fanden; sie konnten unter Polizeiaufsicht gestellt, ihr Vermögen beschlagnahmt, sie selbst deportiert werden, ohne daß sie gegen solche und andere Bestimmungen die geringste gesetzliche Handhabe gehabt hätten." (12)

Die Bestimmungen aus der Zeit vor der Staatsgründung über das Verbot des Verkaufs von Land an Nichtjuden gelten natürlich heute immer noch; und erst recht gelten sie für Land in Staatsbesitz. Das Verbot des Verkaufs oder der Übertragung von Boden an Nichtjuden oder der Bearbeitung dieser Böden durch Nichtjuden erstreckt sich heute auf 92% der Landfläche Israels in den Grenzen von vor dem Juni-Krieg 1967. (13)

Half dies alles nicht, so bediente man sich nachdrücklicherer Methoden. Von einer solchen Aktion berichtete der Spiegel: ,,Am 29. Oktober 1956 füsilierten jüdische Grenzpolizisten in Kfar Kassem im Jerusalem-Korridor 22 arabische Bauern und 29 Frauen und Kinder, die auf dem Feld geholfen hatten. Grund: Die Israelis hatten am Nachmittag kurzfristig ein Ausgehverbot verhängt, das den weit außerhalb der Ortschaft arbeitenden Arabern jedoch nicht bekannt war. Als sie ahnungslos ins Dorf zurückkehrten, wurden sie auf einen Lastwagen ver-

Fortsetzung folgende Seite

Israelische Siedlungsgürtel nach dem »Scharon-Plan«



Fortsetzung von:

Das zionistische Israel – zwangsläufig aggressiv ...

frachtet und zur Hinrichtungsstelle gefahren." (14)

Insbesondere auf Grundlage der Notstandsverordnungen aus der Mandatszeit wurde die Landnahme in den im Juni-Krieg 1967 besetzten Gebieten im großen Stil fortgesetzt. Dabei folgte die Siedlungsstrategie einer Logik, die zum einen darauf bedacht war, die Gebiete mit dichterer palästinensischer Besiedlung durch eine Kette zionistischer Siedlungen einzufassen und einen Sicherheitskordon von Siedlungen an die Grenze zu den arabischen Staaten zu legen, auf der Westbank also an die Jordangrenze und auf den Golan-Höhen an die Feuereinstellungslinie zu Syrien und um Ostjerusalem herum.

Im Bewußtsein der Siedlungsplaner unterscheiden sich jedoch die 1967 hinzueroberten Gebiete nicht von denjenigen 1948 eroberten Gebieten, in denen die Palästinenser noch in geschlossenen Siedlungsgebieten leben und den Boden bearbeiten. Der Distriktbeauftragte des Innenministeriums für Nordisrael, König, stellte in einem Geheimbericht fest, daß der „natürliche Zuwachs der arabischen Bevölkerung in Israel im Jahr 5,9% beträgt, der jüdische hingegen nur 1,5%." Im Norden drohe die arabische Minderheit sich in die Mehrheit der Bevölkerung zu verwandeln. (15) Der Direktor der Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation warnte darum, „daß eine echte Gefahr besteht, daß Galiläa kein integraler Bestandteil des Landes ist". (16).

Die Streiks der Palästinenser in Israel gegen die dieser Untersuchung folgenden Enteignungen am 30.6.1976, dem „Tag des Bodens", waren die bis dahin größten seit der Staatsgründung. Die Ökonomie des zionistischen Staates ist nicht etwa auf die optimale Befriedigung der Bedürfnisse der Bewohner dieses Staates ausgerichtet, auch nicht auf die der jüdischen Bürger. Sie ist auch nicht primär an den Profitinteressen einer israelischen Kapitalistenklasse ausgerichtet, wenngleich sich deren Interessen mit dem eigentlichen Staatszweck in verhältnismäßig großem Umfang vereinbaren lassen. Sie ist vielmehr aus der Sicht der Zionisten auf die Staatsbildung selbst und die Expansion des Staates, also im Kern auf Landnahme, ausgerichtet. Zu diesem Zweck reicht der im Land selber erwirtschaftete Reichtum nicht aus (wobei es hier keine Rolle spielt, in welchem Umfang dieser Reichtum durch Ausplünderung und Ausbeutung der palästinensischen Bevölkerung herstammt). Die israelische Ökonomie ist von ihrem Anbeginn an auf Kapitalimport und Kapitalschenkungen angewiesen gewesen.

„Die Mittel, die Israel zur Verfügung standen bzw. stehen, waren im Verhältnis zur Eigenproduktion des Landes enorm. Von 1950 bis 1973 hat Israel von den USA 18 Milliarden Dollar in verschiedenen Leistungsformen erhalten. Im Jahre 1978 ging ein Viertel der gesamten US-Auslandshilfe an Israel. Von den jüdischen Gemeinschaften in der Welt erhielt Israel von 1951 bis 1977 4,3 Milliarden US-Dollar. Bis zum Jahre 1978 belief sich das Zahlungsbilanz-Defizit des jüdischen Staates auf 12,5 Milliarden Dollar und gilt per capita als das höchste in der Welt." (17) Die sogenannte Wiedergutmachung der Bundesrepublik brachte Israel zwischen 1954 und 1965 insgesamt 3,45 Milliarden Mark. „Dazu kamen und kommen bis heute Gesamtleistungen der Bundesrepublik und der Bundesländer von mehr als 50 Milliarden Mark für die sogenannte individuelle Wiedergutmachung, die nach Ende aller Leistungen auf mehr als 80 Milliarden DM steigen wird." (18)

als 80 Milliarden DM steigen wird." (18)

„Der amerikanische Diplomat David Nes beziffert die Kapitalunterstützung für Israel zwischen 1948 und 1968 auf 36 Mrd. Dollar ..." (19) Nach dem Camp-David-Abkommen erreichten die jährlichen Zahlungen der USA an Israel mehrere Milliarden Dollar.

Daß die Kapitalübertragungen an die Zionisten von seiten der USA und anderer imperialistischer Länder nicht aus Begeisterung über den Zionismus geschahen, ist auch den zionistischen Politikern klar. Der Herausgeber der israelischen Tageszeitung Ha'arez, Gershom Scholem, schrieb schon 1951: „Man gab Israel etwa die Rolle eines Wachhundes. Man brauchte nicht zu fürchten, daß es gegenüber den arabischen Staaten eine aggressive Politik betreiben wird, falls dies den Interessen der USA und Englands widerspricht. Aber sollte es der Westen aus dem einen oder anderen Grund vorziehen, die Augen zu verschließen, kann man sich darauf verlassen, daß Israel diejenigen Nachbarstaaten schwer bestraft, die sich gegenüber dem Westen ungezogen benommen haben." (20) Es scheint, daß „der Westen", konkret die USA, mal wieder die Augen verschlossen haben, was den Libanon angeht.

Im übrigen liegt diese Rolle des zionistischen Staates ganz auf der Linie der zionistischen Urväter. Herzl, der mit seiner Idee vom „Judenstaat" bei allen europäischen imperialistischen Potentaten seiner Zeit herumreiste und sich und seine zionistische Bewegung diesen andiente, sagte: „Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden. Wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen. Wir würden als neutraler Staat im Zusammenhang bleiben mit ganz Europa, das unsere Existenz garantieren müßte." (21)

(1) Die Argumentation dieses Abschnittes folgt weitgehend der Analyse Dan Diners, wie dieser sie entwickelt hat im ersten Teil seines Aufsatzes „Israel: Nationalstaatproblem und Nahostkonflikt", erschienen in Band 36 der Fischer Weltgeschichte, Frankfurt/Main 1981
(2) Hadawi, Sami: Bittere Ernte. Palästina 1914–1967. Palästina Monograhien 5, Rastatt 1969, S. 68 f.
(3) zit. nach: Diner, Dan, a.a.O., S. 166
(4) Einer der Dreh- und Angelpunkte der zionistischen Theorie ist die Behauptung, „die Juden" seien ein Volk oder eine Nation und seien dies auch schon immer gewesen. Yohanan Meroz, ehemaliger Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland in einem Vortrag zum 30. Jahrestag der Gründung Israels: Eine „Volksgemeinschaft" seien die Juden aufgrund ihrer „Volksidentität" oder ihres „volksgemeinschaftlichen Bewußtseins". Dieses sei „eine Funktion dessen, was der davon ... Betroffene selbst ... empfindet, und dessen, was ihm von der Umwelt zugetragen wird." „Die Vorstellung von Rück-, d.h. Heimkehr, nach Zion ist das Leitmotiv des Judentums sowohl als Glaubensbekenntnis wie als Träger des Volksbewußtseins." (Das Selbstverständnis des Zionismus für den Staat Israel, Hrsg. Botschaft des Staates Israel, Presse- und Informationsabteilung, Bonn 1978, S. 2 f.) Eine Nation ist ein Ensemble von ökonomischen, politischen und kulturellen Verhältnissen. Sie bedarf zu ihrer Entstehung bestimmter materieller Voraussetzungen und ist eine historische Erscheinung. Indem man die ganze Sache auf rein Subjektives reduziert, kann man natürlich das unsinnigste und obskurste Zeug behaupten und braucht sich auch um den historischen Charakter des Begriffs der Nation nicht mehr zu kümmern. Da stört es dann auch nicht, daß der Zionismus als politische Bewegung erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts aufkam.
(5) So der führende Zionist und ehemalige
gen Jahrhunderts aufkam.
(5) So der führende Zionist und ehemalige
Direktor des zionistischen Bodenfonds KKL, Menahem Usschiskin, zit. nach: Diner, Dan, a.a.O., S. 168
(6) Orient Filters. Darmstädter Studentenzeitung Nr. 138, 139, 140, Darmstadt 1974, S. 46
(7) Hollstein, Walter: Kein Frieden um Israel, Frankfurt 1972, S. 142
(8) zit. nach: Fried, Erich: Antizionismus = Antisemitismus?, in: ESG-Nachrichten Nr. 74, 1973, S. 10
(9) Diner, Dan, a.a.O., S. 168 f.
(10) Die Prinzipien „Jüdischer Boden, jüdische Arbeit, jüdische Waren" führten in Palästina zu einer gespaltenen Ökonomie. Aufgrund der höheren Entwicklungsstufe der von den Zionisten eingeführten Produktionsmittel und durch die relativ rationellen Formen ihrer kollektiven Arbeitsorganisation, unterstützt außerdem von den Kapitalzuflüssen der zionistischen Organisationen in der ganzen Welt und begünstigt durch das höhere europäische Ausbildungsniveau eines großen Teils der Siedler, geriet die palästinensische Ökonomie in eine stark unterlegene Position.
(11) Darmstädter Studentenzeitung, a.a.O., S. 176
(12) ebenda
(13) Diner, Dan, a.a.O., S. 168
(14) Der Spiegel, Nr. 48, 1967, S. 140
(15) König-Dokument; abgedruckt in: Palästina Nr. 5, hrsg. von der Informationsstelle Palästina, Bonn 1977, S. 33
(16) zit. nach: Diner, Dan, a.a.O., S. 173
(17) ebenda, S. 182 f.
(18) Imhoff, Christof von: Die Deutsche Mark in Israel, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 17. Jg. Heft 66 1978, S. 50
(19) Hollstein, Walter, a.a.O., S. 169
(20) zit. nach: Darmstädter Studentenzeitung, a.a.O., S. 50
(21) zit. nach: Darmstädter Studentenzeitung, a.a.O., S. 44

Die Geschichte des Libanon wirkt auf die aktuellen Auseinandersetzungen

jup. Westberlin. Vor der Gründung des Staates Israel, vor der Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land, habe es im Libanon Interessenkonflikte nur zwischen Christen und Moslems gegeben, heißt es im Länderüberblick eines Stern-Artikels; seitdem aber werde ein Kampf „Jeder gegen Jeden" geführt. Die Palästinenser hätten demnach nur aus dem Libanon abzuziehen, wie die Israelis fordern, und der innere Frieden sowie der Frieden mit Israel könnten wiederhergestellt werden. War der Libanon vorher „die einzige stabile arabische Demokratie", als die er vor dem Bürgerkrieg bezeichnet wurde?

Im Zentrum alter Handelsstraßen gelegen, boten seine Gebirge zahlreichen christlichen und moslemischen Sekten Schutz vor wechselnden Herrschern in dieser Region, namentlich den christlichen Maroniten und den

schern in dieser Region, namentlich den christlichen Maroniten und den

moslemischen Drusen, die im 18. und 19. Jahrhundert, mit dem Niedergang des Osmanischen Reiches in den Zugriff kolonialen Schutzes kamen: Maroniten und andere Christen durch Frankreich, Griechisch-Orthodoxe durch Rußland und die Drusen durch England. 1842 wurde die Region in maronitische und drusische Distrikte aufgeteilt, die von einem Gouverneur der jeweiligen Religionsgemeinschaft regiert wurden. Ende der 50er Jahre kam es bereits zu Auseinandersetzungen zwischen maronitischen Bauern und maronitischen Feudalherren, denen angesichts der Gefährdung des Grundsteuersystems die drusischen Feudalherren zu Hilfe eilten, um wenig später die Drusen wieder gegen die christlichen Dörfer zu führen, was zur erneuten Intervention der europäischen Mächte und zur Neuorganisierung der Region führte. Nachdem Frankreich 1918 Mandatsmacht geworden war, erreichten die maronitischen Führer im Einvernehmen mit Frankreich die Bildung einer von Syrien unabhängigen Provinz Libanon, die von Frankreich um die Bekaa-Ebene und den westlichen Küstenstreifen erweitert wurde. Mit dieser Landerweiterung ging eine weitere Mischung der Bevölkerung und Religionsgemeinschaften einher: nach den Maroniten wurden die Sunniten und Schiiten die bedeutendsten Gruppen.

Seit Ausübung der Mandatsmacht über den Libanon pflegte die französische Kolonialmacht die religiösen und ethnischen Unterschiede, um einen arabischen moslemischen Nationalismus erst gar nicht aufkommen zu lassen. Entsprechend dem Proporz der religiösen Gruppen wurden die Sekten in Abgeordnetenkammern bzw. dem Parlement institutionalisiert. Das Amt des Staatschefs und das Oberkommando über die Armee war den Maroniten vorbehalten. Die Machtverteilung im Staatsapparat basiert auch heute noch auf dem Anteil der Religionsgemeinschaften an der Bevölkerung, die letzte Volkszählung datiert allerdings von 1932.

Soweit die Maroniten der Kompradorenbourgeoisie angehören, wie auch zahlreiche andere arabische Christen, wird ihr Interesse an der Kollaboration mit der westlich-christlichen Bourgeoisie verständlich: Aufrechterhaltung des institutionalisierten Sektizismus zur Unterdrückung des moslemischen und arabischen Nationalismus, der zur Gefahr für die ökonomische Herrschaft der Kompradoren wie ihrer imperialistischen Verbündeten werden würde. Zum Teil kommen also in den aktuellen Auseinandersetzungen im Libanon Widersprüche zum Tragen, die aus der kolonialen Geschichte des Landes herrühren. In den 60er und 70er Jahren haben sich diese Widersprüche aufgrund der Entwicklung des Imperialismus verschärft, seine Krisen haben ihre Spuren in der Wirtschaft des Landes hinterlassen, das wegen des hohen Kapital- und Warenumschlags einst als „Schweiz des Nahen Ostens" galt. Die dauernden Gefährdungen durch israelische Aggressionsakte taten ein weiteres, Kapital- und Warenströme nach Syrien und in die westlichen imperialistischen Länder umzuleiten.

Die Palästinenser waren im Libanon wie in den anderen arabischen Ländern geduldet als Flüchtlinge, die den Gegensatz zu Israel symbolisieren sollten. Von der libanesischen Regierung rechtlos gehalten und von ihrer Armee der Kontrolle und Willkür in den Lagern ausgesetzt – für den Bau steinerner Häuser anstelle von Blech- und ande-

Häuser anstelle von Blech- und ande-

ren Hütten mußte z.B. die Rechtmäßigkeit des Materialerwerbs nachgewiesen werden – erkämpfte sich das palästinensische Volk im Kairoer Abkommen von 69 das Recht auf Autonomie in den Lagern, auf militärische Ausbildung und Operationen vom Südlibanon. In den Streiks, die zu Beginn der 70er Jahre von den libanesischen Arbeitern für die Ausweitung der sozialen Absicherung für Landarbeiter und Bauern geführt wurden, war die Existenz und Kampfkraft des palästinensischen Widerstandes eine Stütze dieses Kampfes, auf den die libanesische Armee mit blutiger Niederschlagung antwortete.

Aus der sozialen und politischen Krise dieser Zeit ist die libanesische Regierung, der libanesische Staat nicht mehr herausgekommen. „Der Staat Libanon existiert nicht mehr", sagte ein Genosse der PLO nach dem Bürgerkrieg im Libanon 1976 und „Sarkis ist nicht aufgrund der eigenen Macht Staatspräsident geworden, er hat keine Macht". Die, die ihm zur Macht verholfen haben, die syrischen Truppen, könnten als fremde Truppen entsprechend der Forderung der Israelis meiner Meinung nach durchaus abgezogen werden. „Abschreckend" wirken sie am ehesten auf die libanesische und palästinensische Bevölkerung. Vielleicht könnte Syrien sich um die Wiedererlangung der Golan-Höhen in eigner und palästinensisch-libanesischer Sache verdient machen. Das wäre auch ein Beitrag zur Stabilisierung der Lage im Libanon.

Der Libanon

MITTELMEER
LIBANON
BEIRUT
DAMASKUS
GOLAN
SYRIEN
ISRAEL
HAIFA
"Freies Libanon" (Major Haddad)
PLO und Linksgruppen
Zone der UNIFIL
syrische Truppen
christlich-falangistische Milizen
von ISRAEL besetztes Golan-Gebiet

Gesellschaftspolitik mit dem Steuerrecht

Mit Steuervergünstigungen wird Politik gemacht, und das Ehegatten-Splitting bei der Einkommensteuer ist sicherlich die gewichtigste einzelne Steuervergünstigung

Von Friedemann Bleicher

Durch zwei Ereignisse ist das „Steuersplitting" ins öffentliche Interesse gerückt. Einmal durch den Beschluß der Bundesregierung, den Splittingvorteil auf höchstens 10000 DM im Jahr zu begrenzen; zweitens durch eine Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht, in der es um die Klage einiger lediger Mütter („Alleinerzieher", „Halbfamilien" oder wie immer die Bezeichnungen hierfür lauten) geht, die sich gegenüber der Normalfamilie benachteiligt sehen, weil sie nicht in den Genuß des Splittingvorteils kommen.

Was die Bundesregierung beschlossen hat, hat herzlich wenig mit der Kritik zu tun, wie sie vor allem seitens der Frauenbewegung an dieser steuerlichen Regelung geführt wird. Der SPD ging es darum, ihrem neuerlichen Raubzug zu den öffentlich verteilten Lohnbestandteilen ein kümmerliches Feigenblatt zu verpassen und einige Millionen in die staatliche Kasse zu holen.

Die Begrenzung des Splittingvorteils auf 10000 DM bedeutet, daß der Steuervorteil von „Alleinverdienern" mit einem Jahreseinkommen von etwa 87000 DM und mehr (monatlich 7250 DM) auf diese 10000 DM (monatlich 833 DM) begrenzt wird. Betroffen sind hiervon rund 153000 „Arbeitnehmer-Ehepaare", für Selbständige gibt es keine Zahlenangaben. Gut 300 Mio. DM werden mehr in die Steuerkasse fließen.

Der DGB hatte schon vor Jahren auf einem seiner Bundeskongresse eine Höchstgrenze für das Splitting verlangt.

Verteilung des Splitting-Vorteils nach der Höhe des zu versteuernden Einkommens

Zu versteuerndes Einkommen von mehr als ... DM bis zu ... DM	Anteil der begünstigten Ehepaare an der Gesamtzahl der begünstigten Ehepaare	Anteil der begünstigten Ehepaare am Begünstigungsvolumen für das Splitting
	v.H.	v.H.
0– 20000	11	4,1
20000– 40000	43	28,9
40000– 60000	25,3	29,7
60000–100000	17,5	28,0
100000–150000	2,3	5,4
150000 u. mehr	0,9	3,9

60000–100000 17,5 28,0
100000–150000 2,3 5,4
150000 u. mehr 0,9 3,9

Die jetzige Korrektur bleibt rein kosmetisch, und die Gefahr ist natürlich groß, daß das Splitting nach und nach eingeschränkt oder womöglich beseitigt wird, bloß um die Steuerbelastung der Einkommen noch mehr zu erhöhen. Dennoch ist eine *prinzipielle Kritik* notwendig, wobei klar ist, daß eine Abschaffung des Einkommensplittings nur Bestandteil einer Reform des gesamten Einkommensteuerrechts und des Kindergeldes sein kann.

Verteilung des Splitting-Vorteils auf die Steuerklassen

	Anteil der begünstigten Ehepaare an der Gesamtzahl der begünstigen Ehep.	Anteil der begünstigten Ehepaare am Begünstigungsvolumen f. d. Splitting
	v.H.	v.H.
Alleinverdiener-Ehepaare, kein Kind	19,1	23,4
Alleinverdiener-Ehepaare, 1 Kind	16,3	24,0
Alleinverdiener-Ehepaare, 2 Kinder	17,0	27,9
Alleinverdiener-Ehepaare, 3 und mehr Kinder	7,8	11,2
Doppelverdiener, kein Kind	16,2	5,0
Doppelverdiener, 1 Kind	12,3	4,4
Doppelverdiener, 2 Kinder	8,5	3,1
Doppelverdiener, 3 und mehr Kinder	2,8	1,0
Alleinverdiener- Ehepaare	60,2	86,5
Doppelverdiener	39,8	13,5
Ehepaare ohne Kinder	35,3	28,4
Ehepaare mit Kindern	64,7	71,6

Quelle: Deutsche Steuerzeitung, 6/1982

Die Hausfrauen-Ehe als Leitbild

Vielfach schon ist darauf verwiesen worden, daß die geltende steuerliche Regelung mit dem grundsätzlich niedergelegten besonderen Schutz für Ehe und Familie verteidigt wird. Und tatsächlich besteht der Kern der Splitting-Regelung darin, daß das eheliche Gesamteinkommen mit demselben Prozentsatz besteuert wird, unabhängig davon, ob nur ein Ehepartner das Geld beischafft oder ob beide in unterschiedlicher Höhe zum gemeinsamen Einkommen beitragen. Nicht das persönliche Einkommen des Mannes und der Frau wird besteuert, sondern das „Familieneinkommen". Man muß sich entscheiden, ob man das für zeitgemäß und in seinen Auswirkungen für erwünscht hält oder nicht.

Meines Erachtens ist die vorgegebene Gerechtigkeit bloß scheinbar und das vorgespiegelte „Leitbild von einer partnerschaftlich-gleichberechtigten Ehe" (Bund der Steuerzahler) bloß scheinbar. Denn es liegen unterschiedliche soziale Verhältnisse vor, ob nur der Ehemann erwerbstätig ist oder ob Mann und Frau erwerbstätig sind.

Wird das Einkommen eines „Alleinverdieners" systematisch geringer besteuert gegenüber dem Einkommen eines „Doppelverdieners", so läuft dies auf eine steuerliche Förderung der Hausfrauenehe hinaus. Die Rollenverteilung, in der die Frau Hausfrau ist, wird mit Hilfe des Steuerrechts befestigt. Und insofern sind auch die Interessen der Frauen mißachtet.

Man kann das Problem auch von einer anderen Seite her aufrollen, so wie es in der Verfassungsklage der Alleinstehenden mit Kindern geschieht. Sind sie lohnabhängig, so werden sie in Steuerklasse II eingestuft, erhalten zwar einen zusätzlichen Freibetrag, der Vorteil daraus aber reicht bei weitem nicht an den Vorteil des Splittings heran. Nicht bloß, daß sie für ihre Kinder – im großen und ganzen – selbst aufkommen und sie alleine versorgen müssen, sie werden auch noch steuerlich schlechter gestellt, als die „intakte Familie" in der der Mann ausreichend verdient, damit die Frau nicht auch noch ihre Arbeitskraft verkaufen muß.

Progression aufgehoben
noch ihre Arbeitskraft verkaufen muß.

Progression aufgehoben

Nun sind aber die Vorteile durch Splitting erheblich, der „Stern" etwa hat es vorgerechnet, auch in einem Leserbrief an die KVZ war davon die Rede. Damit aber kann man die gesellschaftliche Wirkung, die von einer solchen Maßnahme ausgeht, nicht beurteilen; man erkennt daran allerdings, daß das Verfahren vielen plausibel erscheint, obwohl sie dessen wirkliche Intentionen kaum teilen dürften.

Zweierlei also muß man auseinanderhalten. Einmal die Tendenz, eine bestimmte gesellschaftliche Struktur prägende Tendenz, die in der Maßnahme steckt, zweitens die Breitenwirkung.

Zur Darstellung des Splitting-Vorteils sei auf die *Schaubilder* verwiesen. Steuerklasse III stellt den Fall des „Alleinverdieners" dar, Steuerklasse IV den „Doppelverdiener", Steuerklasse II den Alleinstehenden mit Kind. Von Interesse ist vor allem das unterste Schaubild, in dem der Splittingvorteil nach der Höhe des Einkommens in Mark aufgetragen ist.

Es ist sichtbar, daß sich die Sache so richtig lohnt ab einem Einkommen, das auch ein Facharbeiter nicht mehr erreicht. Diese eindeutige Begünstigung für hohe Einkommen kann nicht damit entschuldigt werden, bei einem progressiven Steuersystem wirke nun mal jede Vergünstigung auch progressiv. Oder drückt sich darin bloß die herrschende Meinung aus, daß die Gattin eines Millionärs auch mehr wert sei, als die Mutter in einem Arbeiterhaushalt?

Dann wird eingewandt, es seien ja schließlich bloß wenige, die von den enorm hohen Splittingvorteilen profitieren würden, für die Aufbesserung der öffentlichen Kassen sei da in der Summe nicht viel zu holen. Das „Handelsblatt" hat daraus den Minderheitsschutz für Geldsäcke formuliert. Doch es geht um mehr als um die Bevorzugung einiger Geldsäcke, obwohl auch dies ein Ärgernis ist. Bei den höchsten Einkommen wird bloß besonders deutlich, daß das ganze System des Splittings ungeeignet ist zur Behandlung des

Einkommen wird bloß besonders deutlich, daß das ganze System des Splittings ungeeignet ist zur Behandlung des

zugrundeliegenden sozialen Problems.

Mit dem Splitting werde berücksichtigt, daß von manchen Einkommen eben zwei leben müssen, heißt es; und immerhin sei der Vorteil bei niedrigen Einkommen bezogen auf die geringere Steuerschuld auch nicht wenig. Bloß ist das Splitting nicht auf jeden Fall zugeschnitten, wo von einem Einkommen mehrere leben müssen, sondern wo mehrere davon leben *können*. Oder welche Gründe sprechen dafür, den Erfolgsmännern mit der dicken Brieftasche die Tatsache, daß sie sich zu Hause eine Frau halten können – so verhält sich das doch wohl in diesen Kreisen –, mit einer Steuergutschrift von 10000 DM jährlich zu honorieren?

Daß Splittingvorteile auch bei mittleren Einkommen zu Buche schlagen, spricht noch nicht gegen eine prinzipielle Kritik. Es ist umgekehrt: Bloß weil auch mittlere Einkommen davon etwas haben, läßt sich eine Regelung politisch durchsetzen, die den höchsten Nutzen dort bringt, wo er am wenigsten begründet werden kann.

Daten über die konkreten Auswirkungen steuerlicher Maßnahmen auf unterschiedlich hohe Einkommen sind rar, so auch für das Splitting. Doch kürzlich hat sich einer der Experten des Bundesfinanzministeriums herabgelassen, der Fachwelt einige der ansonsten wie Staatsgeheimnisse gehüteten Berechnungen des ministeriellen Computerzentrums zu offenbaren. Obwohl sich das Ministerium entschieden hat für die Beibehaltung des Splittings ausgesprochen hat, gibt die Veröffentlichung doch einige interessante Anhaltspunkte. (Siehe auch die Tabellen)

Insgesamt rechnen 11 Millionen Ehepaare zu den durch das Splitting Begünstigten. Das sind rund 90% aller steuerpflichtigen Ehepaare; denn auch bei Beidverdienern wirkt sich der Vorteil aus, wenn die persönlichen Einkommen sehr ungleich sind. Doch die Vorteile konzentrieren sich auf sehr viel weniger Haushalte.

Der gesamte Splitting-Vorteil wird für 1982 neuerdings mit rd. 20 Mrd. DM bei Arbeitnehmern angenommen, plus 1–2 Mrd. DM bei den übrigen Einkommenssteuerpflichtigen, die für angeblich selbst das Finanzministerium nicht über ausreichende statistische Unterlagen verfügt. Von diesem Gesamtvolumen an Steuerersparnis entfallen knapp 40% auf Einkommensklassen über 60000 DM Jahreseinkommen, obwohl weniger als 20% der steuerpflichtigen Ehepaare ein solches Einkommen aufweisen.

Es bestätigt sich also, daß im Ergebnis eine erhebliche Bevorteilung hoher und höchster Einkommen bleibt. Gerade bei höchsten Einkommen, wo die Alleinverdiener-Ehe der Normalfall ist, hebt das Splitting die progressive Besteuerung weitgehend auf.

Zweitens beweisen die Zahlen die Subvention der Hausfrauen-Ehe. 40% der 11 Millionen Begünstigten sind Beidverdiener, 60% Alleinverdiener. Fast 90% der Steuervorteile aber entfallen auf Ehepaare, bei denen nur ein Ehegatte erwerbstätig ist.

So macht denn der Splittingvorteil bei Alleinverdiener-Ehepaaren im Durchschnitt 40% der Steuerschuld aus, bei „Doppelverdienern" lediglich 5%.

Allmähliche Umwälzung

Es geht nicht darum, der Berücksichtigung der Hausfrauentätigkeit bei der Bemessung des Steuerabzugs vom Erwerbseinkommen jegliche Berechtigung abzusprechen. Immerhin ist in gut der Hälfte der Familien der Lohnabhängigen die Frau Nur-Hausfrau, und dabei handelt es sich nicht um Großverdiener. Es geht aber darum, ein Steuersystem zu beseitigen, das unter bloßen Vorwänden solch schreiende Widersprüche schafft, wie das bestehende.

Wenn berücksichtigt werden soll, daß das Einkommen des Mannes in vielen Fällen die Reproduktion einer ganzen Familie sichern muß, so muß gefragt werden, wodurch dieser Zwang zustande kommt. Eine bloße „Berücksichtigung" führt in jedem Fall zu einer bloßen Verfestigung dieses Zustandes. Erhebliche Mittel, nämlich die über 20 Mrd. DM, werden aufgewendet, um die Verknöcherung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bezüglich der Hausarbeit festzuschreiben. Sie fehlen für Maßnahmen, die Voraussetzung sind, solche Verknöcherungen zu beseitigen.

Sofern eine Berücksichtigung der Einverdiener-Familie weiterhin notwendig ist, so liegt es nahe, als Kriterium hierfür die Kindererziehung zu nehmen. Nicht bloß wegen der Lebenshaltungskosten für die Kinder, sondern auch weil dadurch Hausarbeit hauptsächlich bedingt ist. Die Höhe der finanziellen Unterstützung muß dann natürlich für alle Einkommen gleich sein, jedenfalls nicht mit der Höhe des Einkommens steigen.

Eine Gesellschaft aber, die die kinderlose Ehe mit dem höchsten Einkommen am meisten fördert, während die rund 900000 alleinstehenden Mütter (und Väter) mit Kindern fast leer ausgehen, macht bestimmt einen Fehler.

Rund 17 Mrd. DM werden in diesem Jahr für Kindergeld ausgezahlt, rund 22 Mrd. DM soll die Summe der Splittingvorteile ausmachen. Das Kindergeld könnte also bei einer Beseitigung des Splittings mehr als verdoppelt werden, und das Geld wäre dann eher dort, wo es gebraucht wird. Keiner, der es wirklich nötig hat, wäre schlechter gestellt als gegenwärtig. Dies aber mehr, um die Größenordnung anschaulich zu machen, um die es geht. Im einzelnen müßte eine Reform den Weg frei machen für gesellschaftliche Umwälzungen, die längst anstehen, statt sie wie mit der gegenwärtigen Regelung zu behindern.

Stilblüten im „Handelsblatt": Minderheitenschutz

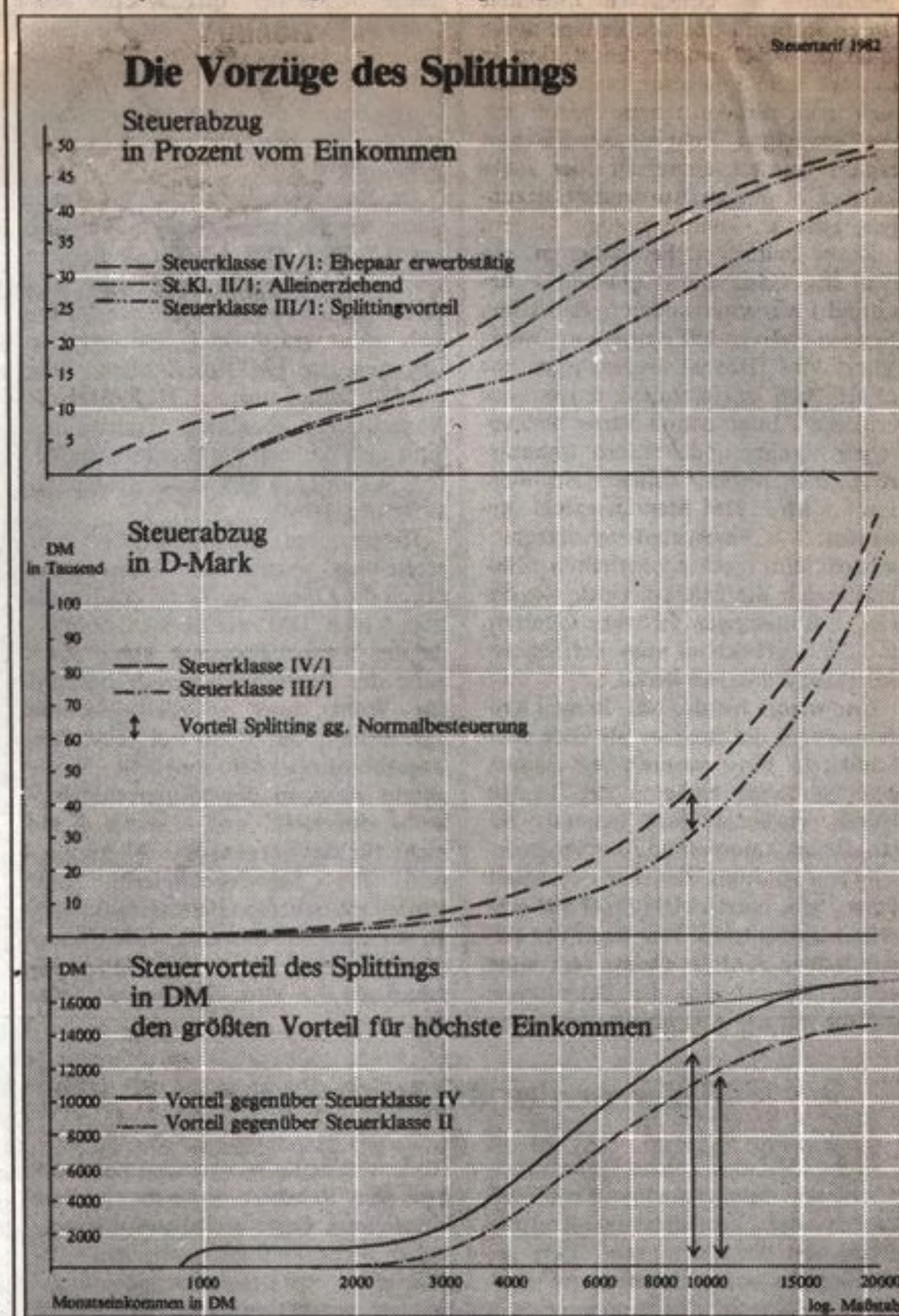
Schon die Kappung des Splittingvorteils auf 7000 DM, die sich in Lahnsteins Steuerpapier findet, würde bei Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von über 60000 DM zu einer drakonischen Steuererhöhung führen. Wer 80000 DM verdient, müßte schon 200 DM monatlich an zusätzlicher Einkommensteuer zahlen, bei 100000 DM erhöht sich dieser Betrag auf rd. 350 DM im Monat, bei 150000 DM auf 550 DM.

Auch wenn davon nur 4% aller Ehepaare betroffen würden, wie Lahnstein beruhigend versichert: Für eine Partei, die in den Landtagswahlen nur 4,7% der Stimmen erreicht (also für die FDP), geht es hier schon um eine Existenzfrage.

Und von den Prozenten einmal abgesehen: Seit wann gibt es eigentlich im deutschen Recht den Grundsatz, daß Minderheiten unter 5% kein Unrecht geschehe? ...

Statt, was richtig wäre, die indirekten Steuern zu senken, eine Absicht, die auch die Koalition hatte, werden nun die „Besserverdienenden" als Geiseln genommen.

Hans Mundorf, im Handelsblatt vom 16.6.1982



Vorteil und Wirkung des Steuersplittings in seiner Gesamtheit zu erfassen, erfordert einiges Vorstellungsvermögen, vor allem deshalb, weil der Splitting-Vorteil gerade in jenen Einkommensbereichen interessant wird, in die kein normaler Sterblicher mit seinem Einkommen je kommt.

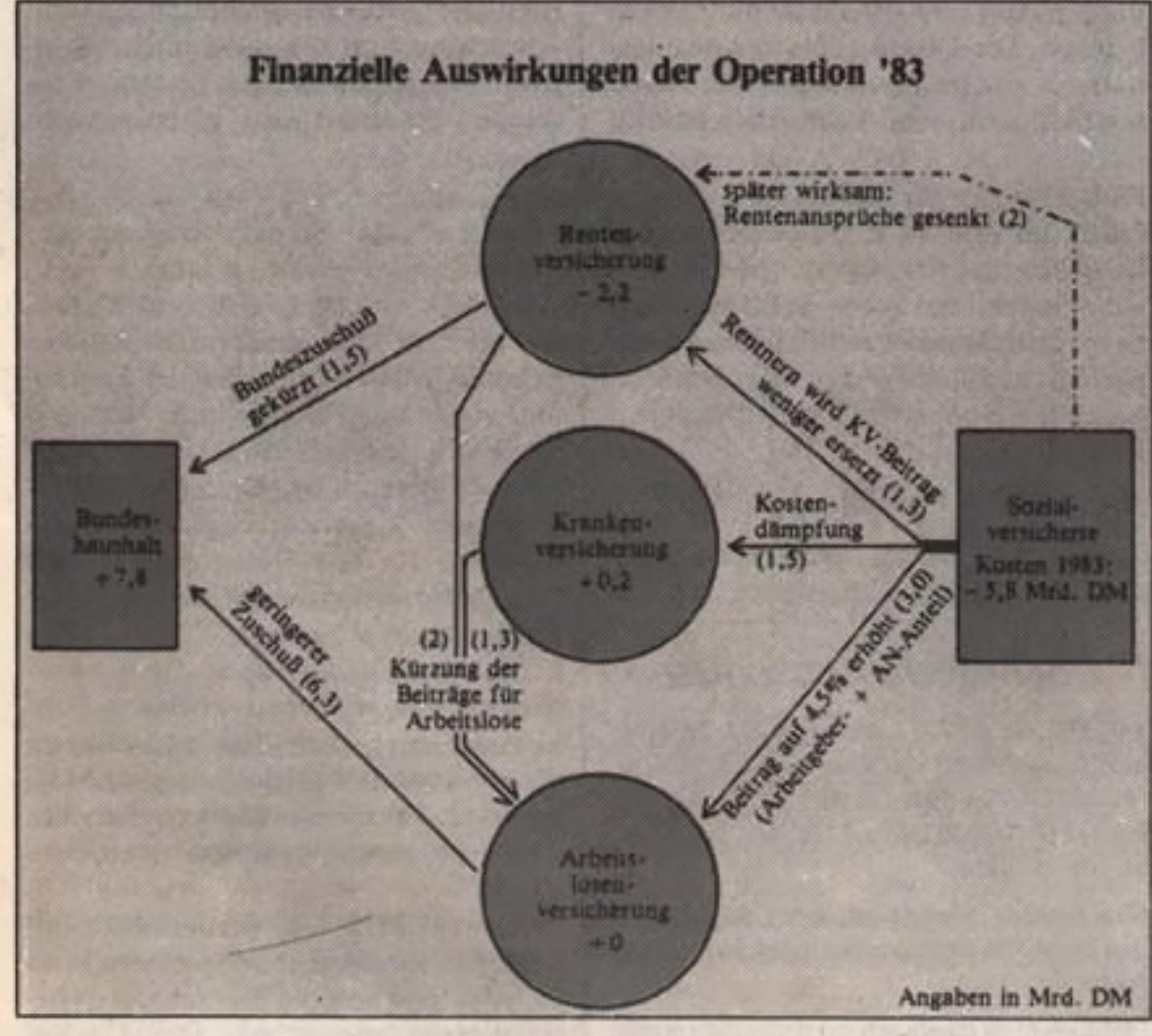
Damit die normalen Einkommensbereiche überhaupt richtig sichtbar sind, wurde für die Achse, auf der die Höhe des Einkommens abzulesen ist, eine logarithmische Skala gewählt. Hohe Einkommen erscheinen gegenüber kleineren zusammengezogen.

Durch diese Darstellung wird es möglich, die unterschiedliche Wirkung des Splitting auf mittlere und höchste Einkommen deutlich zu machen. *Demgegenüber* verschwindet die Wirkung, die auf normale Einkommen ausgeht; sie ist erheblich für diese Einkommen, aber verschwindend gering gegenüber der Steuerersparnis der höchsten Einkommen. Die durchgängige Wirkung ist am ehesten in der Darstellung des Steuersatzes (oberstes Schaubild) zu sehen. Ergänzend sei mitgeteilt, daß in die Darstellung nicht nur die Splitting-Vorteile eingehen, sondern auch die spezifischen Freibeträge, wie sie in der Lohnsteuertabelle eingearbeitet sind.

Der Einstieg in die „Selbstbeteiligung"

Das politische Testament der sozialliberalen Regierungskoalition / Die Operation '83

frb. Die Operation '82 wird bis 1985 nach vorsichtigen Schätzungen des DGB bei den Arbeitnehmerhaushalten mit jahresdurchschnittlich rund 15 Mrd. DM zu Buche schlagen. 12 Mrd. DM beträgt die Belastung im laufenden Jahr, sie wird also in den kommenden Jahren noch zunehmen, soweit sie sich überhaupt in Geldbeträgen messen läßt. Dagegen bekommen die Unternehmen und Selbständigen-Haushalte im Zeitraum bis 1985 jahresdurchschnittlich 1,5 Mrd. DM zugebuttert, lediglich 1982 wurden ihnen Belastungen in Höhe von weniger als 2 Mrd. DM abverlangt.



Löst man das Finanzgeschiebe auf, so bleibt eine Gesamtkürzung bei den Sozialversicherungen von rund 8 Mrd. DM zugunsten des Bundeshaushalts. 5,8 Mrd. DM hiervon müssen die lohnabhängigen Versicherten gleich zahlen, 2 Mrd. DM gehen zu Lasten der Rücklagen der Versicherungen. Dafür wird die Rechnung später präsentiert, z.B. durch gesenkte Rentenansprüche. Bei der Rechnung ist unterstellt, daß der Arbeitgeberanteil an den höheren Arbeitslosenversicherungsbeiträgen von diesen bei der kommenden Lohnerhöhung wiedergeholt wird, was bei der gegenwärtigen Lage wahrscheinlich ist.

Ohnehin also besteht für 1983 und die folgenden Jahre aus der Operation die folgenden Jahre aus der Operation '82 ein erheblicher „Überhang" – wie Kapitalisten so was bei Tarifverhandlungen zu nennen pflegen. Doch mit der Operation '83 hat die Bundesregierung – ganz ihrer letztjährigen Linie folgend – nochmal ordentlich draufgebuttert.

Rund 8 Mrd. DM werden bereits 1983 im Sozialbereich gekürzt, automatische Verschärfungen in den kommenden Jahren sind eingebaut. Ungefähr 1 Mrd. DM Mehreinnahmen beschafft sich das Kabinett durch vorsichtigen Abbau übertriebener Steuervergünstigungen, die kaum Lohnabhängige betreffen. Andererseits werden 1,3 Mrd. DM Mehrausgaben eingeplant, „beschäftigungswirksam" versteht sich; hiervon profitieren rationalisierende Stahlwerke ebenso wie die ach so notleidende Luftfahrtindustrie und die angeblich so wirtschaftlich arbeitenden Kernkraftwerke.

Und wieder befehlen die Bonner Krisenmanager die Rentner als erste zum Auslöffeln ihrer verbrannten Suppe. Wie die Rentenkasse in den letzten Jahren wiederum zum jederzeit zugänglichen Reservefonds zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten degradiert wurde, gibt mittlerweile Stoff für eine Kriminalgeschichte. Was noch vor keinem halben Jahr als Gesetz verkündet wurde, worauf sich die Betroffenen und die mit der Ausführung betrauten Beschäftigten wohl oder übel gerade eingestellt haben, ist heute bereits wieder überholt.

Immerhin hatte sich der staatliche Haushalt mal bei Gründung der Rentenversicherung mit einem Drittel an deren Finanzierung beteiligt. 1957 belief sich der Bundeszuschuß noch auf 31%, im letzten Jahr betrug er noch ganze 14,3% der Ausgaben der Rentenversicherung. Der entscheidende tenversicherung. Der entscheidende Einschnitt wurde gemacht, als im Rahmen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes die Höhe des Bundeszuschusses von der Lohnentwicklung abgekoppelt wurde.

Im Haushaltsgesetz von 1981 wurde dann der Bundeszuschuß kurzerhand um 3,5 Mrd. DM gekürzt; außerdem wurde ein 1973 nicht ausbezahlter und unverzinslich von der Bundesregierung sich selbst gestundeter Teil des Zuschusses, der 1981 zur Zahlung fällig werden sollte, nur zur Hälfte an die Versicherung abgeführt. Vergangenes Jahr also hat sich die Bundeskasse bereits 4,75 Mrd. DM von der Rentenversicherung geholt.

Dieses und das folgende Jahr schließlich werden der Rentenkasse durch die Operation '82 bereits jeweils über 5 Mrd. DM vorenthalten. So wurde der Verteidigungsetat durch Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für Wehr- und Zivildienstleistende „entlastet", der Bund hat seine Beitragszahlungen für weibliche Versicherte während des Mutterschaftsurlaubs eingestellt, und er zahlt nichts mehr für das vorgezogene Altersruhegeld für Schwerbehinderte; und schließlich wurden Beitragszahlungen an die Arbeitslosenversicherung übertragen, womit der dortige Bundeszuschuß um 3,5 Mrd. DM gesenkt wurde.

Wieder werden die Renten gekürzt

Es ist klar, daß solche Finanzmanipulationen durch ständige Einschränkungen der Versicherungsleistungen abgesichert werden müssen. 14% gegenüber der sonst eingetretenen Entwicklung beträgt die Rentensenkung durch die Aussetzung der Bruttolohnanpassung nach 1977. Nunmehr, und dies ist der dickste Brocken des Sparpakets, wird das Rentenniveau beginnend mit 1983 vermittels eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner um jährlich ein Prozent gesenkt. Anfang 1986 wird es um 4% gesenkt sein.

Seit kurzem erst müssen die Rentner überhaupt ihren Beitrag zur Krankenversicherung selbst zahlen. Dafür zahlt ihnen die Rentenversicherung, die die Beiträge vorher pauschal überwiesen hatte, einen Zuschuß in gleicher Höhe. Hoch und heilig war versprochen worden, den Rentnern solle durch diese Umstellung keine Mehrbelastung entstehen, lediglich für Zusatzrenten müsse künftig ein Krankenversicherungsbeitrag gezahlt werden. Außerdem könne nun jeder Rentner sehen, wie teuer die Krankenversicherung ist.

Doch kaum war die „rein technische" Umstellung durch, schon wurde sie benutzt, um die Renten zu kürzen. Mit der „Gemeinschaftsinitiative" im Frühjahr wurde beschlossen, die Rentner ab 1.1.1984 einen Prozentpunkt ihres Krankenversicherungsbeitrags auf eigene Rechnung zahlen zu lassen, indem der Beitragszuschuß der Rentenversicherung entsprechend gekürzt wird. Neuester Stand ist, daß die Kürzung bereits zum 1.1.1983 wirksam werden soll. Da für diesen Zeitpunkt eine Rentenanpassung von 5,6% vorgesehen war, wird sich diese im Ergebnis auf 4,6% vermindern, gut ein Prozent unter der Inflationsrate. Die Rentner kostet das 1983 rund 1,3 Mrd. DM, die Rentenkasse hat entsprechend verminderte Ausgaben. Doch davon wird sie nichts sehen, denn wieder kürzt der Bund seinen Zuschuß „einmalig" um 1,3 Mrd. DM, weitere 200 Mio. DM holt er bei der Knappschaftsversicherung.

Künftige Rentensenkungen entstehen ferner dadurch, daß beitragslose Zeiten bei der Rentenberechnung nur noch mit 70% bewertet werden. So werden *Ausbildungszeiten* nur noch mit 70% des Durchschnittslohns aller Versicherten angerechnet. Vor wenigen Jahren erst war die Bewertung der Ausbildungs-Ausfallzeiten auf 100% des Durchschnittsverdiensts aller Versicherten statt des betreffenden Versicherten abgewertet worden.

Erneut gekürzt, diesmal auf 70% der Durchschnittsverdienste, werden auch die Beiträge des Bundes für die *Wehrdienstleistenden*. Zu Jahresbeginn erst war die Bemessung von 100% der Durchschnittsverdienste auf 75% gesenkt worden. Spätere Rentensenkung folgt entsprechend.

Und schließlich schlägt vor allem zu Buche, daß die *Beiträge der Arbeitslosenversicherung an die Renten- und Krankenversicherung* um fast ⅓ gekürzt werden. Sie richten sich künftig nicht mehr nach dem bisherigen Bruttoarbeitsentgelt des Arbeitslosen, sondern bemessen sich nur noch nach 70% desselben. Da die Bundesregierung dadurch eine Senkung der Überweisungen der Arbeitslosenversicherung an die Rentenversicherung in Höhe von 2 Mrd. DM erwartet, läßt sich absehen, daß diese Maßnahme noch schwerer wiegt als die Rentensenkung durch den Krankenversicherungsbeitrag. Dem Arbeitslosen wird die Sanierungsmaßnahme pro Jahr Arbeitslosigkeit mit einer Kürzung seiner späteren Monatsrente um rund 9 Mark zu Buche schlagen.

Was die Finanzlage der Arbeitslosenversicherung angeht, so verbessert sie sich durch die verminderten Zahlungen an die Rentenversicherungen um 2 Mrd. DM und durch verminderte Zahlungen an die Krankenversicherung um nochmals 1,3 Mrd. DM. Da gleichzeitig der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 4 auf 4,5% angehoben wird, was 3 Mrd. DM Mehreinnahmen bringen soll, sinkt das Defizit um insgesamt 6,3 Mrd. DM – und um eben diesen Betrag senkt die Bundesregierung ihren Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung.

Die gesetzlich niedergelegte Verpflichtung des Bundes, in Krisenzeiten das Defizit der Arbeitslosenversicherung zu decken, entpuppt sich also wieder mal als Hebel, den Schutz, den die Sozialversicherungen geben sollen, über die Köpfe der „Selbstverwaltung" hinweg erheblich einzuschränken.

Entsprechend der Rentenversicherung werden dann auch bei den Krankenversicherungen weitere „Kosten gedämpft". 1,5 Mrd. DM sollen sie dadurch einsparen, während sie andererseits 1,3 Mrd. DM weniger von der Arbeitslosenversicherung erhalten. Beide Maßnahmen treffen die verschiedenen Versicherungen ganz unterschiedlich, weil die Ortskrankenkassen die meisten Arbeitslosen aufweisen. Sie, die ohnehin die meisten Versicherungsleistungen zu tragen haben, werden weiter benachteiligt. Ein zusätzlicher Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen wird notwendig.

Ohne Eintrittsgeld nicht ins Krankenhaus

Ohne Eintrittsgeld nicht ins Krankenhaus

hev. Die Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten ist mit den jüngsten Haushaltsbeschlüssen der Bundesregierung nun zum Prinzip erhoben. Bisher gab es die Rezeptgebühr und die Beteiligung beim Zahnersatz. Hinzugekommen sind jetzt Gebühren für den Krankenhausaufenthalt, für Kuren, das Selberzahlen von Abführmitteln, Medikamente gegen Reisekrankheit, Husten, Schnupfen und Heiserkeit. Gesamtvolumen ca. 1,5 Mrd. Mark, das ist mehr als ein Prozent der bisherigen Gesamtaufwendungen der Krankenversicherungen von 95 Mrd. Mark im Jahr.

250 Millionen soll die Gebühr von 5 Mark für die ersten sieben Tage Krankenhausaufenthalt bringen, 580 Millionen die „Negativliste" der o.g. Medikamente. 300 Millionen die Erhöhung der Rezeptgebühr von 1,50 auf 2 Mark. Wie stark die 10 Mark Selbstbeteiligung für jeden Kurtag zu Buche schlägt, ist noch nicht raus.

Die durchschnittliche Kur dauert 28 Tage, das wären 280 Mark pro Kur, die selbst zu zahlen wären. Eine Alkoholentziehungskur dauert bis zu einem halben Jahr, das wären 1 800 Mark für den Alkoholiker, der sowieso am Ende ist. Ob das dann tatsächlich so gemacht wird, ist im einzelnen nicht bekannt. Der Teufel steckt im Detail. Wie etwa werden kinderreiche Familien berücksichtigt? Wer zahlt für die, die überhaupt nichts haben? Wird am Krankenhausportal künftig gleich der Gerichtsvollzieher stehen? Betroffen von der Krankenhausgebühr sind viele. Jeder fünfte Bundesdeutsche wird einmal im Jahr stationär gehandelt. In kaum einem Fachgebiet liegt er weniger als 7 Tage im Krankenhaus (durchschnittlich 19,7 Tage).

Die Tragweite der jetzigen Haushaltsbeschlüsse wird deutlich, wenn das 5jährige Gerangel um die Selbstbeteiligung nicht vergessen wird. 1977, als unser spezieller Freund, Minister Ehrenberg, im Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz die Rezeptgebühr von einer Mark pro Verordnung verankerte, konnte er sich damals noch prächtig gegen eine Kapitalisten- und Ärztefront profilieren, die noch viel weitgehendere Selbstbeteiligungsvorstellungen verwirklicht sehen wollten. Aber der Einstieg in die Rezeptgebühr hat schon ausgereicht, um sie seitdem um 100% zu erhöhen, erst Anfang dieses Jahres kletterte sie auf 1,50 DM. Das war die Operation '82, im Bereich der Krankenversicherung das sogenannte Kostendämpfungsergänzungsgesetz. Es brachte außerdem eine Änderung bei der Selbstbeteiligung für den Zahnersatz und einen Einstieg in Gebühren für Heilmittel und Brillen (4 Mark). Jetzt gilt die Selbstbeteiligung auch für den gesamten Bereich der stationären Versorgung (Krankenhaus und Kuren). Was noch fehlt, ist die Gebühr für jeden Arztbesuch. Man stelle sich eine Praxis vor, in der die Kasse klingelt wie beim Metzger.

FDP-Genscher war mit dem Ergebnis zufrieden. Er wertete es als *Einstieg* in größere Selbstverantwortung, was ja wohl heißen soll, daß dies erst der Anfang ist und das dicke Ende noch nachkommen wird. Gibt es die Krankenhausgebühr schon mal, dann läßt sie sich auch prompt erhöhen.

Man soll sich nicht durch das Wörtchen Kostendämpfung irre machen lassen. Die Rezeptgebühr z.B. hat nachgewiesenermaßen nicht zur Dämpfung der Kosten für Medikamente beigetragen. Vor allem zwei Mechanismen sind wirksam geworden. Erstens drängten die Versicherten ihre Ärzte, doch gleich größere Packungen aufzuschreiben, damit nicht so häufig die Gebühr, die ja pro Verordnung anfällt, zu zahlen ist. Und zweitens nutzte die pharmazeutische Industrie den gewonnenen finanziellen Spielraum zu kräftigen Preiserhöhungen bei den Medikamenten. Die Ausgaben für Arzneimittel bei den Ortskrankenkassen stiegen 1981 mit 8% pro Mitglied weit überdurchschnittlich. Für die Gesamtausgaben mußten die AOKs 1981 lediglich 6,2% mehr als im Vorjahr aufbringen. Die kassenärztlichen Vereinigungen haben nachgewiesen, daß die Zahl der verordneten Präparate im gleichen Zeitraum jedoch rückläufig war! Man kann die Rezeptgebühr also getrost als Subventionierung der Pharma-Industrie bezeichnen.

Man soll sich vor allem vergegenwärtigen, daß mit der Selbstbeteiligung das ganze Versicherungsprinzip außer Kraft gesetzt wird. Dieses Prinzip basiert darauf, daß die Gesunden die Kranken mitfinanzieren, eine Einsicht, die seit der Gründung der Hilfskassen durch die Gesellen im letzten Jahrhundert in der Arbeiterbewegung tief verwurzelt ist. Wer krank wird, ist hilflos, gerät in Not, deshalb muß ihm geholfen werden. Da dies jedem passieren kann, ist es besser, gemeinschaftliche Vorsorge zu treffen, statt um Gesundheit zu beten. Die Arbeiterbewegung aber hat die Kontrolle über ihre Kassen verloren.

aber hat die Kontrolle über ihre Kassen verloren.

Für 1984 steht eine große Strukturreform der Krankenversicherung an, deren Verwirklichung sich der verstoßene Ehrenberg zum Ziel gesetzt hatte. Wahrscheinlich hatte er anderes im Sinn als das, was jetzt eingeleitet worden ist. Verfolgt man die Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere die jetzigen Haushaltsbeschlüsse, dann zeichnet sich genau die Reform ab, die FDP und CDU wollen: vermehrte Kostenbeteiligung, Durchlöcherung des Versicherungsschutzes, ganz grob: Senkung der Sozialkosten auf breitester Front. Und die Gewerkschaften hängen bisher noch schlaff in den Seilen.



Eines zukünftigen Tages im Gesundheitsbereich

Britische Lokomotivführer stehen auf einsamem Posten

Gewerkschaft ASLEF und NUR nicht mehr in einer Front

acm. Kaum war in der Vorwoche der Streik der Eisenbahnarbeiter der Gewerkschaft NUR abgebrochen worden, da erklärte die Lokomotivführergewerkschaft ASLEF der Eisenbahnverwaltung den unbefristeten Streik. Diese hatte das seit langem umstrittene flexible Schichtsystem – nicht mehr 8-Stunden-Tag, sondern wahlweise 7- oder 9-Stunden-Tag – für letzten Montag ohne weitere Verhandlungen in Kraft gesetzt. Nun war genau dieser Punkt aber schon vor einigen Monaten Gegenstand des 17tägigen Streiks der Lokomotivführer, der damals unter anderem zu einer Lohnerhöhung geführt hatte. Offensichtlich war durch den Abbruch des Streiks der Eisenbahnarbeiter die Eisenbahnverwaltung ermutigt worden, jetzt schnell gegen die Lokführer vorzugehen.

Die Kalkulation der Eisenbahnverwaltung – die ASLEF mit ihren ca. 25000 Mitgliedern (nur Lokomotivführer) nun zu isolieren – ist nicht ganz ohne reale Grundlage. Denn die Gewerkschaft der Eisenbahner, die NUR, hat eindeutig Verständnis für das neue Schichtsystem geäußert und es faktisch akzeptiert, gleichzeitig die ASLEF wegen ihrer starren „Haltung" kritisiert. Die NUR hat ihren Kampf ganz auf die Frage der Lohnerhöhung abgestellt und ihre Mitglieder (es sind auch einige hundert Lokomotivführer bei ihr organisiert) zwar nicht zum Streikbruch aufgerufen, aber keineswegs eine Unterstützung der Streikaktionen der ASLEF zugesagt.

So lief denn auch der Streik der Lokomotivführer ab Sonntagnacht nicht auf vollen Touren. Zwar trat ein Großteil der Mitglieder in den Streik, einige kamen aber doch zur Arbeit und es waren vor allem auch Mitglieder der NUR, die einen minimalen Zugverkehr aufrechterhielten. Die Eisenbahnverwaltung konnte denn auch vermelden, daß am Montag jeder 14. Zug, am Dienstag jeder 12. Zug fuhr. Sie setzt also ganz offensichtlich auf einen Zusammenbruch des Streiks durch die Widersprüche im Lager der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Ob diese Kalkulation aufgeht, das hängt einerseits von der Kraft der streikenden Lokomotivführer ab. Als Waffe haben sie eigentlich nur die Ausdauer. Denn Lokomotivführer ab. Als Waffe haben sie eigentlich nur die Ausdauer. Denn diese könnte die Eisenbahnverwaltung doch zwingen, den bisher durchgeführten Notbetrieb einzustellen; und die Streikkosten werden auf täglich 6 Mio. Pfund geschätzt. In der jetzigen Situation muß die Eisenbahnverwaltung natürlich die Löhne der Eisenbahner der NUR bezahlen, die aber doch nicht arbeiten können, weil ein Großteil der Züge gar nicht verkehrt. Bislang aber schreitet die Eisenbahnverwaltung noch voll auf Konfrontationskurs und hat angedeutet, die streikenden ASLEF-Mitglieder zu entlassen. Wie weit in einer solchen Situation wiederum die NUR stillhalten würde, ist wieder eine andere Frage.

Berücksichtigt man die genannten Bedingungen, so ist aber an dem Vorgehen der ASLEF zu zweifeln, die mehr oder weniger auf eigene Faust den Streik durchziehen will. Die prinzipielle Ablehnung einer Schichtregelung ist auch recht problematisch, denn es dürfte kaum eine Eisenbahn in Westeuropa geben, wo es nicht gewisse Schichtregelungen gibt. Von vornherein wurde auch auf einen Kampf um eine Bezahlung einer eventuell neunten Stunde verzichtet, zugunsten der prinzipiellen Ablehnung. Die Abwehr der zweiten Maßnahme – die Eisenbahnverwaltung verlangt den Abzug des zweiten Lokführers (Heizer), da auf elektrischen Lokomotiven überflüssig – läßt sich wohl noch mit Sicherheits- und Konzentrationsgründen belegen, sie steht aber mittlerweile schon mehr im Hintergrund. Aus allen diesen Gründen ist eine Unterstützung in der Öffentlichkeit nicht besonders groß, eher sind die Reaktionen umgekehrt.

Und insgesamt zeigt sich deutlich, daß nach dem Abbruch des Streiks durch die Eisenbahnarbeiter und sofort danach auch durch die U-Bahn-Belegschaften, so gut wie keine einheitliche Kampffront im Bereich der Eisenbahnen mehr existiert. Wie weit der für so typisch englisch erklärte „gewerkschaftliche Syndikalismus" für diese Kampflage den Bodensatz abgibt, ist von hier aus schwer zu klären. Aber es riecht alles nach einer solchen Situation, in der vollständige Isolierung droht.

Eine solche Lage herbeizuführen und darüber die Gewerkschaftsbewegung insgesamt zu schwächen, damit ist die Thatcher natürlich schon längst beschäftigt. Der Drohung mit dem Notstand in der Situation des Eisenbahnarbeiterstreiks folgt jetzt die Stimmungsmache auf der Welle „Sieg im Falklandkrieg". Thatcher verweist auf die Stimmung im Volke nach dem „Triumph" der britischen Truppen. Der Glaube an den Zusammenhalt der Nation wird geschürt. Zersplitterte Kämpfe der Gewerkschaftsbewegung sind in einer solchen Situation besonders gefährdet.

Reagan hat's geschafft: Fluglotsengewerkschaft pleite

Reagan hat's geschafft: Fluglotsengewerkschaft pleite

kvz. Die amerikanische Fluglotsengewerkschaft Patco, die sich im vergangenen Sommer wegen des Fluglotsenstreiks einer reaktionären Politik Reagans und des Einsatzes des Staatsapparats ausgesetzt sah, ist pleite. Der Patco-Vorsitzende Eads hat den Konkurs angemeldet. Jetzt beginnt der Streit um die Konkursmasse. Eads sagt, die Gewerkschaft habe nur noch ein paar tausend Dollar Kapital. Die Gläubiger aber wollen sich am rund 4 Mio. Dollar großen Treuhandfonds gütlich tun. Im Hintergrund lauern dann noch mehrere US-Fluggesellschaften mit Forderungen in Höhe von 33,4 Mio. DM.

Widerstand gegen AEG-Rationalisierungskonzept

Probleme gibt es allerdings mit einem Gegenkonzept

edd.Hamburg. Auch in den Hamburger AEG-Betrieben (Schenefeld, Wedel, Hamburg) zeigten die Beschäftigten, daß sie mit dem Konzept der drei großen Banken (Dresdner Bank, Deutsche Bank und Commerzbank) den Konzern zu zerschlagen, weil sie ihr Kapital anderswo profitabler verwerten lassen können, nicht einverstanden sind. Im Anschluß an eine gemeinsame Betriebsversammlung dieser Werke, an der sich trotz Urlaubszeit 2000 Kollegen beteiligten, folgtem dem Aufruf der IG Metall zu einer Demonstration 1600 Beschäftigte.

Allerdings wurde auf der Versammlupg deutlich, daß „die Zertrümmerung des AEG-Riesen" (Metall 13/23) einige sehr grundsätzliche Probleme für die Belegschaft aufwirft. Auf der einen Seite kann sie der brutalen Rationalisierung seitens der Banken mittels Dreiteilung des Konzerns nicht folgen, weil dies ca. 60000 Entlassungen und starke Rationalisierung in den übrigen Bereichen bedeuten würde. Sprach Dr. Wilde, Geschäftsleitung der AEG Hamburg, auf der Betriebsversammlung für die Dreiteilung, weil es in Hamburg „ja alles rentabel läuft", mußte er sich unter starkem Beifall anhören, daß der Verkauf gerade der Hamburger AEG-Teile an General Electronic Company (GEC) auch hier eine starke Rationalisierung nach sich ziehen würde. GEC und deren Tochter Markonni würden zwar die neue AEG-Technik AG kontrollieren, aber beide produzieren zu 70% ähnliche Produkte wie in den norddeutschen Werken. Lord GEC wird dem Gesetz kapitalistischer Akkumulation folgend, das Kapital wirklich dort anlegen, wo es am profitabelsten zu verwerten ist. So ist das Lohnniveau in England wesentlich geringer als in der BRD.

Nun wurde dieses Konzept, entgegen allen Versuchen der Geschäftsleitung, „man solle mit der Solidarität aufhören, wenn es um die eigenen Interessen geht", abgelehnt, allerdings wurde auch die Ratlosigkeit deutlich, welchen Weg der Kampf gerade um diese Interessen der Belegschaften haben soll.

Gesamtbetriebsrat und IG Metall waren zwar bei dem Grafen in Bonn wegen einer Bundesbürgschaft und einer Bundesbeteiligung am AEG-Konzern; dies wurde vorerst abgelehnt. Be- ner Bundesbeteiligung am AEG-Konzern; dies wurde vorerst abgelehnt. Be- deutet aber nicht auch diese Lösung nichts anderes, als die Banken – denen AEG ja gehört – mittels Steuergeldern zu sanieren? So konnte nicht die rechte Stimmung dafür aufkommen, obwohl dies bisher das einzige Konzept der IG Metall ist.

Vertrauensleute der IG Metall forderten auf der Versammlung „Verstaatlichung der AEG unter Kontrolle der Belegschaft", weil sie mit den grundsätzlichen Forderungen der IG Metall „Nationalisierung der Banken und Schlüsselindustrien" ernst machen wollten. Als Voraussetzung fordert der VK bei AEG A4 Hamburg die Offenlegung aller Geschäftsunterlagen, um so eine wirksame Kontrolle der Belegschaft überhaupt zu ermöglichen. In einem Kommentar im Hamburgteil der „taz" führte ein AEG-Arbeiter dies so aus, daß Kontrollrechte für die Belegschaft erkämpft werden müßten, nur dann würde eine Verstaatlichung etwas bringen. Die Diskussion um eine alternative, sprich sozialistische Wirtschaftspolitik, ist bei der AEG absolut die Produktion. So wurde in der Resolution der Versammlung gefordert: „Keine Sanierung des AEG-Konzerns ohne Zustimmung der Belegschaft und der IG Metall!" Sicherlich würde eine Verstaatlichung nichts an der Ausbeutung der AEG-Belegschaften ändern. Aber wenn um die tatsächliche Kontrolle und Kontrollrechte über die Produktion gekämpft wird, verbessert sich



akut. Sie gehört den Banken. 100000 werden in ihrer Existenz bedroht, für die gesamte Gesellschaft entstünden hohe Kosten (Arbeitslosengeld usw.). Auf der anderen Seite werden Diskussionen laut, hier die Produktion selber zu kontrollieren, zu bestimmen, was sinnvoll produziert wird und was nicht. Bundesbeteiligung hieße immer noch, den Banken die Herrschaft über den Konzern zu überlassen, auch wenn die IG Metall „Arbeitsplatz- und Standortgarantien" fordert. Gerade die Geschäftspolitik der letzten Jahre (allein im letzten Jahr 30000 Entlassungen) erfordert den Kampf um die Kontrolle der Belegschaft über den Konzern und die Ausgangslage wesentlich. Die Enteignung der AEG bzw. der Banken wäre hier die Ausgangsbedingung dafür.

Nur ein solches „AEG-Konzept" hätte Chancen auf Erfolg, weil es die Belegschaften stärkt. Sonst führt alles darauf hin, daß an jedem AEG-Standort jede einzelne AEG-Belegschaft konkret um ihre Arbeitsplätze kämpft, eine Spaltung die Kampfkraft schwächt.

Die Diskussion über die AEG wirft grundsätzliche Fragen auf, die auch innerhalb der IG Metall beantwortet werden müssen, wenn nicht bei jeder „Lösung" die Finanzkapitalisten die lachenden Dritten bleiben sollen.

Proteste gegen Konzernpolitik

köa. Wuppertal. Jahreshauptversammlung im Verwaltungshochhaus des Chemiekonzerns Enka am 28.6.1982 in Wuppertal. Der Vorstand hat den Aktionären Erfreuliches zu berichten: Der Umsatz erhöhte sich im vergangenen Jahr um 14% auf etwas über zwei Milliarden, die Preisanhebungen „konten sich nahezu bei allen Produkten auf dem Markt durchsetzen", und die Personalkosten für Löhne und Gehälter erhöhten sich nur um 1,7%. Besonders dicke Profite wurden bei Barmag im Maschinenbau (Automobilsektor, Kunststoffmaschinen, Hydraulik) und im Enka-Werk Wuppertal-Barmen gemacht, wo Dialysemembranen für künstliche Nieren hergestellt werden. Sorgen bereitet den Enka-Managern nur die Absatzschwierigkeiten für Teppichgarn und -fasern, Reifengarne und textile Chemiefasern durch Überkapazitäten auf dem Weltmarkt. Die „Lösung" ist schnell bei der Hand: Schließung des Werkes Kassel mit ca. 800 Beschäftigten, 246 Entlassungen in der Hauptverwaltung Wuppertal. In den letzten 10 Jahren hat es der Konzern geschafft, 14000 Arbeitsplätze zu vernichten, davon allein 6000 durch vier Betriebsschließungen. Gegen diese Konzernpolitik hat der Kasseler Betriebsrat ein „Erhaltungskonzept" vorgelegt, das einen Abbau von Überkapazitäten ohne Entlassungen vorsieht. Es ist vom Vorstand abgelehnt worden. Das Schiedsgerichtsverfahren ist angelaufen. Zur Unterstützung der Forderung „Enka Kassel muß bleiben" protestierten während der Jahreshauptversammlung die IG Chemie Papier Keramik Kassel und Wuppertal mit einem Autokorso durch Wuppertal.

Arbeitsgericht: Kurzarbeit statt Entlassung

kvz. Vor dem Arbeitsgericht Bocholt hatte eine portugiesische Spulerin aus einem Textilbetrieb gegen ihre ordentliche Kündigung durch den Kapitalisten geklagt. Dieser hatte die Entlassung mit einem 20%igen Produktionsrückgang begründet. Die Arbeiterin hatte Klage wegen sozialwidriger Kündigung erhoben, da sie eine Produktionseinbuße nicht nachprüfen könne und mit Nichtwissenheit bestreite. Das Arbeitsgericht hob nun tatsächlich die Kündigung auf und verurteilte das Textilunternehmen unter Androhung eines Zwangsgeldes, die Arbeiterin weiter zu beschäftigen. Es verfügte auch – was in den letzten Jahren absolut unüblich ist – daß eine Weiterbeschäftigung während des Rechtsstreits vorzunehmen sei. Ist dieser Rechtsstandpunkt schon ein Kuriosum in der Arbeitsgerichtslandschaft, so erst recht die Begründung: „Vor Ausspruch einer betriebsbedingten Kündigung ist der Arbeitgeber im Rahmen des für den Betrieb technisch, wirtschaftlich und organisatorisch Möglichen verpflichtet, die reduzierte Arbeitsmenge auf die vorhandenen Arbeitskräfte durch Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit zu verteilen. Dem stehen tarifliche Arbeitszeit-Schutzbestimmungen regelmäßig nicht entgegen, da diese lediglich *Höchstgrenzen* festsetzen und folglich unterschritten werden dürfen." Empfehlung also – Verkürzung der Arbeitszeit aller Arbeiterinnen. Sprich Kurzarbeit ohne Lohnausgleich.

Die Neue Heimat saniert und saniert und saniert ...

geh. Die Gewerkschaftsbeiträge sind inzwischen automatisch angepaßt, die erhöhten Beiträge in den Gewerkschaftskassen. Dort werden sie wohl auch demnächst wieder gebraucht. Gebraucht, um erneut einen Kapitaleinschuß bei der Neuen Heimat Städtebau zu machen. 561 Mio. DM Verluste hat der Städtebauteil der NH 1981 erwirtschaftet. Zahlten die Gewerkschaften nicht, wäre die NH-Städtebau konkursreif. Entstanden sind diese Schulden bereits vor 1981. Auf Druck der Wirtschaftsprüfer mußte der Konzern Wertberichtigungen vor allem von überhöht eingeschätzten Grundstücken machen. Ebenfalls mußten die Rücklagen erhöht werden. Viele Wohnungen im Ausland konnten nur unter den Gestehungskosten abgesetzt werden. Allerdings müssen diese Verluste noch nicht das letzte Wort gewesen sein. Es gehen Gerüchte um, daß viele Grundstücke der NH um ¼ über den tatsächlichen Marktpreisen bewertet sind. Andererseits wird vermutet, könnte der neue Vorstandsprecher Hoffmann die Verluste zu hoch angesetzt haben, um Spielraum für die anstehenden Sanierungen zu haben. Wahrscheinlich sollen der DGB und die Einzelgewerkschaften 350 Mio. DM als verlorene Zuschüsse an die Neue Heimat Städtebau zahlen. Bereits Anfang des Jahres war eine Kapitalspritze von 220 Mio. DM von den Gewerkschaften an die NH erfolgt.

Griechische Bankangestellte streiken

kvz. Seit dem 27.5. streiken die griechischen Bankangestellten. Seit dem Regierungsantritt Papandreous ist dies der erste große Streik. Da die Mehrzahl der Banken verstaatlicht ist, ist es so zu einer direkten Konfrontation mit der sozialdemokratischen Regierung gekommen. Die Bankangestellten fordern vor allem die Beseitigung von Gehaltsunterschieden. Die PASOK-Regierung hatte eine gestaffelte Lohnerhöhung angeboten: 25% für jüngere Angestellte bis 0% für die ältesten Angestellten. Tatsächlich verdient ein Neueingestellter umgerechnet 600 DM und ein langjähriger Mitarbeiter 1400 DM. Die Gewerkschaft wollte durch ein Zulagensystem die Staffelung unterlaufen. Das wurde von der Regierung abgelehnt. Die Banken wollten nicht einmal das Regierungsangebot zahlen, obwohl die Banken mehrheitlich verstaatlicht sind. Nachdem die Banken ultimativ die Zustimmung verlangt hatten, kam es zum Streik. Nachdem anfangs über sozialdemokratische Mitglieder Streikbruch organisiert wurde, konnte die Streikfront bis heute geschlossen werden.

Weniger Arbeitsplätze – nur Routinetätigkeiten?

Rechnerunterstützte Konstruktion und -gesteuerte Produktion wirft Probleme für die Arbeiterbewegung auf

geh. „Ein Arbeiter trägt den etwa 10 Kilogramm wiegenden Gehäusedeckel drei Meter weit, legt ihn in die Vorrichtung des CNC-Bohrzentrums und drückt ein paar Knöpfe. Die Spannvorrichtung schließt und der automatisch ablaufende Bearbeitungsvorgang beginnt. Den fertig bearbeiteten Deckel trägt der Arbeiter wiederum zirka 3 Meter zu einer Radialbohrmaschine. Wiederum Einspannen in eine Vorrichtung, die Maschine bohrt seitlich einige Bohrungen. Der Arbeiter spannt den Deckel wieder aus, trägt den Deckel wiederum einige Meter auf einen Arbeitstisch, einige Handgriffe mit einem Preßluftwerkzeug und der Arbeitsgang ist fertig."

So wird ein Arbeitsplatz beim MAN-Werk in Nürnberg beschrieben. Natürlich waren den Maschinen Daten eingegeben: mit welchem Werkzeug sie arbeiten sollten, mit welcher Geschwindigkeit der Bohrer arbeiten sollte, mit welchem Vorschub er in den Deckel eindringen sollte und wie tief.

Manchmal ist die Transportarbeit des Arbeiters noch ersetzt durch einen sogenannten „Roboter".

Seit 1952 in den USA die erste NC-Werkzeugmaschine (numerisch gesteuerte) eingesetzt wurde, haben diese Maschinen einen ständig wachsenden Anteil am Maschinenpark erreicht. In der BRD beträgt er inzwischen am Gesamtmaschinenpark 2,2%, bei den Werkzeugmaschinen dagegen schon 4,2%, d.h. rund 27000 solcher Maschinen. 1963 wurden bescheidene 38 Stück dieser numerisch gesteuerten Maschinen gebaut, 1970 hatte sich diese Zahl schon verzwanzigfacht (762) und 1981 wurden 5672 produziert.

Letztenendes soll der NC-Anteil 15% des gesamten Maschinenparks betragen, wird geschätzt.

Mußten in den 60er Jahren die Maschinen noch mühselig extern mit besonderen Eingabegeräten, Datentypisten und einer besonderen Programmiersprache programmiert werden, so ist das heute durch den Einsatz sogenannter Mikrocomputer wesentlich einfacher. Sie sind „frei programmierbar". Das bedeutet, daß die Daten an der Maschine eingegeben und korrigiert werden können, ohne eine besondere Programmiersprache, sondern über eine normale Tastatur. Diese Maschinen nennt man (s.o.) CNC-Werkzeugmaschinen (computerized numerical control). Bereits 95% der jetzt gebauten Maschinen mit Steuerungen sind solche CNC-Maschinen.

In den 70er Jahren hat sich nicht nur in den Werkhallen durch den Einsatz von Computern die Tätigkeit verändert, sondern in deren Nachbarschaft, den Konstruktionsbüros, wurden Rechner nicht mehr nur als Rechenhilfen eingesetzt, sondern auch direkt im „Produktionsgang" des Entwurfs. Beim sogenannten CAD – dem Computer-unterstützten Konstruieren – werden nicht nur z.B. Statik-Berechnungen vom Rechner gemacht, sondern deren Ergebnisse gleich ohne Zutun des Zeichners oder Konstrukteurs unmittelbar in die Konstruktion übernommen, überprüft, welche Auswirkungen dies auf die anderen Bauteile hat, gegebenenfalls auch dort Änderungen durchgeführt, die Zeichnungen entsprechend geändert und die Bestelllisten auf die neuen Anforderungen umgestellt.

Benötigte man vorher für die Konstruktion eines neuen Automobiltyps mehr als 3 Jahre, so konnte nun die Zeit auf ebensoviel Monate reduziert werden.

Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Arbeitsinhalte

Die CNC-Maschinen haben eine höhere Maschinenleistung im Vergleich zu solchen ohne Steuerung. Die Gründe liegen vor allem in:

- Wegfall oder der Zusammenfassung von Bearbeitungsgängen;
- höheren Maschinenleistungen
- größerer Genauigkeit
- automatischem Werkzeug- und Werkstückwechsel
- Vereinfachung und Wegfall von Rüstvorgängen.

Da gleichzeitig auch die Werkzeugmaschinen verbessert wurden, kann man die Steigerung der Produktivität der Arbeit mit diesen Maschinen nicht genau bestimmen. Bei der IG Metall geht man davon aus, daß eine CNC-Werkzeugmaschine 2–4 herkömmliche Maschinen verdrängt. Nach einer Schätzung des Fraunhofer Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung soll die Steigerung der Produktivität rund 40% betragen.

In der gleichen Studie gehen die Forscher von einer Einsparung von Arbeitskräften zwischen 27 und 70% aus. Darauf aufbauend schätzen sie, daß 22000 Arbeitsplätze durch die bisher eingesetzten CNC-Maschinen vernichtet worden sind. Geht man von dem oben erwähnten 15%-Anteil für CNC-Maschinen aus, so würden also noch 120000 Arbeiter ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren.

In den Maschinen steckt erhebliches konstantes Kapital, das gerade in der stürmischen Entwicklungszeit von technischen Revolutionen bedroht ist. Vielfach wird auf Mehrschichtbetrieb umgestellt. Die gesamte Fertigungsplanung wird auf die CNC-Maschinen zugeschnitten, um dort ideale Produktionsgeschwindigkeiten zu erzielen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Arbeit an den anderen Maschinen. Erhöhung der Planmäßigkeit mit dem Ergebnis einer Verdichtung des Arbeitstages ist unvermeidlich die Folge.

Bedeutender sind vielleicht die Veränderungen des Inhalts der Arbeit an diesen Maschinen. Ein Bericht beschreibt dies so: „Soll ein Werkstück hergestellt werden auf einer herkömmlichen Drehbank, geht dies folgendermaßen vor sich: Der Arbeiter bekommt ein Stück Rohmaterial, Lohnzettel und Arbeitsunterweisungskarte. Auf ihr findet er die Zeichnung des geforderten Werkstücks, Längenmaß, Tiefenmaß, Durchmesser, Gewinde usw. sowie alle benötigten Toleranzen (Genauigkeitsforderungen). Um die Qualitätsanforderungen zu erreichen, muß er die Maschine optimal einrichten, d.h. Drehstähle bestimmen und ggfs. anschleifen. Danach müssen sie präzise in den Stahlhalter oder Revolverkopf gesetzt werden. Je nach Eigenschaft des zu bearbeitenden Materials muß die Umdrehungsgeschwindigkeit der Maschine bestimmt werden. Nacheinander werden dann die einzelnen Arbeitsgänge durchgeführt. Von seiner Erfahrung, seinem Fingerspitzengefühl und seiner Konzentration hängt es ab, ob die Präzision, die sich im 1/1000 Millimeter-Bereich bewegt, erreicht wird. Natürlich das ganze unter Akkordbedingungen, pro Werkstück im Minutenzeitraum."

Bei der CNC-Maschine bleibt dem „Maschinenbediener" nur, für die Bestückung des Werkzeugmagazins zu sorgen, den Zu- und Abtransport der Rohlinge und fertigen Werkstücke zu bewerkstelligen und die Überwachung des Produktionsvorgangs, um bei Störungen da einzugreifen oder zu stoppen. Hinzu kommt die Programmierung der Maschinensteuerung und die Vorbereitung der Werkzeuge. Die komplizierte Arbeit des Drehers ist damit zerlegt in die einfache Transport- und Beschickungsarbeit und Überwachungsarbeit sowie die noch kompliziertere Programmierungs-, Fertigungsplanung und Werkzeugvorbereitungsarbeit. Wobei die letzteren mehreren Maschinen zugeordnet sein können.

Schutz vor Rationalisierungsfolgen oder Arbeitsinhalt erweitern?

Wie sollen die Arbeiter darauf reagieren? Schutz vor den Folgen der Rationalisierungen heißt zuerst Sicherung des Einkommens. Hier waren die Voraussetzungen schon nicht günstig. Das Rationalisierungsschutzabkommen der IG Metall bewahrt nur kurze Zeit vor Einkommensverlusten. Reichte dies überhaupt? – Mußte nicht vielmehr die Entleerung der Arbeitsinhalte verhindert werden? Die Programmierung und Probefertigung sollte Sache des Maschinenbedieners bleiben, der deshalb auch Facharbeiterqualifikation braucht. Die Vereinfachung der Programmierung durch den Einsatz von Mikroprozessoren kam dieser Forderung entgegen. Hier zeichnet sich folgendes ab: Im Maschinenbau mit seinen mittleren und kleinen Serien werden die Arbeitsplätze mit Facharbeitern oder langfristig angelernten Arbeitern besetzt – mit hohem Lohnniveau. Im Automobilbau mit Großserien werden dort Arbeiter mit kurzer Anlernzeit und entsprechend niedriger Lohngruppe eingesetzt. Jedoch nur jede 14. CNC-Maschine wird von dem Maschinenbediener auch programmiert – obwohl es möglich wäre.

CAD/CAM stellt das wieder in Frage

Seit einigen Jahren nimmt das Gespenst CAD/CAM reale Gestalt an. Es bezeichnet die Verknüpfung des computerunterstützten Konstruierens mit dem computergesteuerten Produzieren durch einen Zentralcomputer oder durch Datenverbindungen zwischen den einzelnen Computern in Konstruktion und Produktion (s. Bericht unten). So kann eine Maschinenprogrammierung gespart werden, weil alle benötigten Daten bereits beim Konstruieren berechnet und so verfügbar gemacht worden sind. Sie brauchen nur noch vom Computer der Maschine zugewiesen werden.

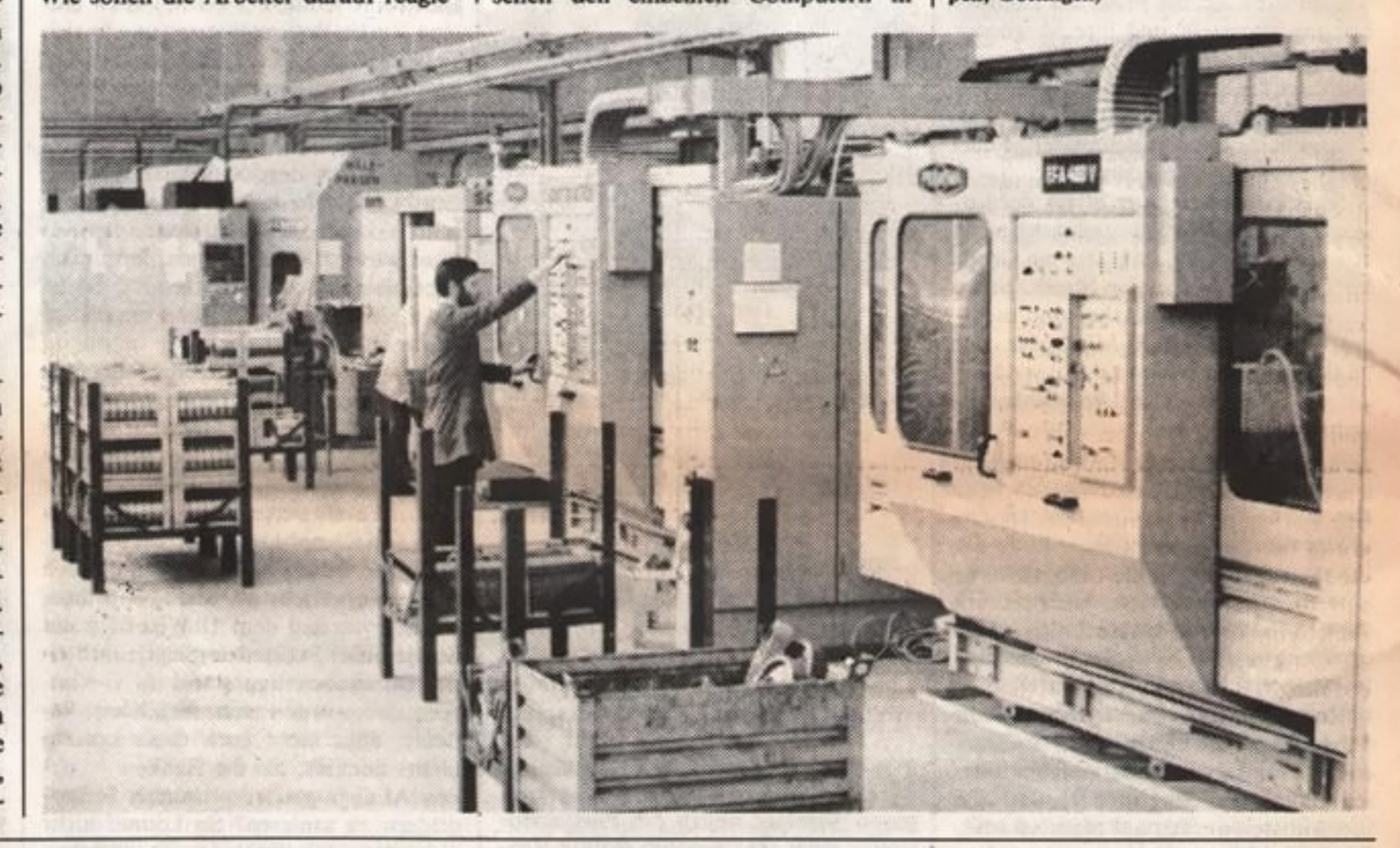
Sollen die Gewerkschaften und Betriebsräte wie bei den Personalinformationssystemen eine solche Verknüpfung völlig stoppen?

Vermutlich ist aktuell die Lohnsicherung nicht das Problem, zumindest nicht im Maschinenbau, wo der Haupteinsatzbereich sein wird. Sicher ist es richtig, um so nachhaltiger die Forderung aufzustellen, daß die Facharbeiter die unverknüpften CNC-Maschinen programmieren. Dazu ist es auch notwendig, daß diese dafür auch umfassend ausgebildet werden. Bei den ZF-Werken in Friedrichshafen hat der Betriebsrat eine Vereinbarung über einen solchen Ausbildungsgang abgeschlossen.

Wenn die Vereinfachung der Programmierung durch die Mikroprozessoren genutzt wurde, um sie zur Arbeit der Facharbeiter zu machen, warum soll nicht auch die Vereinfachung der Konstruktionsarbeit genutzt werden, um Konstruktionstätigkeit und deren Überprüfung zur Arbeit von Facharbeitern zu machen?

Die praktische Überprüfung machen sie ohnehin. Warum diese sinnvolle Verbindung trennen?

(Der Artikel basiert auf einer Zuschrift von peh, Göttingen)



Der Prozeß hat vor mehreren Jahren

überwacht, der zugleich so program-

Rechnergesteuerte Produktion – auf dem Weg zur Geisterfabrik?

Der Prozeß hat vor mehreren Jahren begonnen, als General Motors sich entschließt, für die Cadillac-Modelle einen neuen Standard-V-8-Motor überwiegend aus Leichtmetall zu entwickeln. Mit Hilfe von Computern wird dieser Motor auf Bildschirmen entworfen. Aluminiumlegierungen und andere Leichtmetalle werden auf ihre Verwendbarkeit für die diversen Teile des Motors durch den Computer getestet.

Ebenso wird der fertig konstruierte Motor getestet, ehe Prototypen gebaut werden. Das geschieht eigentlich bloß noch, um die Computerarbeit zu bestätigen. Es handelt sich um eine typische Anwendung von CAD (computeraided design), von Entwurfsarbeit mit Hilfe des Computers.

Tests ohne Prototypen

Nachdem das Produkt, der Motor, entworfen ist, wird auf denselben Bildschirmen, mit demselben Computer, die Fertigung des Produkts geplant. Das heißt, der entsprechend gut informierte Computer gibt an, welche Maschinen erforderlich sind, um die Einzelteile des Motors herzustellen. Auch gibt er an, welche Bestandteile billiger von Zulieferfirmen anzukaufen statt selber zu fabrizieren sind.

Der Computer bestimmt die Anordnung der Maschinen innerhalb der verschiedenen Produktionsbereiche. Er ordnet die Einzelbereiche zueinander und zum Endmontageband. Das Hauptkriterium für die Zuordnung ist ein reibungsloser Materialfluß.

Erst wenn Produktenentwicklung und Fertigungsplanung abgeschlossen sind, geht es an den Umbau des alten Werks und seine Einrichtung, samt und sonders nach den Ergebnissen der vorangegangenen Arbeit mit CAD. Das Ergebnis ist ein weitgehend automatisiertes Werk, zweckmäßig gegliedert in 17 Fertigungs- und Montagebandstraßen nebst den Endmontagebändern und Motorprüfanlagen. Auch der Mensch wird überwacht.

Was immer im Werk passiert, unterliegt der Kontrolle und Aufsicht von mittelgroßen Computern der Firma DEC. Sie überwachen jede Werkzeugmaschine, jede Transferanlage, jeden Roboter ebenso wie die Bänder, die Materialhaltung und die Prüfstände.

Auch die Menschen werden überwacht

Und mehr noch: Sie überwachen auch die Arbeit der Menschen an den Maschinen. Mit anderen Worten: Hier ist der zweite Teil des Doppelbegriffs CAD/CAM, das computer-aided manufacturing oder die computergesteuerte Produktion, Wirklichkeit geworden.

Computer 1 sammelt die Produktionsdaten der Maschinen, vergleicht sie mit den Sollzahlen, bremst hier und beschleunigt dort, so daß der vorgesehene Produktionsablauf exakt eingehalten wird. Dazu gehören unter anderem durch die Erfahrung in der Praxis ständig revidierte Mittelwerte, nach denen Verschleißteile wie zum Beispiel die Bohrelemente in einer automatischen Bohrmaschine ausgewechselt werden, ehe sie unbrauchbar werden.

Dazu gehört ferner die automatische Fertigungskontrolle nach jedem einzelnen Fertigungsakt, ob beispielsweise ein Bohrloch innerhalb der vorgeschriebenen Toleranzen liegt. Bei Abweichungen wird das Teil entweder sofort korrigiert oder ausgeschieden.

Computer 2 organisiert und überwacht die Wartungs- und Reparaturarbeiten. Von Nummer 1 erfährt Computer 2, wo ein Maschinenteil routinemäßig auszuwechseln ist oder etwas nicht funktioniert. Er ordnet die jeweiligen Wartungs- und Reparaturarbeiten automatisch nach Prioritäten.

Die Aufsichtsperson an Computer 2 erfährt somit von einem Bildschirm, wo welche Arbeit mit welcher Dringlichkeit zu erledigen ist. Auf einem zweiten Bildschirm sieht sie, welcher von den rund 50 Mechanikern oder Elektrikern frei ist oder als nächster frei wird, und gibt diesem über Funk entsprechende Anweisungen.

Hat der Arbeiter die Reparatur vorgenommen, geht er zum nächsten der 21 Aufseher, und dieser informiert den Computer über Bildschirmgerät, welche Art Reparatur erforderlich gewesen ist. Nach solchen Daten revidiert der Computer 1 automatisch die Wartungsbedingungen der entsprechenden Maschine oder reorganisiert ebenfalls automatisch den Fertigungsablauf.

Computer kontrollieren Computer

Diese beiden höchst aktiven Computer werden ihrerseits von Computer 3 überwacht, der zugleich so programmiert ist, daß die Werksleitung und die Konzernspitze erfährt, ob das Soll erfüllt wird, ob es sich gar heraufsetzen läßt, oder wo gegebenenfalls im Produktionssektor verbessert werden muß, um einen gleichmäßigen Produktionsfluß zu gewährleisten. Später soll dieser sogenannte Gastgeber (host computer) auch jene beiden Computer überwachen, die vorläufig noch, allein auf sich gestellt, die 14 Motorenprüfstände lenken.

Auf seinem Weg durch das Werk ruht jeder Motor auf einer Palette. Jede Palette ist mit einem elektronisch ablesbaren Nummerncode versehen. Außerdem wird sie zu Beginn des Wegs mit der jeweiligen Motornummer codiert. Die Computer wissen, welcher Motor für welches Cadillac-Modell zum Beispiel in Kalifornien bestimmt ist. Danach ist der Motor mit bestimmten Aggregaten auszurüsten, die für dieses Modell erforderlich sind und den scharfen kalifornischen Emissionsschutzbestimmungen genügen.

Die Computer 4 und 5 lesen die Paletten- und Motornummer ab, wissen infolgedessen, was außer den allgemeinen Dingen speziell zu prüfen ist, und steuern demgemäß den Prüfvorgang. Alle Abweichungen von der Norm werden automatisch festgehalten. Sind sie korrigierbar, lenken sie den Motor in die neben den Prüfständen befindliche Reparatur.

Dort liest der Reparaturarbeiter vom Bildschirm ab, welche Korrektur er vorzunehmen hat, und schickt den reparierten Motor zum neuerlichen Durchgang in die Prüfanlage zurück. Nicht korrigierbare Motoren werden auf den Schrott befördert.

aus: Gewerkschafter 4/1982

Thesen zum „abarbeiten“

Ein Beitrag zur Orientierung der Friedensbewegung

Von Günther Kruse

Schon einmal, Mitte 1980 legte das Sozialistische Büro Thesen über „Sozialistische Politik und Friedenssicherung“ vor (links, Juli 1980). In dem rororo-Bändchen „Frieden mit anderen Waffen“ ist die hier vertretene Konzeption einer defensiven Verteidigungspolitik näher dargelegt, man kann im großen und ganzen davon ausgehen, daß sie in etwa mit der Auffassung des SB übereinstimmt. Die hier folgende Auseinandersetzung mit den Thesen kann sich notwendigerweise nur mit wenigen wichtigen, aber schon fast zufällig herausgegriffenen Aussagen befassen.

Vor wenigen Wochen erschien vom Sozialistischen Büro in Offenbach eine Broschüre: „Sozialistische Friedenspolitik, Thesen des Sozialistischen Büros“*. Obwohl z.B. noch vor den „Frankfurter Friedenstagen“ erschienen (und vermutlich auch absichtlich so terminiert), spielten diese Thesen zumindest explizit dort keine wesentliche Rolle. Das aber wäre vielleicht ganz günstig gewesen, denn, soweit bekannt, gehört es doch zu den wenigen Dokumenten, die relativ umfassend zu den Problemen einer Friedenspolitik Stellung nehmen.

„In der Vergangenheit wie auch gegenwärtig haben wir unseren Erkenntnisstand zu Einzel- oder Allgemeinproblemen in Thesen zusammengefaßt. Unser Ziel war dabei ein doppeltes: die Selbstverständigung von Sozialisten und die Vermittlung von Diskussionsanregungen in andere Gruppierungen, die – ausgehend von ganz unterschiedlichen Grundeinstellungen – an den gleichen Problemen arbeiteten. Letztere Aufgabe war für uns stets sehr wichtig und ist es gerade in der Gegenwart, wo die Friedensproblematik von so vielen unterschiedlichen Ansätzen aus bearbeitet wird.“ So formulieren die Autoren in der Einleitung ihren Anspruch.

Die gesellschaftlichen Bedingungen als Ausgangspunkt der Analyse

Der Anspruch ist relativ hoch gesteckt: Eine sozialistische Friedenspolitik kann sich nicht begnügen mit Fragen der Abrüstung oder mit dem Entwerfen alternativer Sicherheitskonzeptionen. Sie muß ausgehen von den gesellschaftlichen Ursachen, die den Frieden gefährden und in ihren Konsequenzen das ganze Umfeld dessen einbeziehen, was „Frieden“ denn ausmacht, also die gesellschaftlichen Verhältnisse, die anzustreben sind. Das sieht das SB auch so. „In diesem Abschnitt betrachten wir zunächst die gesellschaftlichen Strukturen, auf denen Frieden ruht oder wankend wird, ehe wir die militärischen Aspekte im engeren Sinne analysieren. Dieser Anordnung liegt die Einsicht zugrunde, daß militärische Entwicklungen erst auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Prozesse, die sie tragen, ihre volle Gefährlichkeit entfalten können.“ So heißt es zur Einleitung des ersten Abschnitts „Entwicklungstendenzen von Friedensbedrohung“.

Konsequenterweise kommen die Thesen denn auch nicht zu dem Ergebnis, und das halte ich angesichts vieler einseitiger Analysen für erfreulich, daß die Entwicklung der Waffen das wesentliche Moment für die Gefahr eines Weltkrieges darstellen. Eine gegenteilige Auffassung zieht sich durch den gesamten Aufbau der Broschüre, deren wichtigste Abschnitte sind:

Friedensbedrohende und friedenssichernde Elemente der bürokratischen „realsozialistischen“ Gesellschaften des Warschauer Paktes. Friedensbedrohende und friedenssichernde Momente der kapitalistischen Gesellschaften und des kapitalistischen Weltsystems. Ost-West-Konflikt und Friedensbedrohung. Friedensgefährdende Tendenzen in Rüstung und Militärstrategien. Sozialistische Politik und Friedenssicherung. Friedens- und Sicherheitspolitik in Übereinstimmung bringen! Gesellschaftliche Interessen, Ideologien und Bewußtseinsstrukturen in der Bundesrepublik als Bindungen an Rüstungs- und Abschreckungspolitik einerseits, als Ansatzpunkte des Ausscherens aus dem Wettrüsten andererseits. Aufgaben der Friedensbewegung in der Bundesrepublik.

Es soll noch eine weitere Anmerkung vorangeschickt werden, bevor ich zu einzelnen Aspekten der „Thesen“ komme. Die Form von Thesen stellt zweifellos eine Möglichkeit dar, relativ komprimiert Auffassungen zu einem komplexen Thema darzustellen und daher diskutierbar zu machen. Leider bedeutet dies aber gleichzeitig, daß oft eine ganze Reihe von Analyseschritten wegfällt, das Ergebnis vielleicht kritisiert werden kann, aber damit noch nicht unbedingt die tatsächlichen Differenzen immer auf dem Tisch liegen. Und daß man eigentlich nur mit Gegenthesen diskutieren kann, weniger auf Plausibilität. Es kommt bei den vorliegenden Thesen hinzu, daß sie oft recht allgemein gehalten sind und daher verschiedene Interpretation ermöglichen, aber auch notwendigerweise nach sich ziehen. Auch das erleichtert eine Auseinandersetzung nicht unbedingt.

Sowjetunion und Warschauer Pakt

Die Autoren des SB stellen die Thesen zur Sowjetunion bzw. zum Warschauer Pakt an den Anfang, weil sie davon ausgehen, daß durch jahrelange Propaganda ein irreales Feindbild geprägt wurde, das jetzt erst auf ein sog. „Realbild“ zurückgeführt werden muß. Dies „Realbild“ scheint mir aber immer noch nicht wirklich real zu sein.

„Im Gesamtbild erscheint nach den vorgetragenen Erwägungen der Ostblock nicht als der aggressive Gegner, sondern eher als eine Formation, die militärisch konservativ auf die Sicherung des eigenen Bereichs bedacht und konservativ auch auf die Verfolgung der eigenen Wirtschaftsinteressen ausgerichtet ist. Auch wenn nicht zu verkennen ist, daß die Sowjetunion bestrebt ist, zur Absicherung ihres Herrschaftsbereiches gegenüber den USA eine Position als gleichberechtigte Weltmacht zu erringen, und daß sie zur Erreichung dieses Ziels militärische Aufrüstung auch als begleitendes Instrument der Globalisierung ihrer Außenpolitik begreift und Befreiungsbewegungen in der ‚Dritten Welt‘ für ihre Zwecke zu instrumentalisieren versucht, so dürfte doch im Ensemble möglicher Konfliktursachen die Nutzung im ‚Realsozialismus‘ aufbrechender Konflikte von außen zur Gefährdung der sowjetisch-bürokratischen Herrschaft im eigenen Bereich den Frieden am meisten gefährden.“ (S. 14)

Was sind die Thesen, die zu diesem Ergebnis führen? 1. Die Staaten des Warschauer Paktes sind einer Strukturkrise unterworfen, die sich aus der „notorischen Vernachlässigung der Konsum- und Agrarwirtschaft“ ergibt. 2. Es besteht ein Interesse an Entspannung in Europa, sowohl seitens der Herrschenden, die so Handel betreiben können, wie seitens der Opposition in den Ländern des Warschauer Paktes, denen die Entspannung den Spielraum vergrößert hat. Eine Gefährdung dieser Entspannung hätte am ehesten eine stärkere Militarisierung dieser ‚realsozialistischen‘ Staaten zur Folge (fast durchgängig wird von ‚realsozialistischen‘ Staaten bei den Staaten des Warschauer Paktes gesprochen, zwar immer mit diesen Anführungszeichen, aber zumindest der Verdacht läßt sich nicht ganz ausräumen, daß dabei doch eine leicht positive Bezugnahme mitspielt).

Die dritte These in diesem Zusammenhang bezieht sich auf das Militär und den „militärisch-industriellen Komplex“, dessen Rolle in der Gesellschaft. „In der Sowjetunion kann der militärisch-industrielle Komplex als eine zweite, weit modernere Wirtschafts- und Lebenssphäre neben dem anderen auf Konsum- und Produktionsmittel gerichteten Bereich betrachtet werden … Dies festzustellen heißt jedoch nicht, dem sowjetischen militärisch-industriellen Komplex Aggressivität zu unterstellen. Das dortige Militär ist von den schweren Verteidigungskriegen und der Lehre vom ‚Sozialismus in einem Lande‘ geprägt. Seine bisherige Praxis war es, den ‚cordon sanitaire‘ möglichst nach allen Seiten herzustellen und den Block nach innen abzusichern.“ (S. 13) Nachdem dies festgestellt wurde, noch das Ergebnis, daß sich auch aus den wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion kein aggressives Verhalten ergibt. „Eine für die Sowjetunion günstige Arbeitsteilung über den Weltmarkt läßt sich gegenwärtig ohne absehbare Einschränkungen auf der Ebene bilateraler Vereinbarungen organisieren.“ (S. 14)

Es gibt gegen diese Ableitung einige Einwendungen, die ich hier nur kurz nennen will: Die Sowjetunion hat sich einen „cordon sanitaire“ nach dem 2. Weltkrieg geschaffen. Das alleine war eine aggressive Handlung gegen die Völker, die sie damit unterjocht hat und ist keineswegs friedlich abgelaufen. Man kann diese aggressive Handlung höchstens damit unter den Tisch kehren, daß man nur sieht, daß diese Staaten ja nach dem 2. Weltkrieg der Sowjetunion von den Siegermächten gewissermaßen zugestanden wurden. Also, selbst wenn man das „konservative“ betont, so beinhaltet dies gleichzeitig diese Eroberungen.

Wichtiger erscheint mir aber folgendes: Die so unterworfenen Staaten, die sicherlich nicht direkt dem Staatsgebiet einverleibt wurden, aber doch als moderne Kolonien zu verstehen sind, haben ja nicht einfach die Funktion eines Schutzes des Staatsgebiets der Sowjetunion. Sie sind in eine Arbeitsteilung zum Nutzen der herrschenden bürokratischen Klasse in der Sowjetunion einbezogen. Diesen Nutzen zu erhalten, gelingt, und das zeigt z.B. auch Polen, nur mit Hilfe militärischer Gewalt. Das Militär aber zu unterhalten, geht, auch hier kann man auf die Erfahrungen zurückgreifen, nur auf Kosten des Konsums. Im Grunde kann diese Gesellschaftsformation also nicht mit stagnierender Wirtschaft längere Zeit existieren, sondern sie muß expandieren, um Widersprüche nicht immer schärfer aufbrechen zu lassen. Das geht in starkem Maße nur durch Unterwerfung weiterer ökonomischer Ressourcen, nicht durch Entwicklung der Produktivkräfte. Eine Ausweitung des Einflusses hin zum persischen Golf könnte z.B. enorme Kosten für die Erschließung von durchaus vorhandenem Erdöl und Erdgas in Sibirien senken (bzw. deren Ergiebigkeit verlängern). Es spielt dann nicht das Streben nach immer mehr Profit wie in den kapitalistischen Ländern die entscheidende Rolle, aber die Konsequenz wäre nicht anders. Ja, dieses genannte Ziel kann die SU *nur* durch militärische Abhängigkeit und nicht durch zweiseitige Verträge erreichen, da sie sich ökonomisch nicht gegen kapitalistische Staaten behaupten kann.

Und schließlich hierzu noch eine weitere Anmerkung: Je stärker die Staaten des Warschauer Paktes für die Sowjetunion lebenswichtige Aufgaben erfüllen, umso stärker ergäbe sich doch aus dem, offensichtlich auch vom SB akzeptierten, Denken des „cordon sanitaire“ die Notwendigkeit, für diesen „cordon sanitaire“ erneut einen Sicherheitsgürtel zu schaffen.

Wovon geht nun die Kriegsgefahr aus?

Am Schluß des Abschnittes „Friedensgefährdende Tendenzen in Rüstung und Militärstrategien“ heißt es: „Die Thesen dieses Abschnittes haben die militär-immanenten Tendenzen zur Destabilisierung des Abschreckungssystems aufgewiesen. Die politische Brisanz der gegenwärtigen Situation, die es notwendig macht, von einer zunehmenden Kriegsgefahr auch für Europa zu sprechen, liegt in der Koinzidenz von ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Krisen und der Destabilisierung des Abschreckungssystems.

Sicherlich resultiert die zunehmende Kriegsgefahr nicht aus der Eigendynamik der Rüstungsproduktion und -entwicklung, ebenso wenig wie aus der Inkonsistenz militärischer Doktrinen und Strategien. Stoßen diese militär-immanenten Destabilisierungstendenzen jedoch wie in der Gegenwart auf gesellschaftliche Krisen sowohl im kapitalistischen Weltsystem wie im ‚realen Sozialismus‘, nehmen zugleich die durch eine aussichtslose ökonomische Situation in den Ländern der ‚Dritten Welt‘ bedingten sozialen Konflikte drastisch zu, zerbröselt zudem noch ökonomisch und politisch die hegemoniale Position der Führungsmächte der beiden Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt und damit zugleich die bipolare Struktur des internationalen Systems, so ist der Einsatz militärischer Gewalt als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln nicht mehr nur möglich, sondern auch wahrscheinlich.“

So richtig der Anfang dieser Analyse ist, sie läßt doch einige Fragen offen. Die Kriegsgefahr wird wesentlich aus der Unsicherheit, aus der Destabilisierung, erklärt, aus dem Zusammentreffen von militärischen, politischen und gesellschaftlichen Krisen. Nun ist es ja offensichtlich doch so, daß die beiden Supermächte ihren Bereich, in bipolarem Denken verhaftet, erhalten wollen (was das SB ebenfalls so sieht). D.h. für die SU die unumschränkte Herrschaft über die Staaten des Warschauer Paktes, d.h. bei der USA zumindest die Möglichkeit der ökonomischen Durchdringung und Ausbeutung aller übrigen Staaten. Letzteres konnte und kann die USA, solange es den offenen Welthandel gibt, höchstens bedrängt durch Europa und Japan. Die Gefahren für die SU ergaben sich zunächst innerhalb ihres Blockes. Bleiben die Supermächte bei ihrem Blockdenken, so ergibt sich daraus noch nicht eine größere Gefahr eines *Weltkrieges*. Zumindest militärisches Eingreifen hat die USA auch gegen ein Vorgehen der SU gegen Polen nicht erwogen.

Worum es mir in diesem Zusammenhang geht, ist zweierlei: Zum einen ist die Rolle der Länder der Dritten Welt in den gesamten Thesen unterbewertet. Es hängt dies wohl damit zusammen, daß das SB, zumindest was z.B. auf dem Frankfurter Friedenskongreß von dieser Seite geäußert wurde, die gemeinsamen Interessen gegenüber den Supermächten gering bewertet gegenüber den sozialen Unterschieden zwischen einzelnen Staaten und den Klassengegensätzen in den einzelnen Staaten der Dritten Welt. Daß eine Orientierung an der Politik der Blockfreiheit, die die Länder der Dritten Welt zum Teil verfolgen und die eine politische Kraft darstellen, in den Thesen nicht vorkommt, hängt damit sicher eng zusammen.

Zum zweiten reicht eine Analyse, die aus einer Destabilisierung der Blöcke die Kriegsgefahr ableitet, nicht aus. Immerhin, in diesem Sinne, wie in den Thesen gebraucht, hatten wir ja schon Krieg in Europa. Oder was war, so gesehen, in der Tschechoslowakei 1968? Offensichtlich geht es aber gegenwärtig tatsächlich um mehr. Geht es eben nicht in erster Linie darum, daß eine der beiden Supermächte oder beide aus einer Destabilisierung der Blöcke heraus ihre Position zu *verändern* versucht?

Die Perspektive

Frieden alleine ist nicht das höchste Gut. Davon geht das SB aus. Freiheit, Demokratie und eine intakte Umwelt sind notwendig, es geht also mit der Erhaltung des Friedens gleichzeitig um seine Inhalte. Das kommt auch in dem Konzept, das vorgeschlagen wird, zum Ausdruck: Striktes Defensivkonzept, das gleichzeitig der Mehrheit der Bevölkerung in die Verteidigung einbezieht und damit Chancen, aber auch Gefahren eröffnet. Striktes Defensivkonzept bedeutet dabei nicht nur Abbau der Atomwaffen, sondern aller Offensivwaffen. Als erste Voraussetzung werden einseitige Abrüstungsschritte gefordert.

Wie aber soll es durchgesetzt werden? Hier sind die wichtigsten Aufgaben der Friedensbewegung gegenwärtig genannt. Und sie bestehen vor allem in einer Bewußtseinsentwicklung.

Welche Schranken gibt es, welche Ängste entwickeln sich, welche Interessen sind zu berücksichtigen? Auf die verschiedensten Fragen gehen die Thesen ein. Es ist, wie die Autoren über ihre Arbeit selbst gesagt haben, etwas zum „abarbeiten“. Wohl auch weniger auf schnelle Erfolge berechnet, wie dies für die Friedensbewegung insgesamt nicht zutreffen dürfte.



* Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros (Hrsg.): Sozialistische Friedenspolitik, Thesen des Sozialistischen Büros, Offenbach 1982, 6,50 DM. Zu beziehen über: Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Ausgezogen, um den Frieden zu suchen

hew. Zum ersten Mal mit eigenem Ensemble stehen die Ruhrfestspiele in Recklinghausen in diesem Jahr unter dem Thema Frieden. Durch zwei Stücke, Ausstellungen und begleitende Veranstaltungen der Gewerkschaften im Rahmen des ,,Friedensmarktes" sollte dieses Thema verhandelt werden.

In prominenter Besetzung wurde Helmut Ruges Kabarett ,,Noch sind wir nicht tot" von Wolfgang F. Henschel inszeniert. Neben Helmut Ruge selbst spielten Lore Lorentz, Dietmar Schönherr, Ernst H. Hilbich, Volker Kraeft, Enzi Fuchs, Franz Strecker und Barbara Blümel mit.

Inhalt dieses Kabaretts ist die Reise einer Touristengruppe über die Schlachtfelder des I. und II. Weltkrieges. Auf einem Feld voller Grabkreuze spielt die Handlung: Zwei Kriegsveteranen des I. Weltkrieges, ein ,,Fräulein" mittleren Alters, ein Geschäftsmann mit Vertretermentalität, eine Mutter mit ihrem Sohn (der Vater ist Bundeswehrhauptmann) sind die Reisenden, Reiseleiter ist Ernst Hilbich, durch das Stück führen Lore Lorentz und Helmut Ruge, diese Gruppe also steigt aus ihrem Reisebus, das Gräberfeld zu besichtigen.



Ruhrfestspiele Recklinghausen 1982: Über die großen Schwierigkeiten bei der Findung des Friedens

Was darauf folgt, ist platt: die beiden Veteranen wollen ihren Spaß im Sinne von ,,nichts als Helden haben sich damals hier getummelt" und ,,weißt du noch, als wir den verdammten Franzosen hier eins übergebraten haben". Der Jugendliche hat seine Mutter überredet, mitzufahren, weil er endlich wissen will, warum all das geschehen ist, und Vater darf nichts davon wissen. Das Fräulein ist von der Tragik des Ortes hin und her gerissen und sieht dort nur die wahre, reine Größe des menschlichen Geistes, der Geschäftsmann bemüht sich redlich, mit dem Fräulein anzubändeln, bleibt der Reiseleiter, der aufs bunteste die Kriegsberichterstattung wiederholt und dem Fräulein damit die wohligen Schauer über den Rücken, den Alten neuen Stoff durch die Köpfe jagt. Die Mutter findet alles schrecklich, steht auf dem Standpunkt, ,,mein Kind
auf dem Standpunkt, ,,mein Kind
kriegt Ihr nie", der Sohn versucht auf eigene Faust herauszufinden, wie es zum Krieg kommen konnte, nunja, der Geschäftsmann ist wohl ausreichend charakterisiert, um sein Verhältnis zum Ort der Handlung klarzumachen.

Eine lockere Aneinanderreihung von Szenen des Stückes wird zum Teil durch die Kommentare der zwischen den Szenen auftretenden Kabarettisten Lore Lorentz und Helmut Ruge zusammengefügt. Während die alten Kämpfer noch recht gut auf die Schippe genommen sind, die Figur des Fräuleins und des Geschäftsmannes noch im Rahmen bleiben, wird es nahezu peinlich, wenn dem Jugendlichen stets, während die Gruppe zur nächsten Sehenswürdigkeit strömt, die tatsächlichen Soldaten, die dort begraben liegen, erscheinen. Da steht Karl Liebknecht im Schützengraben, weigert sich, ein Gewehr in die Hand zu nehmen, wird bestraft, diskutiert mit den übrigen Soldaten der Einheit und wird schließlich mit pathetischem Ton über den Lautsprecher vollends zum einzigen Kriegsgegner: ,,Nur einer hatte die Stimme, die alles übertönte. Sein Ruf war nicht zu ersticken", usw., usf. Bedauerlich, daß die Geschichtsschreibung zumindest nichts von einer revolutionären Beendigung des Krieges, wie sie hier nahegelegt wird, berichten kann.

Beim II. Weltkrieg und seinen Soldaten verfährt das St ck vor allem nach dem Schema, das Grauen des Krieges darzustellen. Die Soldaten erscheinen gänzlich als Kanonenfutter, das gegen die Gewalt machtlos ist. Der Jugendliche ist beeindruckt, aber hat er etwas über die Ursachen des Krieges gelernt?

Es macht es auch keinen Deut bes-
gelernt?

Es macht es auch keinen Deut besser, wenn der Reiseleiter sich im Gespräch mit dem Jugendlichen als heimlicher Kriegsgegner enttarnt, der diesen Job nur macht, weil er vom Ort des Grauens nicht loskommen konnte, schließlich mit der Zahl der Touristen, die kommen, auch davon leben kann und jetzt alle anderen Züge für ihn abgefahren sind.

Schließlich fehlt auch die Zukunftsperspektive nicht: Schon im Verlauf der Handlung treten verschiedene Militärs der Dieszeit auf, die geheimnisvoll in einem Bunkereingang am Rande der Bühne verschwinden: ein Mikrobiologe, diverse Offiziere, usw. Versehentlich hebt gegen Ende der Jugendliche den Bunker ans Tageslicht, hervor kommen kriegsspielende Soldaten an elektronischen Eingabestationen, ein Offizier, ein Geheimdienstler. Die Touristengruppe wird verhaftet und soll exekutiert werden. Dabei wird das Fräulein bekehrt und sinkt voller Reue ob der Verherrlichung des Krieges in ihrem eigenen Kopf an die Schulter des (der Zuschauer weiß es bereits) kriegsgegnerischen Reiseleiters, die Veteranen sind empört – und gerettet wird die Gruppe durch einen britischen Offizier aus dem Hintergrund, der anläßlich der Invasion auf den Malvinen zum Kriegsgegner geworden ist. Bleibt der schlechte Nachgeschmack, am nächsten Abend Ernst Hilbich im Fernsehen für Kaffee werben zu sehen.

Demgegenüber ist die Eigenproduktion der Ruhrfestspiele schon am Eingang ein Lichtblick: Vor dem Festspielhaus stehen singend und Transparente tragend einige Christen und warnen vor dem Besuch des Theaters: ,,In diesem Stück wird Gott, der Herr und Je-
sem Stück wird Gott, der Herr und Je-
sus Christus geschmäht. Wir und viele andere lieben Gott und Jesus Christus. Unsere Bitte: Gehe nicht in dieses Stück." Das klingt vielversprechend, und man ist gespannt.

,,Von einem der auszog, den Frieden zu suchen" beginnt mit dem Geburtstagsessen *der einen, die* ausziehen wird, den Frieden zu suchen. Angewidert von der gleichgültigen Haltung der Familie macht sie sich auf, diejenigen zu suchen, die, als vor langer Zeit beschlossen wurde, des abends dem Mond einen Gruß zuzurufen, wirklich gerufen haben und sich nicht wie alle anderen auf das Rufen der anderen verlassen haben. Es geht die Sage, es seien sieben gewesen, die gerufen haben, und diese will sie finden, um mit ihnen den Frieden zu suchen. Begleitet wird sie von ihrem Schatten, der offenbar um einiges klüger und erfahrener ist und oftmals erklärende Sätze einstreut.

Im Vorwort zum Text des Stückes heißt es: ,,Wir versuchen mit dieser Bearbeitung darauf hinzuweisen, daß es jetzt mehr denn je die Frage zu stellen gilt, WAS eigentlich Frieden ist und nicht wie Aristophanes (dessen Stück ,,der Friede" Grundlage für die Bearbeitung ist, d. Verf.), der das offenbar wußte, WO er versteckt ist. Vielleicht könnte das die wirksamste Arbeit gegen den Krieg sein."

Über verschiedenen Stationen versucht die Sucherin mit ihrem Schatten, den Frieden zu finden. Zunächst treffen sie auf Bauern, die auf einem öden Feld mit Stangen klappern, um nicht vorhandene Tiere zu verjagen, die die (ebenfalls nicht vorhandene) Ernte schädigen könnten. Endlich sammeln sie die Steine des Feldes als Ernte ein.
sie die Steine des Feldes als Ernte ein.
Für das Anliegen der Sucherin haben sie kein Ohr.

Ihre nächste Station ist eine Vorstadtkneipe, dort herrscht Brutalität und Vereinsamung. Eine Frau (Regieanweisung: Ihr Gesicht stark geschminkt, vom Alkohol entstellt) gewährt ihr Unterkunft für die Nacht, auf die Frage, ob sie eine der sieben sei, antwortet sie nicht.

In der folgenden Szene erscheinen die Toten des letzten Krieges der Sucherin. Eine Frau aus dem Zug der Toten erzählt:

,,Wir sind bei euch,
wir sind das Wasser, das ihr trinkt,
die Luft, die ihr atmet
das Fleisch, das ihr eßt,
das Brot, die Asche in der Luft. –
Ihr habt uns vergessen."

Die Sucherin: ,,Könntet ihr mit mir
gehen, ihr Toten,
wieviele wären wir!
Warum vergessen Menschen?"

Über eine Schule, in der gutbürgerlich gekleidete Schüler (im Stil von Büroangestellten der 30er Jahre) sitzen, eine Fabrik, einen Armeezug, geht die Suche weiter zum Regierungspalast. Überall unterwegs waren es einzelne, die zumindest nicht ,,nein" auf die Frage nach dem Rufern gesagt haben.

Vor dem Palast erklärt der Schatten, daß es ohnehin zwecklos ist, dort die Rufer nach dem Mond zu suchen. Er will lieber warten, bis die Sucherin zurückkomme. Nach einem vergeblichen Versuch erscheint ein Mistkäfer gigantischen Ausmaßes, der sich von dem Mist des Palastes ernährt mit zwei Dienern des Palastes. Er wird zum Vehikel, mit dem die Sucherin bei der nächsthöheren Instanz im Himmel weitersuchen will.

Dort herrscht große Verwirrung, seit ewigen Zeiten ist kein Mensch mehr dort aufgetaucht, man ist beschäftigungslos. Prometheus muß sich die Leber selbst abfressen, denn die Adler sind ausgestorben und die Leber wuchert. Erzengel Gabriel ist eher blöd denn wehrhaft. Nach dauernder Nachfrage, ,,Soll ich jetzt?", ob er den Eindringling erschlagen soll, läßt er sich sein Schwert durch Venus abnehmen. Sie verfährt mit Thor und Mars in der gleichen Weise. Die Götter sind abgeschlafft, bemerken es kaum, wie sie entwaffnet werden. ER sitzt im Rollstuhl und will am liebsten nichts mehr mit seiner Schöpfung zu tun haben. Völlig vergreist und tüddelig, ist sein einziger Ärger der Ungehorsam der Jugend in Gestalt von Jesus. Dieser ist der einzige Fürsprecher der Sucherin neben Venus. In vollster Rebellion gegen seine altmodischen Eltern, vor allem die keifige Maria, klärt er die Sucherin auf, daß hier nichts mehr zu holen sei. Immerhin lustig bis an die Schmerzgrenze ist diese Szene, in der Petrus am Rande immer wieder lamentiert, Thor habe ihm die schöne Himmeltür verheizt. Venus begleitet die Sucherin zurück auf die Erde, zum Abschied bekommt sie einen Haarkamm geschenkt, der sich in der Folge als Spiegel entpuppt.

Zurück auf der Erde gibt es ein Wiedersehen mit dem Schatten und ein Treffen mit den Sieben. Der Schatten nimmt den Spiegel, leuchtet ins Publikum und erklärt, die Sieben seien schon da, als die Sucherin resigniert die Suche aufgeben will. Fein säuberlich, aus jeder Szene einer, stehen sie da und
aus jeder Szene einer, stehen sie da und
haben den Frieden immer noch nicht gefunden. Der Schatten klärt schließlich die Gruppe auf: der Spiegel ist des Rätsels Lösung. Ihr selbst seid der Frieden! Nachdem diese Erkenntnis gewachsen ist, kann auch Luzifer selbst in Palletot mit Tänzerin nichts mehr ausrichten. Sogar das Versprechen, der Krieg schaffe Arbeitsplätze, zieht nicht mehr. Die Pistole wird ihm entrissen, er wird eingesperrt. Der Schatten rundet das ganze ab: ,,Die sieben Brüder haben sieben Schwestern. Und die haben wieder sieben Brüder ..." Dabei leuchtet er das Publikum mit dem Spiegel an, und Frieden auf Erden ...

Wenn auch der Himmelsklamauk Spaß macht, das Stück ist genauso platt wie der Spiegel am Schluß.

Fernsehtip

Nach manchem Horror-Spiel bei der Fußballweltmeisterschaft kann man jetzt – zwischen Spiel um den 3. Platz und Endspiel – einen etwas vergnüglicheren Horror über sich kommen lassen: **,,Dracula"**. 1931 als einer der frühen Tonfilme gedreht, gilt er immer noch als eine der besseren Verfilmungen von Bram Stoker's Roman. *Samstag, 10.7.1982, 22.30 Uhr im ARD.* – **,,Blut und Ehre"** heißt eine neue vierteilige Fernsehreihe über die ,,Jugend unter Hitler". Vom Machtantritt Hitlers bis zum Ausbruch des II. Weltkrieges will das Fernsehspiel vor allem den Einfluß des Faschismus auf Kinder und Jugendliche nachzeichnen. Im Mittelpunkt – nach Angaben der Programmdirektion: Leben unter dem Faschismus, Meinungsterror, Verlust an Menschenwürde. Die geistigen Wurzeln des Faschismus: Verlorener I. Weltkrieg, Antibolschewismus, Interessen der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und allgemeine Perspektivlosigkeit. *Montag, 12.7., 20.15 Uhr im ARD (die drei weiteren Folgen auch jeweils montags).* – Eine siebenteilige Folge soll einen bedeutenden japanischen Regisseur vorstellen –. Kenji Mizoguchi (1898 – 1956). Die Auswahl konzentriert sich auf Arbeiten von 1945 bis 1953, die vor allem auch die politischen und sozialen Verhältnisse und Umbrüche der japanischen Gesellschaft widerspiegeln. **,,Das makellose Schwert"** drehte er noch vor dem Zusammenbruch des Militärreichs und hat eine Fabel aus der Zeit der Wiederherstellung der kaiserlichen Macht (Tokugawa-Zeit 1603 – 1867) zur Grundlage. Das entsprach der offiziellen Ideologie im Jahre 1945 ganz gut. *Montag, 12.7., 23.00 Uhr im ARD.* – Dem ,,internationalen Jugendfilm" **,,Die Welle"** liegt ein Experiment an einer kalifornischen Schule zugrunde über die Möglichkeit, Jugendliche wieder mit faschistischem Gedankengut zu begeistern. Mit dem Nachweis: die Ideologie kann wieder aufleben, wenn man sie läßt. *Mittwoch, 14.7., 19.30 Uhr im ZDF.*